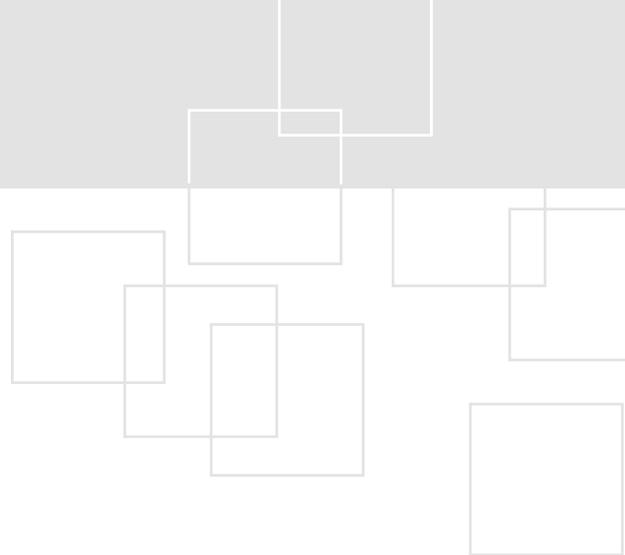




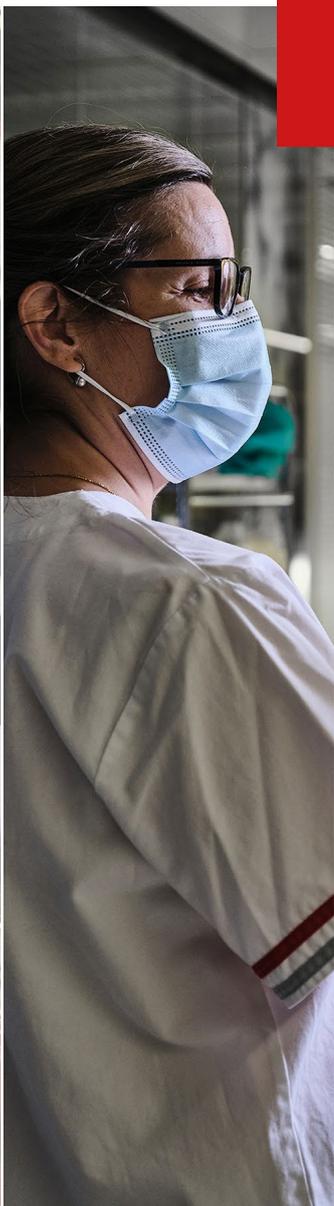
CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS



JAHRESBERICHT

2020

DES STAATSRATES



INHALTSVERZEICHNIS

Botschaft des Staatsratspräsidenten	03
Staatsrat 2020-2021	04
Regierungsprogramm	05
Schlüsselzahlen	06
Rechnung und Bilanz	07
Gesetzgebungsbilanz	10
Präsidium	12
Finanzen und Energie	20
Gesundheit, Soziales und Kultur	30
Volkswirtschaft und Bildung	39
Sicherheit, Institutionen und Sport	47
Mobilität, Raumentwicklung und Umwelt	56
Kaderpersonen der Kantonsverwaltung	66



Christophe Darbellay
Staatsratspräsident

DAS WALLIS UND DIE HERAUSFORDERUNGEN DER PANDEMIE

Das Jahr 2020 ist zweifelsohne völlig anders verlaufen, als wir es uns je hätten vorstellen können. Denn bereits im Januar sorgte COVID-19 für Schlagzeilen. Zuerst im Ausland und dann im Monat darauf auch in der Schweiz und im Wallis – bis zu jenem denkwürdigen Freitag, dem 13. März 2020, als fast das gesamte Land infolge der Ankündigung des Teil-Lockdowns durch den Bundesrat zum Stillstand kam.

Alle Vorhaben, Pläne und guten Vorsätze wurden mit einem Schlag zunichte gemacht. Das Virus stellte die gesamte Welt auf den Kopf. Die Schweiz und das Wallis waren davon nicht ausgenommen: Seit März konzentrieren sich alle Anstrengungen auf den Kampf gegen COVID-19 und die Umsetzung von Massnahmen, um die Folgen gesundheitlicher, wirtschaftlicher, sozialer oder bildungsbezogener Art abzuschwächen.

In diesen schwierigen Zeiten hat der Staatsrat alles darangesetzt, damit die Walliserinnen und Walliser so gut wie möglich durch diese beispiellose Krise kommen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus vielen Bereichen – ich denke dabei besonders an das Gesundheitswesen, die kantonale Verwaltung, die Polizei und das Bildungswesen – haben sich unermüdlich für das Wohlergehen der Walliser Bevölkerung engagiert, eine Bevölkerung, die auch Verantwortung und Solidarität gezeigt hat, um diese unsichere Zeit gemeinsam zu meistern.

In diesem turbulenten Jahr gab es wichtige Fortschritte in den Bereichen Homeoffice und Fernunterricht, bei der Innovation sowie beim Bewusstwerden der Bedeutung sozialer Kontakte.

Mit der zunehmenden Verfügbarkeit von Impfstoffen, von denen einer im Wallis hergestellt wird, erwacht die Hoffnung auf eine Rückkehr zu einer gewissen Normalität. Die Walliser Regierung wird die Bevölkerung und das Wirtschaftsgefüge des Wallis so lange wie nötig weiterhin unterstützen, damit diese die Folgen der Krise überwinden und wieder gelassen in die Zukunft blicken können.



© Olivier Maire

STAATSRAT 2020-2021

Von links nach rechts

Jacques Melly

Staatsrat, gewählt am 04.03.09, wiedergewählt am 17.03.13 und am 19.03.17

Roberto Schmidt

Staatsrat, gewählt am 19.03.17

Christophe Darbellay

Präsident des Staatsrats, gewählt am 19.03.17

Frédéric Favre

Vizepräsident des Staatsrats, gewählt am 19.03.17

Esther Waeber-Kalbermatten

Staatsrätin, gewählt am 04.03.09, wiedergewählt am 17.03.13 und am 19.03.17

Philipp Spörri

Staatskanzler, Ernennung am 09.12.09

UMSETZUNGSGRAD DER PRIORITÄREN MASSNAHMEN UND PROJEKTE

Im Dezember 2017 hat der Staatsrat ein Regierungsprogramm ausgearbeitet. Dessen Ziel ist es, das Potenzial des Wallis zu entwickeln, indem auf seine Stärken gesetzt wird. Es wurden zehn Ziele sowie 68 vorrangige Massnahmen und Projekte zu seiner Erreichung festgelegt. Einige dieser Massnahmen wurden bereits realisiert, während sich andere noch in der Umsetzung befinden.

Die detaillierte Liste der verschiedenen Massnahmen und deren Fortschritt bis Ende 2020 kann durch Anklicken des Symbols des entsprechenden Ziels angezeigt werden.



SCHLÜSSELZAHLEN

RAUM UND BEVÖLKERUNG

Fläche des Kantons <i>in km²</i>	5'224.6
Oberwallis <i>in %</i>	50.2
Mittelwallis <i>in %</i>	23.9
Unterwallis <i>in %</i>	25.9
Anzahl Gemeinden 01.01.2021	122
Wohnbevölkerung 31.12.2019	345'525
Oberwallis <i>in %</i>	24.0
Mittelwallis <i>in %</i>	39.7
Unterwallis <i>in %</i>	36.2
Anzahl Einwohner <i>pro km²</i>	66.1
Zunahme der Wohnbevölkerung im Verlauf der letzten 10 Jahre <i>in %</i>	12.4
Ausländische Wohnbevölkerung <i>in %</i>	22.6
Aufteilung der Wohnbevölkerung nach Altersklassen	
0-19 Jahre	19.6
20-64 Jahre	60.5
> 64 Jahre	19.9
Private Haushalte	152'632
Anzahl Personen pro Haushalt	2.2

HAUPTSPRACHEN *

Französisch <i>in %</i>	67.8
Deutsch <i>in %</i>	24.6
Portugiesisch <i>in %</i>	8.0

ARBEIT UND ERWERB

Arbeitslosigkeit <i>in % (2019)</i>	2.7
Total der Beschäftigten (2018)	180'185
Sektor I	10'218
Sektor II	38'189
Sektor III	131'778
Total der Arbeitsstätten (2018)	29'392
Sektor I	2'916
Sektor II	4'453
Sektor III	22'023

ENERGIE

Elektrizität aus Wasserkraft, Jahresproduktion (<i>hydrologischem Jahr 2019-2020</i>) <i>in GWh</i>	11'775
Anteil der Walliser Elektrizitätsproduktion an der gesamtschweizerischen Produktion <i>in %</i>	17
Anteil der Walliser Elektrizitätsproduktion aus Wasserkraft an der gesamtschweizerischen Produktion aus Wasserkraft <i>in %</i>	29

BIP (KANTON) 2019

BIP (KANTON) <i>in Mio. Franken</i>	19'454
BIP (KANTON) pro Einwohner <i>in Franken</i>	56'304
BIP (KANTON) Durchschnitt Westschweiz pro Einwohner	75'977

BAU- UND WOHNUNGSWESEN

Bauinvestitionen <i>in Mio. Franken (2018)</i>	2'632
Anzahl Wohnungen (annähernd) (2019)	259'983
Leerstehende Wohnungen (2020)	6'251

TOURISMUS 2020

Hotellerie und Kuranstalten (ohne Parahotellerie)	
Ankünfte	1'309'502
Logiermächte	3'227'069

Quellen : OFS, DEW, Institut Créa-UniL-BCVs, KASF / * Bis zu 3 Hauptsprachen berücksichtigt

RECHNUNG
UND BILANZ

in Millionen Franken

RECHNUNG 2019 BUDGET 2020 RECHNUNG 2020

AUFWAND

Total betrieblicher Aufwand	3'690.2	3'662.7	4'111.1
Transferaufwand	1'676.8	1'888.7	1'958.8
Personalaufwand	1'310.2	1'027.9	1'204.0
Sach- und übriger Betriebsaufwand	331.9	378.8	358.0
Durchlaufende Beiträge	199.5	202.4	201.1
Andere betriebliche Aufwände	171.7	164.9	389.3

ERTRAG

Total betrieblicher Ertrag	3'816.1	3'555.5	4'212.7
Transferertrag	1'567.4	1'609.9	1'814.7
Fiskalertrag	1'425.3	1'371.6	1'434.0
Entgelte	220.4	227.2	231.9
Durchlaufende Beiträge	199.5	202.4	201.1
Andere betriebliche Erträge	403.5	144.4	531.0

BETRIEBSERGEBNIS

125.9	-107.2	101.6	
Finanzaufwand	33.4	83.5	76.0
Finanzertrag	79.2	66.3	67.5

FINANZERGEBNIS

45.8	-17.2	-8.5
------	-------	------

OPERATIVES ERGEBNIS

171.7	-124.4	93.1	
Ausserordentlicher Aufwand	186.9	25.2	131.2
Ausserordentlicher Ertrag	24.4	25.8	40.4

AUSSERORDENTLICHES ERGEBNIS

-162.6	0.6	-90.8
--------	-----	-------

TOTAL DER ERFOLGSRECHNUNG

9.1	-123.8	2.3	
Investitionsausgaben	427.1	482.3	459.8
Investitionseinnahmen	268.6	288.7	239.4
Nettoinvestitionen	-158.5	193.5	220.4
Abschreibungen und Wertberichtigungen	188.8	191.1	239.0

FINANZIERUNGSÜBERSCHUSS (+) / -FEHLBETRAG (-)

39.4	-126.2	20.8
------	--------	------

RECHNUNG UND BILANZ

in Millionen Franken

BILANZ

31.12.2019

31.12.2020

AKTIVEN

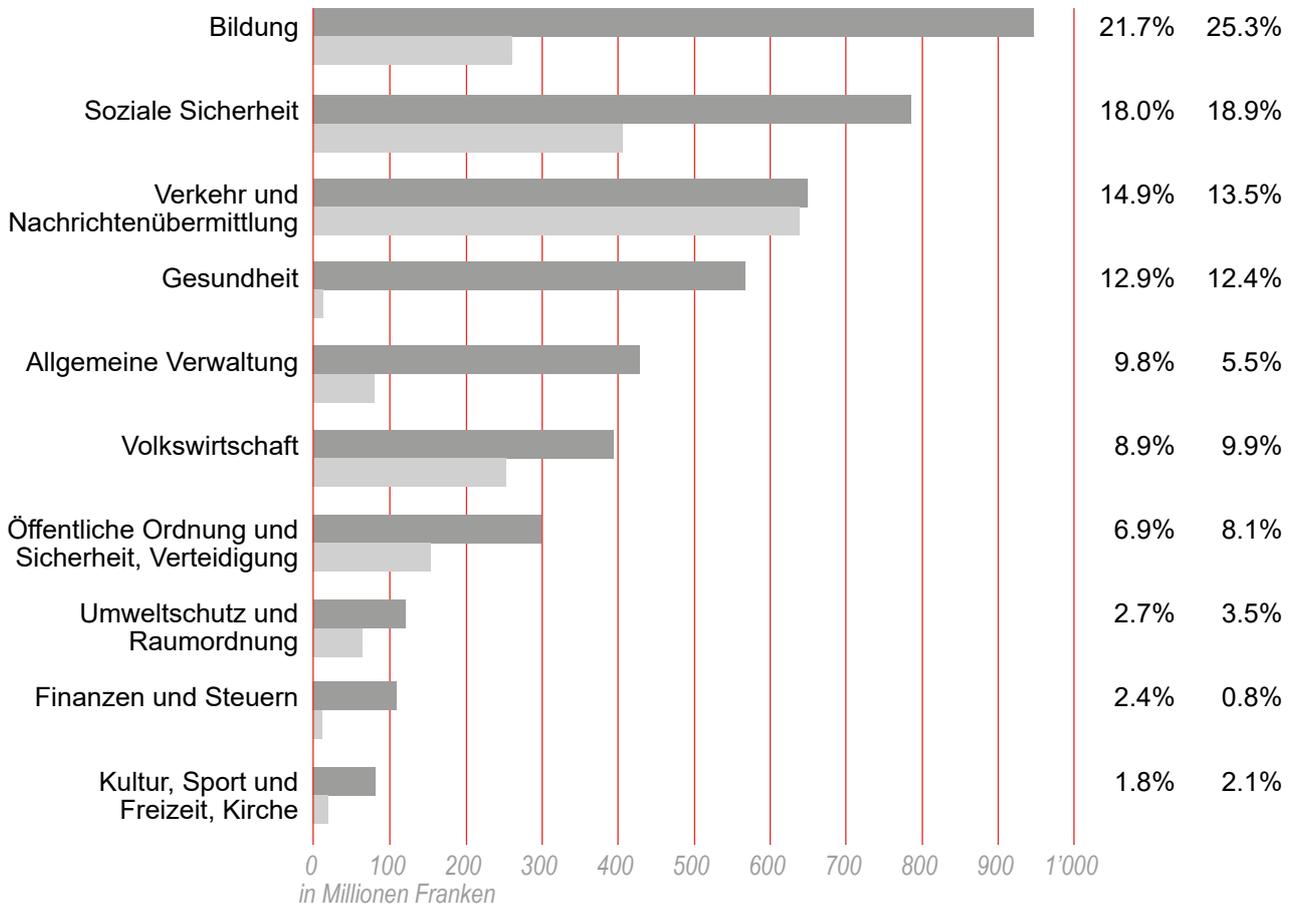
Finanzvermögen	2'469.0	2'437.2
Verwaltungsvermögen	1'933.0	1'914.5
Total der Aktiven	4'402.0	4'351.6

PASSIVEN

Fremdkapital	3'595.0	3'597.2
Eigenkapital	807.0	754.4
Total der Passiven	4'402.0	4'351.6

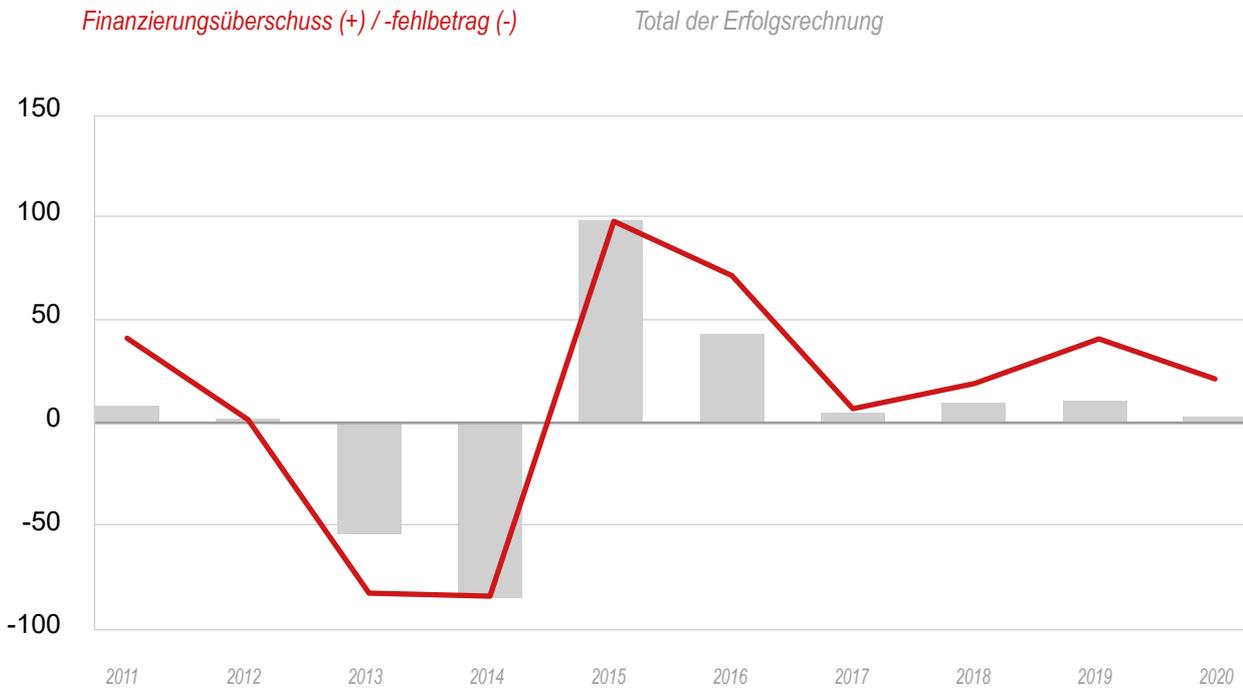
FUNKTIONALE GLIEDERUNG

RECHNUNGEN
2020 2011



Bruttoausgaben
Einnahmen

ENTWICKLUNG RECHNUNGSERGEBNISSE



in Millionen Franken

(2011 - 2017: HRM1)
(ab 2018: HRM2)

Die vom Grossen Rat während des Jahres 2020 angenommenen Gesetzeserlasse sind nachfolgend aufgelistet und können auf der Internetseite der [Gesetzessammlung des Kantons Wallis](#) eingesehen werden. Die dazugehörigen Botschaften können auf der Internetseite des [Parlamentdienstes](#) eingesehen werden.

Gesetz vom 9. März 2020 über den Beitritt zur Änderung vom 23. November 2018 der interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE; SGS/VS 850.910, 850.9)

Publikation: Abl. 13/2020; [AGS 2020-106](#) und [AGS 2020-107](#)

Inkrafttreten 01.07.2020: Abl. 48/2020; [AGS 2020-105](#)

Änderung vom 12. März 2020 des Ausführungsgesetzes zum Entsendegesetz und zum Bundesgesetz gegen die Schwarzarbeit (AGEntsGBGSA; SGS/VS 823.1)

Publikation: Abl. 13/2020; [AGS 2020-133](#)

Inkrafttreten 01.01.2021: Abl. 53/2020; [AGS 2020-132](#)

Änderung vom 12. März 2020 des Steuergesetzes (StG; SGS/VS 642.1)

Publikation: Abl. 13/2020; [AGS 2020-066](#)

Inkrafttreten 01.01.2020, mit Ausnahme der Änderung der Artikel 108 bis 110b, 146 et 146a, welche am 01.01.2021 in Kraft treten: Abl. 37/2020; [AGS 2020-065](#)

Weiterbildungsgesetz vom 13. März 2020 (WBG; SGS/VS 417.4)

Publikation: Abl. 13/2020; [AGS 2020-102](#)

Inkrafttreten 01.01.2021: Abl. 48/2020; [AGS 2020-101](#)

Gesundheitsgesetz vom 12. März 2020 (GG; SGS/VS 800.1)

Publikation: Abl. 14/2020; [AGS 2020-104](#)

Inkrafttreten 01.01.2021: Abl. 48/2020; [AGS 2020-103](#)

Gesetz über die Bereitstellung von Praktikums- und Ausbildungsplätzen für nichtuniversitäre Gesundheitsberufe vom 17. Juni 2020

Publikation: Abl. 28/2020; [Réf. 2020-008](#)

Änderung vom 17. Juni 2020 des Gesetzes über die politischen Rechte (kGPR; SGS/VS 160.1)

Publikation: Abl. 28/2020; [AGS 2020-081](#)

Inkrafttreten 01.11.2020: Abl. 44/2020; [AGS 2020-080](#)

Änderung vom 9. September 2020 des Einführungsgesetzes zur Schweizerischen Strafprozessordnung (EGStPO; SGS/VS 312.0)

Publikation: Abl. 41/2020; [AGS 2020-083](#)

Inkrafttreten 01.01.2021; Abl. 44/2020; [AGS 2020-082](#)

Änderung vom 9. September 2020 des Gemeindegesetzes (GemG; SGS/VS 175.1)

Publikation: Abl. 41/2020; [Réf. 2020-012](#)

Änderung vom 9. September 2020 des Gesetzes über die Organisation der Räte und die Beziehungen zwischen den Gewalten (GORBG; SGS/VS 171.1)

Publikation: Abl. 41/2020; [Réf. 2020-015](#)

Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz über Zweitwohnungen vom 9. September 2020 (AGZWG; SGS/VS 702.1)

Publikation: Abl. 41/2020; [AGS 2021-008](#)

Inkrafttreten 01.02.2021: Abl. 4/2021; [AGS 2021-007](#)

Änderung vom 10. September 2020 des Gesetzes über die Primarschule (GPS; SGS/VS 411.0)

Publikation: Abl. 41/2020; [AGS 2021-021](#)

Inkrafttreten 01.08.2021: Abl. 9/2021; [AGS 2021-021](#)

Gesetz vom 10. September 2020 zur Änderung der Gesetze über das öffentliche Unterrichtswesen, über die Primarschule und über die Orientierungsschule (SGS/VS 400.1, 411.0, 411.2)

Publikation: Abl. 41/2020; [Réf. 2020-014](#)

Gesetz über die Eingliederung und die Sozialhilfe vom 10. September 2020 (GES; SGS/VS 850.1)

Publikation: Abl. 41/2020; [Réf. 2020-018](#)

Gesetz über den Justizrat vom 13. September 2019 (GJR; SGS/VS 173.7)

Publikation: Abl. 29/2020; [AGS 2020-054](#)
 Inkrafttreten 01.09.2020 der Artikel 4 bis 6, 8 bis 14, 16, 18, 33, 37, 39 und 40 sowie 01.01.2021 für die anderen Artikel sowie die Änderung des Gesetzes über die Unvereinbarkeiten, des Gesetzes über die Organisation der Räte und die Beziehungen zwischen den Gewalten, des Gesetzes über die Rechtspflege, des Einführungsgesetzes zur Schweizerischen Strafprozessordnung und des Gesetzes über die Geschäftsführung und den Finanzhaushalt des Kantons und deren Kontrolle: Abl. 29/2020; [AGS 2020-051](#)

Änderung vom 14. Oktober 2020 des Kulturförderungsgesetzes (KFG; SGS/VS 440.1)

Publikation: Abl. 45/2020; [Réf. 2020-019](#)

Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz über Geldspiele vom 11. November 2020 (AGBGS; SGS/VS 935.55)

Publikation: Abl. 50/2020, [AGS 2020-111](#)
 Inkrafttreten: 01.01.2021

Änderung vom 13. November 2020 des Gesetzes über die Ausbildungsbeiträge (GAB; SGS/VS 416.1; neuer Titel: Gesetz über Stipendien und Studiendarlehen, GSSD)

Publikation: Abl. 50/2020; [Réf. 2020-023](#)

Gesetz vom 13. November 2020 über den Beitritt zur interkantonalen Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen

Publikation: Abl. 50/2020; [Réf. 2020-024](#)

Änderung vom 13. November 2020 des Gesetzes über die Geschäftsführung und den Finanzhaushalt des Kantons und deren Kontrolle (FHG; SGS/VS 611.1)

Publikation: Abl. 48/2020; [AGS 2021-023](#)
 Inkrafttreten 31.12.2020: Abl. 10/2021; [AGS 2021-022](#)

Änderung vom 17. Dezember 2020 des Gesetzes über die Organisation der Räte und die Beziehungen zwischen den Gewalten (GOBG; SGS/VS 171.1)

Publikation: Abl. 4/2021; [Réf.-2021-001](#)

Änderung vom 17. Dezember 2021 des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EGZGB; SGS/VS 211.1)

Publikation: Abl. 4/2021; [Réf.-2021-002](#)

Dekret vom 17. Juni 2020 zur Änderung des Gesetzes über den Wald und die Naturgefahren

Publikation: Abl. 28/2020; [AGS 2020-085](#)
 Inkrafttreten: 10.07.2020

Dekret über den Verfassungsrat, Änderung vom 14. Oktober 2020

Publikation: Abl. 45/2020; [Réf.-2020-020](#)
 Inkrafttreten: 06.11.2020

Dekret zur Änderung des Ausführungsgesetzes über die Bundesgesetzgebung betreffend den Strassenverkehr, Änderung vom 14. Oktober 2020

Publikation: Abl. 45/2020; [Réf.-2020-021](#)
 Inkrafttreten: 06.11.2020

Beitrittsdekret vom 9. Dezember 2020 zur Westschweizer Vereinbarung über Geldspiele (Convention romande sur les jeux d'argent, CORJA)

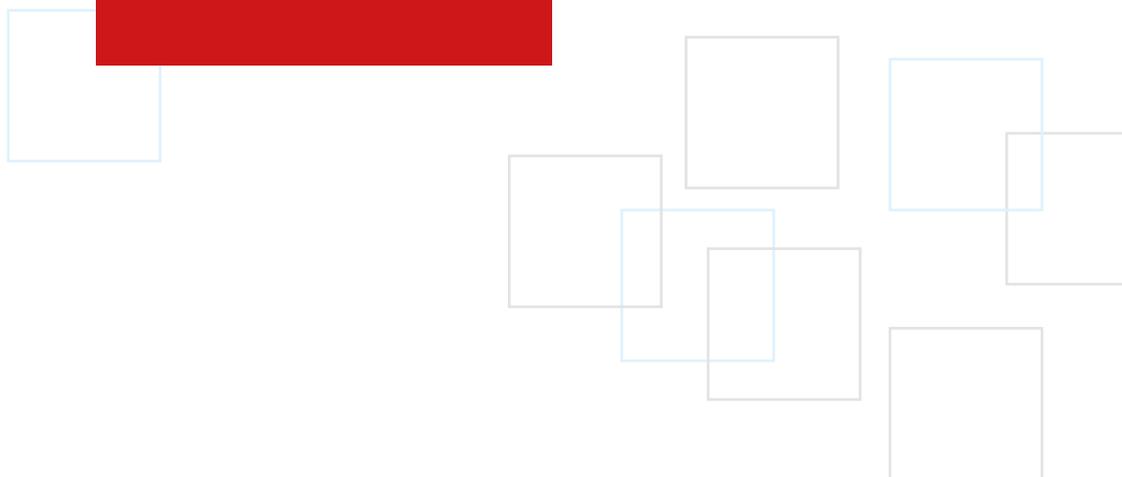
Publikation: Abl. 50/2020; [AGS 2020-121](#)
 Inkrafttreten: 01.01.2021

Beitrittsdekret vom 9. Dezember 2020 zum Gesamtschweizerischen Geldspielkonkordat (GSK)

Publikation: Abl. 50/2020; [AGS 2020-120](#)
 Inkrafttreten: 01.01.2021



PRÄSIDIUM



PROTOKOLLARISCHE AKTIVITÄTEN UND ANLÄSSE

Arbeitssitzungen und Vereidigungen

Der Gesamtstaatsrat ist zu 45 Sitzungen zusammengetreten, um die ordentlichen Geschäfte zu behandeln. Zudem hat er Arbeitssitzungen mit dem Verband Walliser Gemeinden, den Walliser Bundesparlamentariern, den Präfekten und Vizepräfekten sowie den Obergewaltskommissionen des Grossen Rates abgehalten. Die übrigen geplanten Arbeitssitzungen, insbesondere die Sitzung mit der Freiburger Regierung, mussten aufgrund der gesundheitlichen Situation im Zusammenhang mit COVID-19 abgesagt werden. Aufgrund der Pandemie hat die Regierung auch auf die Vereidigung von 938 Neubürgerinnen und Neubürgern verzichtet, was allerdings nichts an der Gültigkeit der Einbürgerungen ändert. Der Staatsrat hat ausserdem drei Notare vereidigt sowie 21 Anwaltsdiplome und sechs Notariatspatente verliehen.

Traditionelle Anlässe

Der Staatsrat hat den Präsidien des Grossen Rates und des Kantonsgerichts sowie den Vertretern der Staatsanwaltschaft, des Bistums Sitten, der evangelisch-reformierten Kirche sowie des Bezirks, der Stadt und der Burgergemeinde Sitten seine Neujahrswünsche überbracht. Der Ausflug mit den Kirchenbehörden sowie der Präsidialausflug in Begleitung der ehemaligen Magistraten mussten aufgrund der gesundheitlichen Situation im Zusammenhang mit COVID-19 abgesagt werden.

Der Präsident des Staatsrates hat den Preis 2020 der Stiftung «Divisionär F.-K. Rünzi» an Gerold Biner verliehen. Der von Christophe Darbellay präsierte Stiftungsrat hat den Helikopterpiloten der Air Zermatt AG für seine Verdienste im Bereich der Luftrettung ausgezeichnet. Gerold Biner war lange Jahre Pilot der Air Zermatt, bevor er 2011 die Geschäftsführung übernahm. Im Rahmen seiner 4600 Einsätze rettete er zahlreiche Leben im In- und Ausland.

Leider war es der Regierung aufgrund der Pandemie nicht möglich, einen Empfang zu Ehren der Mitarbeitenden zu geben, die ihr 25-, 30-, 35-, 40- oder 45-jähriges Dienstjubiläum beim Staat Wallis feierten.

13 Walliserinnen und Walliser haben in diesem Jahr ihren 100. Geburtstag gefeiert. Ein Mitglied des Staatsrates hatte jeweils das Vergnügen, den Jubilarinnen und Jubilaren ein Geschenk zu überreichen. Aufgrund der gesundheitlichen Situation erhielten elf Jubilarinnen und Jubilare das traditionelle Geschenk per Post, da die Besuche abgesagt werden mussten.

Besuche und Empfänge

Im Januar empfingen der Präsident des Staatsrates und die Vizekanzlerin die peruanische Generalkonsulin, Aelin Suzanne Maria Pérez Ramire, offiziell zu einem Höflichkeitsbesuch im Regierungsgebäude. Im Februar empfing eine Delegation des Staatsrates den russischen Botschafter in der Schweiz, S.E. Sergei Garmonin, offiziell in Siders. Die offiziellen Besuche der Botschafter Deutschlands, Kanadas und Indiens in der Schweiz konnten angesichts der gesundheitlichen Situation nicht stattfinden. Ebenfalls aufgrund der Pandemie mussten die Besuche der Kantone St. Gallen, Jura und Basel-Stadt im Wallis abgesagt werden.

STAATSKANZLEI

Protokoll

Die Staatskanzlei hat sämtliche Sitzungen und Anlässe des Staatsrates koordiniert und organisiert. Dieser ist zu 73 Sitzungen zusammengetreten und hat rund 6000 Entscheide verabschiedet.

Leistungen zugunsten der Verwaltung

Das Übersetzungsteam der Staatskanzlei und des Parlamentsdienstes, bestehend aus vier Übersetzerinnen und Übersetzern (2,3 VZE), hat rund 1200 Seiten übersetzt, in erster Linie für das Präsidium und den Grossen Rat. Um das Übersetzungsvolumen bewältigen zu können, verwendet das Übersetzungsteam leistungsfähige Übersetzungsdatenbanken (SDL Trados Studio), die ein vernetztes Arbeiten mit sämtlichen Übersetzerinnen und Übersetzern der Kantonsverwaltung und somit eine Steigerung der Quantität und vor allem der Qualität der ausgeführten Übersetzungen ermöglichen. Zudem sorgte das Team für die Wartung und Speisung der Terminologiedatenbank (16'230 Begriffe) und der Übersetzungsdatenbank (1'737'269

Übersetzungseinheiten) und gewährleistete die Koordination zwischen den verschiedenen Übersetzerinnen und Übersetzern der Kantonsverwaltung sowie die Zusammenarbeit mit den Übersetzungsdiensten der anderen Kantone und der Sektion Terminologie der Bundeskanzlei.

Überdies hat die Staatskanzlei 2608 Beglaubigungen vorgenommen, über 3,6 Millionen Postsendungen verschickt, über die Telefonzentrale 16'287 Anrufe entgegengenommen und rund 5800 Regierungsentscheide unterzeichnet. Der Weibeldienst legte für die Regierungsmitglieder über 60'000 Kilometer mit den Regierungsfahrzeugen zurück.

Juristische Unterstützung des Staatsrates und Gesetzgebung

Die Staatskanzlei unterstützt die Regierungsmitglieder in juristischen Belangen, indem sie unter anderem verschiedene Rechtsgutachten erstellt.

Überdies instruiert sie Beschwerden an den Staatsrat in den Bereichen Ausländerrecht, Baurecht, Strassenverkehrsrecht, Gesundheitsrecht, bäuerliches Bodenrecht, Disziplinarrecht und Bildungsrecht. Insgesamt wurden 318 Beschwerden eingereicht. Die acht Juristinnen der Staatskanzlei (5 VZE) haben 349 Entscheide vorbereitet, die anschliessend vom Staatsrat verabschiedet wurden.

Die Staatskanzlei ist auch für die technische und sprachliche Überprüfung neuer Erlasse zuständig. Sie gewährleistet die Veröffentlichung der kantonalen Gesetzgebung in beiden Amtssprachen im Amtsblatt sowie in der systematischen (SGS) und der amtlichen (AGS) Gesetzessammlung, die auf der [Gesetzgebungs-Website](#) zugänglich sind. In der AGS wurden insgesamt 134 Erlasse veröffentlicht.

Das Gesetzgebungsteam der Staatskanzlei (ca. 1 VZE) unterstützt zudem die Gesetzgebungsverantwortlichen der einzelnen Departemente, insbesondere was die Nutzung von LexWork (Redaktionstool zur strukturierten Erfassung von Erlassen) anbelangt. Die Prozesse und Abläufe von der Entstehung eines Erlasses bis zu seiner Übermittlung an den Grossen Rat werden ebenfalls vom Gesetzgebungsteam festgelegt und verwaltet.

Zur Erinnerung: Am 1. August 2018 ist der Kanton Wallis zum Vorrang der elektronischen Version der

Erlasse übergegangen. Somit ist die elektronische resp. die im Amtsblatt veröffentlichte Version rechtsgültig.

Das Präsidium der Disziplinarkommission wird von der Staatskanzlei gewährleistet. Die Kommission befasst sich insbesondere mit Fällen von Belästigung und anderen Fällen, die der Staatsrat wegen ihrer Komplexität an sie überweist. Die Staatskanzlei präsidiert auch die Konsultativkommission für die durch Amtsträger gegenüber dem Staat verursachten Schäden, die es dem Staatsrat ermöglicht, die Verantwortung der betroffenen Amtsträger zu beurteilen. Überdies präsidiert sie die Sicherheitskommission, an die sich die Staatsangestellten im Fall von Konflikten und Gewalt am Arbeitsplatz wenden können. Schliesslich hat der Staatsrat eine Ad-hoc-Kommission für Gleichstellungsfragen ernannt, die in einem Diskriminierungsfall eine Stellungnahme abgeben soll. Die Staatskanzlei war in dieser Kommission vertreten.

Die Staatskanzlei berät die Dienststellen der Kantonsverwaltung bei Fragen betreffend die Information der Öffentlichkeit und den Zugang zu amtlichen Dokumenten hinsichtlich des im Gesetz über die Information der Öffentlichkeit, den Datenschutz und die Archivierung (GIDA) verankerten Öffentlichkeitsprinzips.

Sie ist für die Teil- oder Totalrevision verschiedener Erlasse zuständig, die das Präsidium betreffen oder eine departementsübergreifende Tragweite haben.

Sie gewährleistet schliesslich die Koordination zwischen der Kantonsverwaltung und dem Parlamentsdienst, beispielsweise im Rahmen der Legislaturplanung.

Unterstützung der Regierungstätigkeit

Ende 2019 hat der Staatsrat Massnahmen zur Verbesserung des seit 2005 in der gesamten Kantonsverwaltung eingeführten Systems zur Führung mit Leistungsaufträgen beschlossen. 2020 wurden die ersten Massnahmen umgesetzt, insbesondere jene, die den Prozess zur Erarbeitung der strategischen Leistungsaufträge betreffen, dem bevorzugten Instrument zur Umsetzung der Regierungsstrategien.

Die Staatskanzlei hat sich auch aktiv an der Umsetzung mehrerer Regierungsgeschäfte beteiligt, wie die Bewältigung der Folgen der COVID-19-Pandemie, die Weiterverfolgung des Dossiers rund um die illegalen Bauten in der Gemeinde Bagnes oder die Verbesserung der Aufsicht des Kantons über die Gemeinden.

Weiterverfolgung der parlamentarischen Vorstösse

Artikel 107 Absatz 2 des Gesetzes über die Organisation der Räte und die Beziehungen zwischen den Gewalten (GORBG) sieht vor, dass der Staatsrat jedes Jahr in seinem Tätigkeitsbericht über den Stand der noch zu behandelnden Vorstösse berichtet. Seit dem 1. Januar 2016 wurden über 300 parlamentarische Vorstösse eingereicht und angenommen, darunter 41 Motionen und 263 Postulate. 134 dieser Vorstösse (12 Motionen und 122 Postulate) wurden bereits umgesetzt. Die übrigen befinden sich in der Umsetzungsphase.

In Zusammenarbeit mit dem Parlamentsdienst entwickelte die Staatskanzlei ein System zur Verwaltung der parlamentarischen Vorstösse (ViaParl), das eine vollständige Digitalisierung des Prozesses zur Einreichung und Behandlung der parlamentarischen Vorstösse ermöglicht. Dieses System wurde 2020 in Betrieb genommen.

EIDGENÖSSISCHE UND INTERKANTONALE ANGELEGENHEITEN

Die Staatskanzlei unterstützt die Regierung bei ihren Tätigkeiten auf eidgenössischer und interkantonaler Ebene. Diese Unterstützung fügt sich in den Rahmen der Begleitung des Staatsrates in Sachen Regierungsführung ein. Sie umfasst insbesondere folgende Aufgaben:

- Erkennung und Koordination der eidgenössischen und interkantonalen Herausforderungen
- Begleitung der Regierungskonferenzen (KdK, WRK, RKGK)
- Beziehungen zu den Walliser Bundesparlamentariern
- Mitarbeit bei der Entwicklung grenzüberschreitender Beziehungen

Die Tätigkeiten der Staatskanzlei auf Ebene der Bundesangelegenheiten und der Aussenbeziehungen sind weitgehend bereichsübergreifender Natur. Sie ergänzen die zahlreichen Aktivitäten der Departemente und Dienststellen in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen. Verschiedene von der Staatskanzlei unterstützte Prozesse begünstigen den Informationsaustausch zwischen den Mitgliedern des Staatsrates. Sie erlauben es der Regierung, wichtige eidgenössische und interkantonale Herausforderungen zu thematisieren. Angesichts des anhaltenden Trends zur Stärkung der Zentren (metropolitane Schweiz) ist ein stärkerer Einfluss des Kantons auf die wichtigsten eidgenössischen und interkantonalen Dossiers eine Priorität, die vom Staatsrat im Regierungsprogramm vom Januar 2018 klar hervorgehoben wurde. Vor diesem Hintergrund wurde der Personalbestand der Staatskanzlei mit der Anstellung eines Delegierten für nationale Angelegenheiten am 1. Mai 2019 verstärkt.

Interkantonale Konferenzen

Die Regierungstätigkeit im Bereich der Bundesangelegenheiten äussert sich insbesondere im Engagement der Regierungsmitglieder in den verschiedenen Regierungs-, Fach- und Regionalkonferenzen. Die Mitglieder des Walliser Staatsrates sind hier besonders aktiv und haben in mehreren Vorständen Einsitz. Die Bewältigung der COVID-19-Krise hat deutlich gemacht, wie wichtig die interkantonale Koordination und Zusammenarbeit sind. Die interkantonalen Regierungs- und Fachkonferenzen sind für die Konkretisierung dieser Zusammenarbeit geradezu prädestiniert.

Regierungskonferenzen

Die 26 Kantone sind in der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) zusammengeschlossen. Die KdK ist ein privilegierter Ansprechpartner des Bundes für Föderalismusfragen sowie in der Aussen- und Europapolitik. In enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Fachkonferenzen legt sie ihr Augenmerk auch auf die für die Kantone grundlegenden Bundesdossiers. Im Zuge der Pandemie hat die KdK nicht nur die interkantonale Zusammenarbeit gestärkt, sondern auch alles darangesetzt, um die Positionen der Kantone gegenüber dem Bund zu konsolidieren. Roberto Schmidt vertritt den Kanton Wallis für die laufende Legislaturperiode in der KdK. Die Staatskanzlei gewährleistet auf kantonaler Ebene die administrative Begleitung der KdK.

Im Rahmen der Regierungskonferenz der Gebirgskantone (RKGK) können spezifischere Themen diskutiert und verschiedene Aktionen mit den Kantonen, die ähnliche Interessen haben, koordiniert werden. Zu den behandelten Themen gehören insbesondere die Förderung der Wasserkraft oder der Tourismus im weitesten Sinne (einschl. Raumplanung und Zweitwohnungen). Roberto Schmidt vertritt den Kanton in der RKGK und hat deren Vorsitz für die Jahre 2020 und 2021 inne. Der Kanton nutzt dieses Präsidium, um die Zusammenarbeit der Gebirgskantone bei der Verteidigung ihrer gemeinsamen Interessen weiter zu stärken. Die Staatskanzlei hat ihrerseits die administrative Begleitung der Konferenz verstärkt und trägt aktiv zum reibungslosen Ablauf des Walliser Präsidiums und der Arbeiten der Konferenz bei.

In der Westschweizer Regierungskonferenz (WRK) sind die Regierungen der Westschweizer Kantone und des Kantons Bern vertreten. Sie ermöglicht es den Mitgliedskantonen, die für diese Region wichtigen Themen zu behandeln und gewisse Aktionen auf nationaler Ebene zu koordinieren. Roberto Schmidt präsierte die WRK in den Jahren 2018 und 2019. Die administrative Begleitung der

WRK wird von der Staatskanzlei gewährleistet. Das Wallis spielt auch eine aktive Rolle innerhalb des administrativen Netzwerks der WRK, in dem die Verantwortlichen für Bundesangelegenheiten der Mitgliedskantone zusammengeschlossen sind.

Nationale und regionale Fachkonferenzen

14 Fachkonferenzen sind für die Begleitung der verschiedenen Bereiche der öffentlichen Politik auf nationaler Ebene zuständig. Zudem sind neun Fachkonferenzen auf regionaler Ebene (Westschweiz/lateinische Schweiz) aktiv. Für die Begleitung dieser Fachkonferenzen sind die jeweiligen Departemente zuständig. Bei Bedarf unterstützt die Staatskanzlei die Regierungsmitglieder punktuell in der Ausübung ihrer interkantonalen Mandate. Wie bereits erwähnt, trugen die nationalen und regionalen Fachkonferenzen wesentlich zur interkantonalen Koordination während der COVID-19-Krise bei. Zwischen den Westschweizer Kantonen war diese Koordination besonders intensiv, vor allem in den Bereichen Gesundheit (CLASS) und Wirtschaft (VDK-WS), aber auch in Sachen öffentliches Bildungswesen, Verkehr und Sicherheit.

Besondere Funktionen der Walliser Regierungsmitglieder in den interkantonalen Konferenzen

Regierungskonferenz der Gebirgskantone (2020–2021)	Roberto Schmidt	<i>Präsident</i>
Schweizerische Konferenz der kantonalen Energiedirektorinnen und -direktoren (seit April 2018)	Roberto Schmidt	<i>Vorstandsmitglied</i>
Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und -direktoren (seit Januar 2017)	Esther Waeber-Kalbermatten	<i>Vorstandsmitglied</i>
Schweizerische Hochschulkonferenz (seit Oktober 2018)	Christophe Darbellay	<i>Mitglied des Hochschulrats</i>
Konferenz für Wald, Wildtiere und Landschaft (seit November 2018)	Christophe Darbellay	<i>Vorstandsmitglied</i>
Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs (seit Juni 2013)	Jacques Melly	<i>Vorstandsmitglied</i>
Westschweizer Verkehrsdirektorenkonferenz (seit Juni 2013)	Jacques Melly	<i>Präsident</i>
Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz (seit September 2018)	Frédéric Favre	<i>Vorstandsmitglied</i>

Treffen mit anderen Kantonsregierungen

Im Jahr 2020 konnten infolge der COVID-19-Pandemie keine Arbeitstreffen zwischen den Kantonsregierungen durchgeführt werden. Überdies musste ein geplantes Treffen in Bern zwischen dem Staatsrat, den Walliser Bundesparlamentariern und Walliser Kadermitarbeitenden der Bundesverwaltung verschoben werden.

Interkantonale Vereinbarungen

Der Kanton Wallis schliesst regelmässig interkantonale Vereinbarungen ab. Aushandlung und Abschluss dieser Vereinbarungen erfolgen im Rahmen der Umsetzung der verschiedenen Politikbereiche, die in der Zuständigkeit der jeweiligen Departemente liegen. Dies meist unter der Ägide der Fachkonferenzen und im Anschluss an mehrjährige Beratungen.

2020 wurden mehrere interkantonale Vereinbarungen verabschiedet respektive dem Grossen Rat zur Genehmigung unterbreitet. Dazu gehören insbesondere:

- das Gesetz über den Beitritt zur Änderung vom 23. November 2018 der interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE), das vom Grossen Rat in der Märzsession 2020 genehmigt wurde
- das Gesetz über den Beitritt zur interkantonalen Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen, das vom Grossen Rat in der Novembersession 2020 genehmigt wurde
- die Gesetze über den Beitritt zu den neuen interkantonalen Lotteriekonkordaten, die sich aus dem neuen Bundesgesetz über Geldspiele ergeben und vom Grossen Rat in der Novembersession 2020 genehmigt wurden
- das Verfahren zur Ratifizierung der Revision der interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen, deren kantonales Beitrittsgesetz im zweiten Halbjahr 2021 vom Grossen Rat behandelt wird
- das Verfahren zur Ratifizierung der interkantonalen Universitätsvereinbarung, deren kantonales Beitrittsgesetz Anfang 2021 vom Grossen Rat behandelt wird

- das Verfahren zur Ratifizierung der interkantonalen Vereinbarung über die kantonalen Beiträge an die Spitäler zur Finanzierung der ärztlichen Weiterbildung und deren Ausgleich unter den Kantonen sowie der vorgängige Abschluss einer spezifischen Ausbildungsvereinbarung zwischen den Westschweizer Kantonen (Projekt REFORMER)

Kontakte mit den Walliser Bundesparlamentariern

In der Regel treffen sich der Staatsrat und die Walliser Bundesparlamentarier vor jeder Session des Bundesparlaments. Im Rahmen dieser Sitzungen werden nicht nur die für den Kanton besonders wichtigen Angelegenheiten, sondern auch punktuelle Themen von besonderer Tragweite erörtert. 2020 waren diese Treffen stark von der COVID-19-Krise geprägt. Einige Treffen mussten abgesagt werden. Diese Absagen beeinträchtigten jedoch nicht die gute Zusammenarbeit mit den Walliser Bundesparlamentariern, beispielsweise in folgenden Bereichen:

- Gesetzgebung im Bereich der COVID-19-Pandemie
- Totalrevision des CO₂-Gesetzes
- Revisionen des Krankenversicherungsgesetzes (Kostensenkung)
- Mehrjahresprogramme in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation sowie Kultur
- Sanierung des ehemaligen Munitionslagers Mitholz
- Agrarpolitik 2022+

GRENZÜBERSCHREITENDE ZUSAMMENARBEIT

Genferseerat

Der 1987 ins Leben gerufene Genferseerat ist für ein 20'000 km² grosses Einzugsgebiet mit über drei Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern zuständig, die sowohl in den französischen Departementen Ain und Hochsavoyen als auch in den Kantonen Genf, Waadt und Wallis leben. Ziel dieses französisch-schweizerischen Organs ist

es, die grenzüberschreitenden Beziehungen zu stärken, gemeinsame Projekte anzustossen und den Zusammenhalt im Genferseegebiet zu fördern. Im Zentrum des Handelns des Genferseerates stehen vier Themenbereiche: Mobilität, Jugend und Kultur, Wirtschaft, Umwelt.

Was die Mobilität anbelangt, so begleitet der Genferseerat verschiedene Dossiers in den Bereichen Eisenbahn, Schifffahrt und Strassenverkehr. In diesem Zusammenhang hat seine Mobilitätskommission unter dem Vorsitz von Jacques Melly die Aktualisierung des Kohärenzschemas Verkehr vorangetrieben. Dieses Schema gibt einen Überblick über alle von den schweizerischen und französischen Gemeinwesen des Genferseegebiets getragenen Verkehrsprojekte und -studien bis zum Jahr 2030. Eine digitalisierte Version dieses Schemas wurde 2020 entwickelt. Mit diesem Instrument verpflichten sich die Partner des Genferseerates dazu, ihre Mobilitätsprojekte auch weiterhin zu harmonisieren. Zu diesem Zweck und ergänzend zu spezifischen Schulungen wird ein Netzwerk aufgebaut, um die Kontakte zwischen den Akteuren beidseits der Grenze zu intensivieren. Im Bereich der Verkehrsinfrastrukturen engagiert sich der Kanton weiterhin aktiv für die Vervollständigung des Eisenbahnnetzes rund um den Genfersee mittels Wiederinbetriebnahme der Eisenbahnlinie am Südufer des Genfersees zwischen St-Gingolph und Evian.

Im Bereich Jugend und Kultur war 2020 ein Übergangsjahr. Während die meisten unterstützten Kulturprojekte durchgeführt werden konnten, ist die letzte Ausgabe der «Chorales lémaniques» leider der Gesundheitskrise zum Opfer gefallen. In der Folge hat der Genferseerat beschlossen, anstelle dieser langjährigen Vorzeigeveranstaltung ein neues Projekt zur Schaffung von grenzüberschreitenden Künstlerresidenzen ins Leben zu rufen. Die ersten Überlegungen wurden angestellt und sollten spätestens 2022 konkretisiert werden. Ebenfalls aufgrund der Gesundheitskrise mussten die Veranstaltungen für Nachwuchssportler/innen (französisch-schweizerische Frauenfussball- und Rugbyturniere, Radtour rund um den Genfersee) abgesagt werden.

Im Wirtschaftsbereich wurden verschiedene Initiativen umgesetzt, die von den in «Genfersee-Unionen» zusammengeschlossenen Dachverbänden lanciert worden waren: sechster Jahreskongress zum Thema Werkzeugmaschinenindustrie, Studien zur

biologischen Landwirtschaft und zum Konsumverhalten, Intensivierung des grenzüberschreitenden Austausches zwischen KMU im Lebensmittelbereich oder auch Erstellung eines Überblicks über die Mobilitätsströme im Genferseeraum.

Im Tourismusbereich hat der Genferseerat das Interreg-Projekt «Objectif Découverte Léman» ins Leben gerufen, das die verschiedenen Akteure rund um ein gemeinsames digitales Tool vereinen soll. Die 2020 durchgeführte Bestandsaufnahme soll es ermöglichen, die weiteren Etappen des Projekts und die Mittel zu dessen Umsetzung zu definieren.

Im Umweltbereich schliesslich hat der Genferseerat eine Zusammenarbeit im Kampf gegen die Tigermücke initiiert, deren Ausbreitung Ausdruck des Klimawandels ist. Die Schweiz verfolgt bereits eine umfassende Bekämpfungsstrategie. Eine regionale Koordination auf grenzüberschreitender Ebene würde es ermöglichen, das Know-how zu bündeln und eine gemeinsame Kommunikationsstrategie für die breite Öffentlichkeit auf die Beine zu stellen. Im Übrigen wurden auch die Arbeiten zur Förderung der einheimischen Holzindustrie durch die gesundheitliche Situation beeinträchtigt. Das geplante französisch-schweizerische Treffen musste zweimal verschoben werden. Die Erstellung von Videoclips über die Chancen und Risiken des grenzüberschreitenden Marktes sowie über die Schwierigkeiten der in diesem Bereich tätigen Akteure und über deren Geschäftsmodell konnte dennoch unterstützt werden.

INFORMATION

Im Einklang mit dem Informationskonzept sorgt die Informations- und Kommunikationseinheit der Staatskanzlei (IVS) für eine proaktive, integrierte und koordinierte Kommunikation.

Begleitung von Regierungsgeschäften

Gemäss den 2015 verabschiedeten Weisungen und Prozessen legt IVS ein besonderes Augenmerk auf die Kommunikation im Bereich der Regierungsgeschäfte. Dabei handelt es sich um departementsübergreifende Geschäfte, die das Image und den Ruf des Kantons tangieren oder deren Tragweite den Einbezug der Gesamtregierung erfordert. Für das Jahr 2020 sind dies beispielsweise die Kommunikation im Rahmen der COVID-19-

Pandemie, die eine umfassende Koordination zwischen den Departementen erforderte, aber auch die Kommunikation über die Umsetzung der Agenda 2030 der nachhaltigen Entwicklung und jene über das Dossier rund um die illegalen Bauten in der Gemeinde Bagnes.

Mehr als 300 Medienmitteilungen

IVS organisierte 35 Medienkonferenzen, verfasste und verbreitete 306 Medienmitteilungen und 35 Bulletins der wöchentlichen Staatsratssitzungen. Zum Aufgabenbereich zählten neben der Verbreitung von Inhalten im Auftrag von interkantonalen institutionellen Einrichtungen oder Walliser Einrichtungen von öffentlichem Interesse die Bearbeitung von zahlreichen Medienanfragen, die Verwaltung, Verteilung und Archivierung von Fotos, die Bereitstellung eines täglichen Pressespiegels und thematischer Artikelsammlungen, die Information der Mitarbeitenden der Verwaltung über wichtige Entscheide und Projekte, verwaltungsinterne Massensendungen (Newsletter, Ausbildungsangebote usw.), die Konzeption und Herausgabe des Jahresberichts des Staatsrates, verschiedene grafische Arbeiten, die Verfassung der Informationsseiten des Amtsblatts sowie das Aufschalten von kantonalen Vernehmlassungen, Berichten oder sonstigen Inhalten im Auftrag der Dienststellen.

Online-Mitarbeitermagazin «vis-à-vis»

Auch 2020 hat IVS das Online Mitarbeitermagazin [vis-à-vis](#) veröffentlicht. Dieses Magazin bietet den Kantonsangestellten Informationen, Interviews und Ratschläge zu mitarbeiterrelevanten Themen, Reportagen über die Tätigkeiten der verschiedenen Dienststellen, Porträts von Mitarbeitenden mit einem ungewöhnlichen Werdegang oder Hobby, eine Führung durch eine Ortschaft im Kanton oder auch Auszüge aus dem Walliser Staatsarchiv.

Medienzentrum

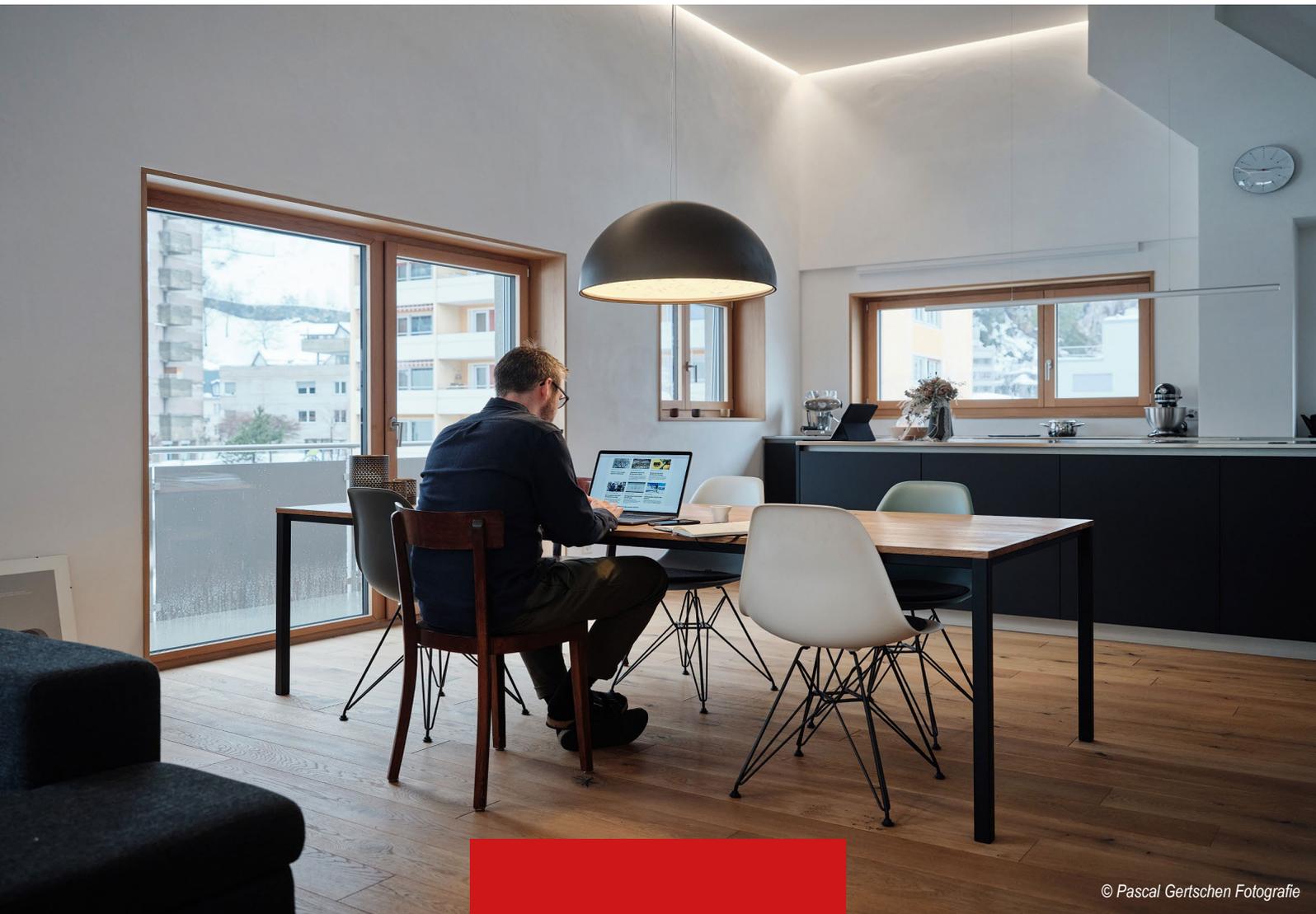
Die Medienkonferenzen, die üblicherweise im Espace Porte de Conthey stattfinden, wurden dieses Jahr aufgrund der geltenden Gesundheitsmassnahmen im Saal des Grossen Rates durchgeführt. Auf den Höhepunkten der Pandemie wurden sie durch Videokonferenzen ersetzt.

Website

Die [Webseite des Staates Wallis](#) war Dreh- und Angelpunkt der Kommunikation im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie. Sämtliche Informationen wurden auf der zu Beginn der Pandemie eingerichteten Seite [INFO Coronavirus](#) zentralisiert. Diese laufend aktualisierte Seite ermöglicht einen einfachen und raschen Zugang zu allen relevanten Informationen in Sachen COVID-19-Pandemie (Massnahmen des Staatsrates, Impfung usw.). Sie spielt eine zentrale Rolle bei der Information der Öffentlichkeit und wurde an manchen Tagen zehntausende Male aufgerufen. Diese Gesundheitskrise hat gezeigt, wie wichtig proaktives Handeln im digitalen Zeitalter ist. IVS wird diese Kommunikationskanäle 2021 weiter ausbauen.

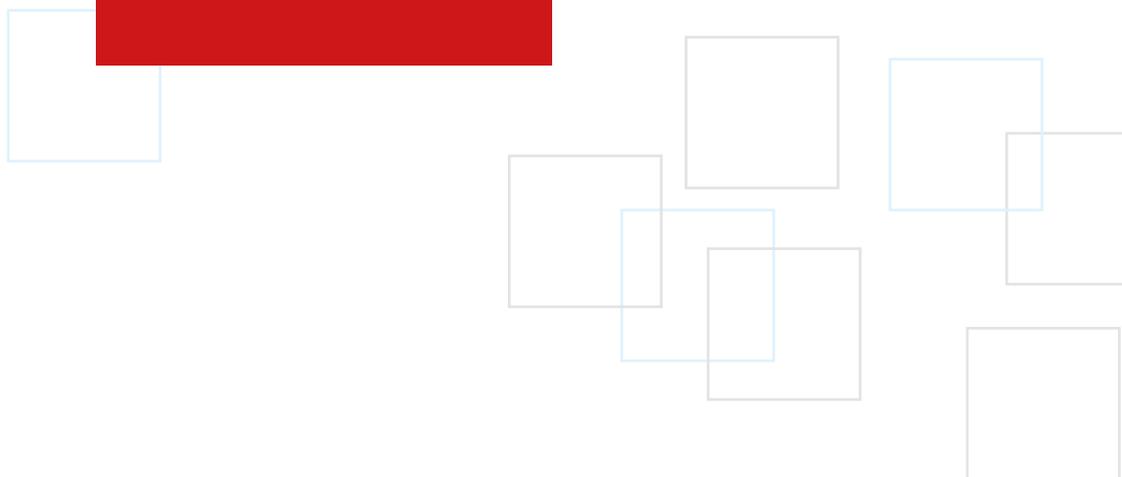
Beratung und Unterstützung

IVS berät sowohl die Regierung als auch die Departemente und Dienststellen der Kantonsverwaltung in Kommunikationsfragen. In diesem Zusammenhang unterstützt IVS den Staatsrat in seiner Informationspolitik und gewährleistet die Organisation und Koordination von Kommunikationsprojekten in Zusammenarbeit mit den Generalsekretären. Als Informationsverantwortlicher ist der Chef IVS auch Mitglied des Kantonalen Führungsorgans (KFO).



© Pascal Gertschen Fotografie

FINANZEN UND ENERGIE



ZEITEN, DIE DIE MENSCHEN ZUSAMMENRÜCKEN LASSEN

«Wer leben will, muss sich an die neuen Lebensumstände anpassen.»

2020 hat ohne Zweifel jeden und jede von uns aus unserer Komfortzone katapultiert. Innert kürzester Zeit wurde die Welt, wie wir sie kannten, auf den Kopf gestellt. Es erstaunt wenig, wenn uns angesichts dieses Umsturzes ein Gefühl der Unruhe oder der Unbeständigkeit befällt. Wie wird das Morgen aussehen? Was ist mit meiner Stelle? Werde ich die Miete für meinen Betrieb bezahlen können? Trifft das Virus mich oder meine Familie als nächstes? Angesichts solcher Fragen ist die Versuchung gross, sich voneinander zu entfernen und abzuschotten.

Und trotzdem haben wir in den vergangenen Monaten gesehen, wie viele Walliserinnen und Walliser genau in diesen schwierigen Zeiten einen Schritt aufeinander zu machten. Durch den ganzen Kanton und die sozialen Medien ging eine Welle der Solidarität und es entstanden Initiativen voller Menschlichkeit. Die jungen Menschen aus den Dörfern übernahmen für Angehörige der Risikogruppen Einkäufe und Botengänge. Freiwillige riefen bei unseren Seniorinnen und Senioren an und schenkten ihnen etwas Zeit, plauderten mit ihnen oder erkundigten sich nach ihrem Befinden. Kinder gestalteten mit grosser Hingabe Zeichnungen für ihre Grosseltern. Das lokale Gewerbe füllte eine Lücke und eroberte ein Stück weit seinen angestammten Platz zurück. Musikantinnen und Musikanten unserer Vereine versammelten sich in den Quartieren, um der Bevölkerung mit ihrer Musik Mut zu machen. Man passte sich an und trat solidarisch füreinander ein.

Als Arbeitgeber musste der Staat Wallis rasch reagieren, um die Gesundheit seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu schützen. Die Kantonale Dienststelle für Informatik und die Dienststelle für Personalmanagement führten innert kürzester Zeit die nötigen Prozesse ein, damit ein Grossteil des Personals vom Homeoffice aus arbeiten konnte. Die Dienststellen des Staates bewiesen allesamt, wie flexibel sie ihre Tätigkeiten handhaben können. Auch wenn es eine Tatsache ist, dass man sich angesichts von Risiken anpassen muss, um zu überleben, macht es mich stolz zu sehen, wie erfolgreich unser öffentlicher Dienst in diesen turbulenten Zeiten den Kurs gehalten hat. Ich danke deshalb allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kantonsverwaltung für ihr grosses Engagement zugunsten der Walliser Bevölkerung.



© Olivier Maire

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Roberto Schmidt'.

Roberto Schmidt
Staatsrat

FINANZEN

Rechnung 2020

Das Jahr war weitgehend geprägt von der COVID-19 Pandemie. Die Diskussionen konzentrierten sich auf die Gesundheitskrise, die Massnahmen zur Eindämmung der Virusübertragung sowie die wirtschaftlichen und sozialen Folgen. Neben bestimmten Budgetüberschreitungen (vor allem im Gesundheitsbereich) bewilligten Staatsrat und Grosse Rat Nachtragskredite in der Höhe von brutto 169,2 Millionen Franken, davon 136,2 Mio. als direkte Massnahmen im Zusammenhang mit der Pandemie. Da einige dieser bewilligten Nachtragskredite Ende 2020 noch nicht vollständig ausbezahlt waren, werden diese in der Rechnung 2021 als Budgetüberschreitungen erscheinen.

Die [Rechnung 2020](#) schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 2,3 Millionen und einem Finanzierungsüberschuss von 20,8 Millionen. Trotz des Gleichgewichts der Kantonsfinanzen gibt es Anzeichen für ein mögliches Nachlassen der finanziellen Stabilität. Es ist ungewiss, wie sich die bereits über ein Jahr andauernde Gesundheits- und Wirtschaftskrise mittel- und langfristig auswirkt. Es wird sich erst im Nachhinein zeigen, ob das Jahr 2020 einen Wendepunkt für die Kantonsfinanzen darstellt oder nicht.

Im Jahr 2020 trat die Steuerreform STAF sowie der Strukturreform der Pensionskasse des Kantons Wallis in Kraft. Der Grosse Rat hat ein neues finanzielles Instrument angenommen: die finanzpolitische Reserve. Basierend auf den Fachempfehlungen des Harmonisierten Rechnungslegungsmodells HRM2 erlaubt diese Reserve, sich den Herausforderungen zu stellen, die regelmässig das Finanzgleichgewicht stören, wenn es zu neuen, unvorhergesehenen oder ausserordentlichen Aufwendungen kommt, die zu den üblichen Budgetkrediten hinzukommen oder wenn ein bestimmtes Ereignis die Finanzierung der Entwicklung der bisherigen öffentlichen Leistungen in Frage stellt. Eine Ersteinlage von 96,9 Millionen Franken aus dem frei verfügbaren Eigenkapital wurde der Reserve zugeführt, zu der eine Einlage von 50 Millionen in der Rechnung 2020 hinzukam.

Budget 2021

Dank der guten Resultate der letzten Jahre ermöglichen die Kantonsfinanzen ein ambitioniertes [Budget 2021](#) zu präsentieren, das trotz der Unsicherheiten von COVID-19, für die Bevölkerung und die Wirtschaft als ein Budget der Ankurbelung bezeichnet werden kann.

STEUERN

Revision des Steuergesetzes (STAF-VS)

Der Grosse Rat sagte am 12. März 2020 Ja zur STAF-VS, die im Wesentlichen eine deutliche Senkung der Gewinnsteuer, die Abschaffung der Grundstücksteuer auf Produktionsanlagen sowie die Übernahme der eidgenössischen Massnahmen im kantonalen Gesetz vorschlägt. Mit Inkrafttreten der Vorlage profitieren Unternehmen mit einem Gewinn bis 250'000 Franken (also rund 95 Prozent der Walliser Betriebe) von einem der tiefsten Steuersätze schweizweit. Nachdem das Referendum gegen die Vorlage nicht zustande gekommen war, entschied der Staatsrat, die Steuerreform rückwirkend auf den 1. Januar 2020 in Kraft zu setzen. Die STAF-VS wird sich ab der Steuerperiode 2020 und bis 2022 auf die Steuererträge der öffentlichen Gemeinwesen auswirken.

Informatikprojekte

Insbesondere im Steuerwesen wandelt sich die IT konstant. Nachdem die Daten zu den natürlichen Personen per 1. Januar 2017 und jene zu den juristischen Personen per 1. Januar 2019 auf SAP migriert wurden, stand mit der Migration der Daten zur Quellbesteuerung die letzte wichtige Etappe an, die Ende 2020 abgeschlossen werden konnte. Während das Bundesparlament plant, die Steuererklärung ohne Unterschrift einzuführen, ist dies im Kanton Wallis, der bei der Digitalisierung von Arbeitsabläufen eine Vorreiterrolle einnimmt, bereits möglich. So wurden folgende Etappen bereits abgeschlossen:

- Elektronische Einreichung der Steuererklärung ohne Unterschrift via VSTax; das Wallis ist einer der ersten Kantone schweizweit, bei denen dieser Vorgang von A bis Z elektronisch ausgeführt werden kann.

- Smartphone-Anwendung TellTax; auch hier gehört das Wallis zu den ersten Kantonen schweizweit, die auf eine Anwendung zum Scannen von Steuerbelegen zurückgreifen.
- Papierloses Büro für die Steuereinschätzer
- Neuer Online-Rechner Tax Calculator, mit dem die Steuerpflichtigen ihren Steuerbetrag online berechnen können

Steuereinschätzung von natürlichen Personen mit unselbstständiger Erwerbstätigkeit

Der Mitte März 2020 beschlossene Lockdown hatte grosse Auswirkungen auf die Arbeitsweise innerhalb der KSV. Dank der Informatikprogramme (MyApps) und der Digitalisierung konnte das Personal ab dem 1. Tag produktiv arbeiten. Mit 172'866 Steuerverfügungen, die per Jahresende abgeschlossen werden konnten, gelang den Mitarbeitenden der KSV ein neuer Rekord. Die Zahl entspricht 84,22 Prozent aller unselbstständigerwerbenden Steuerpflichtigen.

PERSONAL

COVID-19

Auf Vorschlag der Dienststelle für Personalmanagement (DPM) hin ergriff der Staatsrat im Hinblick auf die Krise mehrere Massnahmen zugunsten seines Personals. So wurden die Dienstchefs und Mitarbeitenden regelmässig und gezielt über den Stand der Lage und die neuen Massnahmen informiert. Für diese beiden Zielgruppen wurden in diesem Zusammenhang auch eine spezifische Intranetseite sowie eine interne Stellenbörse eingerichtet. Die DPM behandelte verschiedene arbeitsrechtliche Fragen und kommunizierte die erarbeiteten Antworten dem Personal. Für die Kantonsverwaltung wurde ein allgemeines Schutzkonzept mit verschiedenen Präventionsmassnahmen erarbeitet und umgesetzt. Zusätzlich zu verschiedenen anderen Massnahmen wurden zum Schutz der Mitarbeitenden und Kunden an den Schaltern Plexiglasscheiben montiert. Da sich die Lage noch immer nicht normalisiert hat, wird die DPM ihre Anstrengungen weiterführen.

Rechtstexte

Im Sinne einer Harmonisierung der verschiedenen Rechtsgrundlagen befasste sich die DPM mit der Überarbeitung zahlreicher Erlasse. Dabei wurden die verschiedenen Gesetze über das Personal des Staates Wallis angepasst, namentlich die Artikel zur Probezeit, zu den Verwaltungsmassnahmen und der Auflösung der Arbeitsverhältnisse. Viel Arbeit war auch mit dem Inkrafttreten der Reform des PKWAL-Gesetzes und den dazugehörigen Verordnungen verbunden, nicht zu vergessen die verschiedenen Begleitmassnahmen wie jene zur Flexibilisierung des Pensionsalters. Mit der Einführung der Möglichkeit, sein Arbeitspensum nach einer Geburt oder einer Adoption zu senken, wurde ebenfalls eine Anpassung der Verordnung über das Personal nötig. Nachdem das Vorgehen zur Anerkennung der Diensttreue aktualisiert wurde, musste auch die Verordnung geändert werden.

Telearbeit

Die DPM traf zu Beginn der Pandemie alle nötigen Massnahmen, damit die Mitarbeitenden so rasch und effizient wie möglich auf ausserordentliche Telearbeit umsteigen konnten. In diesem Zusammenhang wurden unter der Federführung der DPM innert kürzester Zeit die für die ausserordentliche Telearbeit nötigen Richtlinien erarbeitet und sowie die notwendige IT-Ausrüstung bereitgestellt.

Darüber hinaus galt es, eine neue Strategie «Ordentliche Telearbeit» und eine neue Richtlinie zu erarbeiten. Gleichzeitig entwickelte die DPM einen digitalen Arbeitsprozess für die Anträge auf Telearbeit. Am 2. Dezember 2020 fiel dann der Entscheid des Staatsrates, die ordentliche Telearbeit ab dem 1. April 2021 zu erweitern, zu optimieren und zu vereinheitlichen.

Digitalisierung der Prozesse fürs Personalmanagement

Im Rahmen der E-Government-Politik unternahm die DPM grosse Anstrengungen zur Digitalisierung der Prozesse im Bereich Personalmanagement. So testete die DPM unter anderem das Portal «Employee Self-Service», das gewisse HR-Prozesse automatisiert und so effizienter gestaltet.

Rechtshilfe

Das Rechtsamt für Finanzen und Personal (RAFP) stand dem Staatsrat und den verschiedenen Departementen und Dienststellen auch vergangenes Jahr bei Verfahren in Zusammenhang mit dem Personal und beim Erstellen von Berichten, Kommentaren und Richtlinien zur Seite. So war das Amt in die Vorbereitungsarbeiten zu den geplanten Gesetzesänderungen involviert und wirkte an verschiedenen Arbeitsgruppen in Zusammenhang mit dem öffentlichen Dienst mit.

Auf Anfrage der kantonalen Finanzverwaltung (KFV) erstellte das RAFP mehrere Finanzgutachten und wurde regelmässig hinzugezogen, wenn Dokumente oder notarielle Akten überprüft oder gegengelesen werden mussten oder Fälle zivilrechtlicher Haftung zu prüfen waren.

Weiter war es an mehreren Schlichtungsaudits vor Gemeinderichtern zugegen und vertrat den Staat vor anderen Justizbehörden. Die Rückforderung der unentgeltlichen Rechtspflege, der OHG-Leistungen und der Gerichtskosten gehörten ebenfalls zu den Aufgaben, die von den Juristen und dem Sekretariat dieses Amtes grossen Einsatz erforderten.

Ende 2020 wurde das RAFP im Rahmen des Projekts «Effizienz+» aufgelöst, wobei seine Ressourcen der Kantonalen Steuerverwaltung (KSV) und der Stabseinheit des Departements für Finanzen und Energie (DFE) zugewiesen wurden.

INFORMATIK

Kantonale Informatikstrategie

Wie in den Vorjahren wird die Umsetzung der Informatikstrategie im Verwaltungsjahr 2020 in einem ausführlichen Bericht an den Grossen Rat präsentiert. In diesem Zusammenhang befasste sich die kantonale Dienststelle für Informatik (KDI) mit verschiedenen Aktivitäten und konnte zahlreiche Erfolge verzeichnen.

Cybersicherheit

Die fast flächendeckende Einführung von Telearbeit vergangenen März erhöhte dank der Support-Tools, die von der KDI bereits im Vorfeld für Homeoffice bereitgestellt wurden, das allgemeine Sicherheitsrisiko nicht signifikant.

Die Sicherheitszelle führte eine grosse Anzahl Sicherheitsaudits durch – mehrere davon innert kürzester Zeit, was eine rasche Aufschaltung von Lösungen in Zusammenhang mit den COVID-19-Massnahmen ermöglichte.

Weiter wurde 2020 ein «Security Operation Center» implementiert, das einen besseren Überblick über den allgemeinen Stand der Cybersicherheit innerhalb des Staates Wallis bietet. Die Krisenzelle der KDI besuchte eine spezielle Schulung des Bundesamts für Bevölkerungsschutz (BABS) und nahm in diesem Rahmen an einer Übung teil. Die globale Widerstandsfähigkeit der staatlichen Informatik wurde zusätzlich verbessert, namentlich durch zahlreiche Massnahmen innerhalb der Rechenzentren.

Applikationsentwicklung

Vergangenes Jahr konnten zusätzlich zu 80 Projekten 436 Anfragen in weniger als drei Tragen entwickelt und den Kundinnen und Kunden zur Verfügung gestellt werden. Hier ein paar Beispiele dafür:

- Nestore, Tool fürs Energiedatenmanagement
- SAP-Mitarbeiter-Portal
- Anpassungen in Zusammenhang mit der STAF
- Integration der SwissID als Authentifizierungsmittel
- Integration von externen Anwendungen (Verwaltung von Ladestationen, Formular Quellensteuerabrechnung 2020, RouteRank)
- Verwaltung der Quellensteuer, Portal, Backoffice und Datenübernahme aus dem alten System
- Entwicklung diverser Anwendungen (Aktualisierungen in Zusammenhang mit den Änderungen der COVID-19-Massnahmen, Verwaltung des flexiblen Rücktrittsalters, Grundbuch, Zentralregister der Testamente, Import ISM in SAP, Katasterauszüge, Amortisierung und Einreichung von Rechnungen, Planung des Winterdienstes, Verwaltung der Steuern von natürlichen und juristischen Personen, Schulmaterial, eRecruiting, Verwaltung Eichwesen, Verwaltung Streusalz)
- Anpassungen 2020 bei der Verwaltung der Direktzahlungen

Projekte

Die KDI trieb 2020 zahlreiche Projekte voran, darunter:

- die Fertigstellung der Migration der Arbeitsplätze, die unter Windows 10 liefen
- die Bereitstellung ausserordentlicher Mittel fürs Homeoffice, so unter anderem die Zurverfügungstellung einer grösseren Anzahl Laptops
- die Inbetriebnahme des Projekts zur Optimierung des Zahlungsverkehrs; die ersten Dienststellen, die ins Pilotprojekt involviert waren, wickeln ihre Rechnungen nun komplett digital ab.
- die Migration aller Geräte, welche unter dem alten Vertrag von CMN liefen, auf die neue Swisscom-Plattform NATEL go
- die Aufschaltung des «Employee Self-Service»-Portals für gewisse Pilotdienststellen der Verwaltung
- die Fertigstellung der neuen Version der Referenzdatenbank – Natürliche Personen (RDB-NP) und eine fundierte Analyse im Hinblick auf die Entwicklung der Referenzdatenbank – Gebäude und Wohnungen (RDB-GW) im Jahr 2021/2022

Prozesse

- Automatisierung gewisser Aufgaben zur Qualitäts- und Effizienzsteigerung; insgesamt konnten rund 4700 jährlich anfallende Aufgaben automatisiert werden (Service Desk, Verwaltung SAP, ECM und Büro, Materialbestellungen).
- Bearbeitung von Anfragen für 154 fachspezifische und 36 technische IT-Projekte
- Einführung eines Qualitätsansatzes innerhalb der KDI mit einer Reihe von Initiativen wie der Automatisierung bestimmter Aufgaben, der Verlässlichkeit von Indikatoren und der geplanten Erstellung einer Charta

Fachbereiche

- Aktive Beteiligung am Fachbereich Business Intelligence im Rahmen der COVID-19-Aktionen, so unter anderem an der Aktion «100 Franken Gutschein»

- Studien und Arbeiten in Zusammenhang mit der geplanten Migration von SAP ERP auf die neue SAP S/4HANA
- Implementierung eines rigorosen Release-Managements innerhalb der SAP-Prozesse

Infrastrukturen

Aufgrund der Massnahmen in Zusammenhang mit COVID-19 mussten verschiedene Anpassungen an den Infrastrukturen vorgenommen werden:

- Kapazitätssteigerung bei der Bandbreite für Videokonferenzen
- massiver Einsatz der Telefonanwendung «Jabber» an den Arbeitsplätzen und auf den Smartphones der Angestellten
- Erweiterung der Fernzugriffe auf die Anwendungen
- Einführung einer neuen VPN-Lösung an den Arbeitsplätzen

Durch die Implementierung einer Lösung für die zentralisierte Verwaltung von Logs hat die KDI zudem ihr Monitoring Environment konsolidiert. Weiter wurde ein Projekt zur Automatisierung und Industrialisierung von repetitiven Aufgaben lanciert, es wurden technische Analysen für das geplante Datacenter durchgeführt, die zentralen Drucker wurden ersetzt und für die Weiterführung des Angebots des Printcenters wurde eine Übergangslösung gefunden. Es wurde eine Systemmigration auf die neue Netzwerkumgebung durchgeführt und der IT-Notfallplan wurde auf Herz und Nieren getestet.

ENERGIE

Potenzial der Wasserkraft im Wallis

Die vom Departement für Finanzen und Energie (DFE) in Zusammenarbeit mit den Forces Motrices Valaisannes (FMV) in Auftrag gegebene «Grundlagenstudie zum Potenzial der Wasserkraft im Wallis» skizziert fürs Wallis ein Winterausbaupotenzial in der Höhe von 2,2 TWh/Jahr gegenüber heute, wofür ein zusätzliches Speichervolumen von 655 Millionen m³ nötig wäre. Dies würde es dem Wallis erlauben, einerseits einen signifikanten Beitrag an die Versorgungssicherheit

der Schweiz zu leisten und andererseits die Basis für die Erreichung der bis 2050 ausgelegten kantonalen und nationalen Energiestrategien zu legen. Zum ersten Mal setzt die Studie den Grundsatz der «multifunktionalen Nutzung von Wasser in den Einzugsgebieten» in einen überregionalen Kontext und präsentiert die Etappen, die zusammen mit den verschiedenen involvierten Akteuren zu bewältigen sind.

Gebäudeprogramm

Im interkantonalen Vergleich findet man das Wallis regelmässig an oberster Stelle. Zu Beginn des Jahres 2020 wurden die Beiträge für fünf der elf verschiedenen Massnahmen des Gebäudeprogramms aufgestockt.

Die Höhe der 2020 insgesamt ausgezahlten Beträge beträgt 17,3 Millionen Franken. Zieht man den durch die CO₂-Abgabe finanzierten Bundesbeitrag in der Höhe von 13.2 Millionen Franken ab, beläuft sich der kantonale Nettobeitrag für 2020 noch auf 4.1 Millionen Franken. Die gegenüber Dritten neu eingegangenen Verpflichtungen stiegen 2020 auf 25,9 Millionen Franken.

Höchstspannungsleitungen – HöS

Der Kanton reichte gegen die Projekte von Swissgrid AG für den Bau und Ersatz der Hoch- und Höchstspannungsleitungen zwischen Chippis-Mörel und Chippis-Stalden, die im Mai 2019 öffentlich aufgelegt worden waren, im Rahmen der jeweiligen Verfahren beim Eidgenössischen Starkstrominspektorat (ESTI) Beschwerde ein und fordert, dass für die Kabelführung Varianten geprüft werden. Ungeachtet der eingereichten Beschwerde anerkennt der Kanton die Bedeutung des Projekts zur Verbesserung der Versorgungssicherheit im Oberwallis und ist damit einverstanden, dass das lokale Stromnetz ins kontinentaleuropäische 380V-Verbundnetz integriert und so die Netzsicherheit erhöht wird. Währenddessen gehen die Gespräche zur möglichen Verschiebung von einzelnen Strommasten des Abschnitts Chamoson-Chippis in den Regionen Grône und Chalais weiter.

Wiederherstellung von Wasserläufen

Im Rahmen der Renaturierung von Gewässern gemäss dem Gewässerschutzgesetz müssen Kraftwerksinhaber Massnahmen gegen die negativen Auswirkungen der Wasserkraftnutzung ergreifen, konkret was die Auswirkungen von

Schwall-Sunk, die freie Fischwanderung und die Grundbelastung angeht. So müssen in unserem Kanton bei 18 Bauwerken die Auswirkungen von Schwall und Sunk, bei 43 Wasserhindernissen die freie Fischwanderung und bei 42 Anlagen die Belastungsbilanz geprüft werden. Damit der Anspruch auf Entschädigung von Swissgrid erhalten bleibt, muss vor Ablauf der gesetzlichen Frist Ende 2030 mit der Umsetzung der Massnahmen begonnen werden. Bis anhin hat das DFE bereits 54 der nötigen 103 Verordnungen in Kraft gesetzt.

Restrukturierung der Walliser Elektrizitätswirtschaft

Die Wasserkraft-Strategie und die Energievision 2060 können nur verwirklicht werden, wenn die Walliser Energieakteure den Schulterchluss wagen. Dies ist insbesondere in den Bereichen Produktion, Transport, Verteilung und Vermarktung der Energie nötig. In diesem Zusammenhang haben die FMV und OIKEN eine Absichtserklärung unterzeichnet und wollen eine starke Partnerschaft bilden. Diskutiert werden unter anderem Überkreuzbeteiligungen, so genannte Cross Holdings. Die Netzbetreiber wurden vom DFE dazu aufgefordert, im gleichen Sinne zu den FMV Kontakt aufzunehmen.

Vereinbarung 1987

Nachdem Ende Dezember 2000 ein Druckstollen des Kraftwerks Bieudron barst, gab es Verzögerungen bei der Erarbeitung eines Inventars und zwischen den Konzessionsgemeinden und den Konzessionären entstanden Meinungsverschiedenheiten bei der Auslegung der «Vereinbarung 87», welche die finanzielle Entschädigung bei der Ausübung des Heimfallrechts zum Wasserkraftwerk Cleuson-Dixence regeln sollte. Fürs neue Werk und die bestehenden Werke ist nun endlich ein Inventar verfügbar. Um die Differenzen ein für alle Mal beizulegen, wurde dieses nun von allen Parteien angenommen und vom Staatsrat genehmigt.

GRUNDBUCH

Entwicklung von Online-Dienstleistungen

Während der Coronapandemie konnte die Dienststelle für Grundbuchwesen (DGB) dank der vorgenommenen Modernisierung ihrer Arbeitsweise und der eingeführten technischen Änderungen einen grossen Teil ihrer Leistungen aus der Ferne

erbringen. Einige Aktivitäten der Grundbuchämter waren bis anhin weiterhin auf Papier notwendig und erforderten die physische Präsenz der Mitarbeitenden. Für diese Dienstleistungen hat die DGB nun die Gunst der Stunde genutzt, um erstmals einen Online-Service anzubieten. Online verfügbar sind mehrere Formulare, so zum Beispiel der Antrag auf einen Grundbuchauszug. Die DGB arbeitet mit Hochdruck daran, dass sämtliche Anträge für einen Auszug direkt online gestellt werden können.

GB2020

Die DGB trieb die Umsetzung der Projekte im Rahmen des Programms GB2020 weiter voran, mit dem das Grundbuchwesen und die erbrachten Dienstleistungen modernisiert, digitalisiert und vereinheitlicht werden sollen. Eine den neuesten Normen und internationalen Standards entsprechende Plattform konkretisiert nun den so wichtigen technologischen Fortschritt. Über die Plattform können die Berechtigten, darunter Notare, auf sämtliche archivierten und gesicherten digitalen Unterlagen zugreifen, die nach und nach zur Verfügung gestellt werden. In diesem Zusammenhang wurde ein umfassender Prozess eingerichtet, der auf die elektronische Langzeitarchivierung ausgerichtet ist. Die vorhandenen Papierdaten werden weiter digitalisiert und auf die neue Plattform migriert.

Von den insgesamt 126 Gemeinden waren Ende 2020 54 vollständig und 37 teilweise im System erfasst und hatten Zugriff auf die informatisierte Version. Für die DGB ist Modernisierung gleichbedeutend mit Vereinfachung, weshalb eine Schnittstelle bereitgestellt wurde, welche die Daten der amtlichen Vermessung automatisch ins Grundbuch übernimmt. Seit Beginn des Projekts im Jahr 2010 haben sich die Bedürfnisse und technologischen Voraussetzungen extrem geändert. Dies nahm man zum Anlass, im Rahmen einer Machbarkeitsstudie die Anforderungen für eine Reihe von Projekten neu zu evaluieren und jene Elemente zu definieren, die im Rahmen des Programms bereitzustellen sind. Der Vorschlag zur Restrukturierung von Projekten, der sowohl der aktuellen Lage als auch der Informatikstrategie Rechnung trägt, wurde von der CoPil GB2020 validiert.

Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (BewG)

Was das BewG betrifft, vergab die DGB im Verlaufe des Jahres 2020 rund 5 Prozent weniger Kontingentseinheiten als noch im Vorjahr. Allerdings lässt sich bei den allgemeinen Anfragen kein Rückgang feststellen, haben doch die Anträge betreffend das BewG um 4 Prozent zugenommen. Im vergangenen Jahr verzeichnete das DGB einen starken Anstieg von spezifischen Fragen in Zusammenhang mit dem Grundbuchwesen, die eine enge Koordination mit den Fachgebieten Bau, Raumplanung und Zweitwohnung erforderten.

GEOMATIK

Die Eidgenössische Vermessungsdirektion (V+D) genehmigte 2020 68 Lose, von denen ein Grossteil die Gebäudeadressierung und weitere die Erneuerung von eidgenössischen Vermessungen alter Ordnung betrafen.

Alpgebiete

Das Pflichtenheft für die Neuvermessung von Alpgebieten liegt nun vor, wobei die Anforderungen in Absprache mit der V+D noch angepasst wurden. So fallen die Anforderungen hinsichtlich Präzision und Verlässlichkeit in den Alpgebieten weniger streng aus als in den Bauzonen. Dies hat zur Folge, dass auch die Vermessungsmethoden angepasst werden können. Von den insgesamt 68 Losen, die es auszuschreiben gilt, wurde das Vergabeverfahren bereits für 14 Lose abgeschlossen. Die Neuerfassungen von Bitsch, Chalais, Grône, Mörel-Filet, Orsières, Vissoie und Vollèges wurden genehmigt und können in die kantonale Datenbank der amtlichen Vermessung (BADO) integriert werden. Dies ist die Voraussetzung für die Liberalisierung der Nachführung der amtlichen Vermessung. Im Hinblick auf die Digitalisierung der Verwaltungsprozesse (E-Government) wurde die Eidgenössische Grundstücksidentifikation (EGRID) in die amtliche Vermessung aufgenommen.

Eidgenössisches Gebäude- und Wohnungsregister

Die Dienststelle für Geoinformation (DGI) ist ebenfalls die Koordinationsstelle, welche das eidgenössische Gebäude- und Wohnungsregister (GWR) führt. Nun wurde damit begonnen, die Gebäudedaten in diesem Register mit jenen der amtlichen Vermessung in Einklang zu bringen und mit zusätzlichen Informationen anzureichern. Das Ziel ist, das GWR als Datenbank für die Energiewende und den Umweltschutz auf nationaler Ebene zu nutzen.

AVGBS

Die Schnittstelle AVGBS, welche die Übertragung der digitalen Daten der amtlichen Vermessung und des Grundbuchs ermöglicht, wurde nun in Betrieb genommen.

Geomatik-Kompetenzzentrum (CC GEO)

Als Garantin für die Geodaten des kantonalen Geoinformationssystems hat die CC GEO Massnahmen zur Qualitätssicherung eingerichtet. Die Architektur wurde an die erweiterten Bedürfnisse der kantonalen Stellen angepasst. Im Besonderen wurden gewisse Teile der Internet-Infrastruktur des [Geoportals](#) auf die kantonale Informatikinfrastruktur übertragen. Daneben wurden Anwendungen für mobile Endgeräte entwickelt, namentlich für die Erfassung von Geflügelauflüchtern oder für die Förderung der Biodiversität.

Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster)

Das [ÖREB-Kataster](#) wurde in Betrieb genommen. Da gemäss den Programmvereinbarungen 2020-2023 Ergänzungen vorzunehmen sind, wurden die nötigen Vorbereitungsarbeiten durchgeführt. So sind beispielsweise Planungszonen, Gewässerräume und Waldreservate als öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkungen einzutragen. Die Daten der Gefahrenzonenpläne dürften ebenfalls ins Kataster aufgenommen werden. Das ÖREB-Kataster, das quasi der dritte Pfeiler des Schweizer Katastersystems bildet, wird dank der Erweiterung durch neue Einschränkungen an Bedeutung gewinnen.

IMMOBILIEN UND BAULICHES ERBE

Kompetenzzentrum des Fonds zur Finanzierung der Investitionen und der Geschäftsführung von staatlichen Immobilien (FIGI)

Das Kompetenzzentrum FIGI befasste sich vergangenes Jahr mit der Ausarbeitung und Festlegung des für den FIGI geltenden Fakturierungsmodus. Abgeschlossen wurden auch die Aktualisierung der Datenbank und die Digitalisierung der Gebäudepläne der wichtigsten Gebäude. Alle Geschäftsprozesse wurden dokumentiert. Weiter wurde ein strategisches Instrument beschafft, mit dem sich der Gebäudeunterhalt planen und das Energiemanagement der Gebäude auf einfache und transparente Weise handhaben lassen.

Baustellen und Projekte im ganzen Kanton

Der Grosse Rat genehmigte für die Erweiterung und den Neubau von La Castalie in Monthey, den Neubau für die Einsatzzentrale in Siders (117/118/144) und die Erweiterung des Gefängnisses Les Iles in Sitten drei Baukredite. Bereits begonnen haben die Arbeiten am neuen Zellentrakt und dem Nebengebäude in Crêtelongue, der Bau des neuen Zentrums für die Dienststelle für Strassenverkehr und Schifffahrt in Sitten sowie der Umbau des Druckzentrums Ronquoz in Sitten, das in Zukunft im Rahmen des Campus Energypolis genutzt werden soll.

Planmässig laufen auch die Studien zum neuen Kollegium von Sitten, der neuen Forschungsstelle ETERPYS in Conthey, dem neuen Verwaltungsgebäude in Siders und der Erweiterung der Berufsfachschule Visp. Ende 2020 wurden die Um- und Ausbauarbeiten am Musikhaus des Kollegiums in Brig – das erste fertiggestellte Projekt im Rahmen des Fonds FIGI – abgeschlossen und die Räumlichkeiten konnten von den Offiziellen eingeweiht werden.

Immobilienverwaltung und Unterhalt

Um den Bedarf der kantonalen Verwaltung zu decken und die Kontinuität ihrer Dienstleistungen sicherzustellen, richtete die Sektion Immobilienverwaltung und Unterhalt zahlreiche Räumlichkeiten neu ein. Aufgrund der Pandemie mussten mehrere Baustellen reorganisiert werden. Zusätzlicher Aufwand entstand durch die logistischen Herausforderungen in Zusammenhang mit der Reinigung und Desinfektion gemäss den Richtlinien des Staatsrates. Daneben wurden mehrere Studien in Auftrag gegeben, um in Koordination mit dem FIGI-Fonds die Sanierung von Gebäuden von kantonalen Bedeutung zu planen.

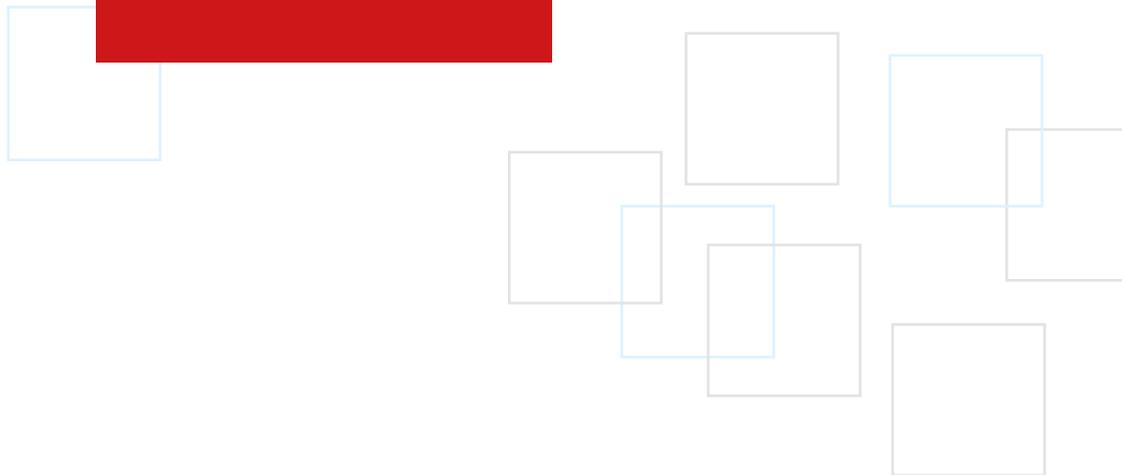
Denkmalschutz

2020 konnte die Abteilung Bauliches Erbe die erste Etappe der Innenrenovation der Basilika von Valeria abschliessen. Daneben wurden 39 Restaurierungsprojekte subventioniert und 1300 Vormeinungen verfasst. Zwei Gemeinden liessen ihr Inventar homologieren und in den Medien erschienen vier Artikel zur Architektur des 20. Jahrhunderts im Wallis. Grossen Anklang fanden auch die von der Dienststelle organisierten Denkmaltage zum Thema Vertikalität, an denen 918 Besucherinnen und Besucher teilnahmen.



© Pascal Gertschen Fotografie

GESUNDHEIT,
SOZIALES
UND KULTUR



AUSSERGEWÖHNLICHE ENGAGEMENTS IN EINER AUSSERGEWÖHNLICHEN SITUATION

Das Jahr 2020 wird mir aufgrund der Coronavirus-Pandemie in Erinnerung bleiben. In dieser ereignisreichen Zeit wurden die Dienststellen für Gesundheit, Sozialwesen, Arbeitnehmerschutz und Arbeitsverhältnisse, Kultur, Betreibungs- und Konkurswesen, Verbraucherschutz und Veterinärwesen wie auch das kantonale Amt für Gleichstellung und Familie vor grosse Herausforderungen gestellt. Viele Aufgaben mussten komplett neu gedacht werden. Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr Engagement und ihre Anpassungsfähigkeit in dieser schwierigen Zeit. Eine solch aussergewöhnliche Situation hätte ohne die Zusammenarbeit aller betroffenen Stellen nicht gemeistert werden können. Ich wünsche mir, dass die kantonale Verwaltung sich weiterhin so engagiert für unsere Bevölkerung einsetzt.

Von Herzen danke ich auch dem gesamten medizinischen und Pflegepersonal, das einen unermüdlichen Einsatz leistete. Das Jahr 2020 war überwältigend und intensiv. Es hat aber auch die Fähigkeit jeder und jedes Einzelnen ans Licht gebracht, so weit als möglich, zu helfen.

Im Jahr 2020 wurden in meinem Departement einige Gesetzesrevisionen erarbeitet und weitere Projekte vorangebracht. Das Gesetz über die Eingliederung und die Sozialhilfe und das Gesundheitsgesetz erfuhren eine Totalrevision. Teilweise überarbeitet wurden das Ausführungsgesetz zum Entsendegesetz und zum Bundesgesetz gegen die Schwarzarbeit. Auch wurde die Revision des Ausführungsgesetzes zum Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur AHV/IV, des Gesetzes über die Rechte und die Inklusion von Menschen mit Behinderungen, des Gesetzes über die Eintreibung von Unterhaltsbeiträgen und die Entrichtung von Vorschüssen sowie des Gesetzes zur Begleitung am Lebensende erarbeitet und durch die parlamentarische Kommission für die Debatte im Jahr 2021 vorbereitet. Ausserdem freut es mich, dass das Projekt der Modernisierung und des Erweiterungsbaus des medizinisch-pädagogischen Zentrums La Castalie im Grossen Rat angenommen wurde. Des Weiteren wurde die interkantonale Konvention mit dem Spital Riviera-Chablais erneuert.



© Olivier Maire

Esther Waeber-Kalbermatten
Staatsrätin

GESUNDHEITSWESEN

COVID-19-Pandemie

Am 28. Februar 2020 wurde die erste Person im Wallis positiv auf COVID-19 getestet. Der Staatsrat beruft am 4. März das kantonale Führungsorgan (KFO) ein, um den Kantonsarzt bei der Bewältigung der Gesundheitskrise zu unterstützen. Dann folgen auf Bundes- und Kantonsebene Massnahmen zur Eindämmung der Pandemie: Verbot von Versammlungen, Schliessung von Schulen, Unterhaltungs- und Erholungsorten. Die Schweiz befindet sich ab dem 16. März in einem Teil-Lockdown.

Nach der ersten Welle bietet der Sommer eine Atempause. In dieser Phase basiert die Strategie zur Eindämmung der Pandemie auf der Erkennung positiver Fälle, deren Isolierung und der Quarantäne enger Kontaktpersonen. Es werden Testzentren eingerichtet und das Contact Tracing, das heisst die Rückverfolgbarkeit von Personen, die in engem Kontakt mit einer positiv getesteten Person gestanden sind, wird verstärkt. Eine Kommunikationskampagne wird gestartet, die die Bevölkerung an die Verhaltensregeln erinnert

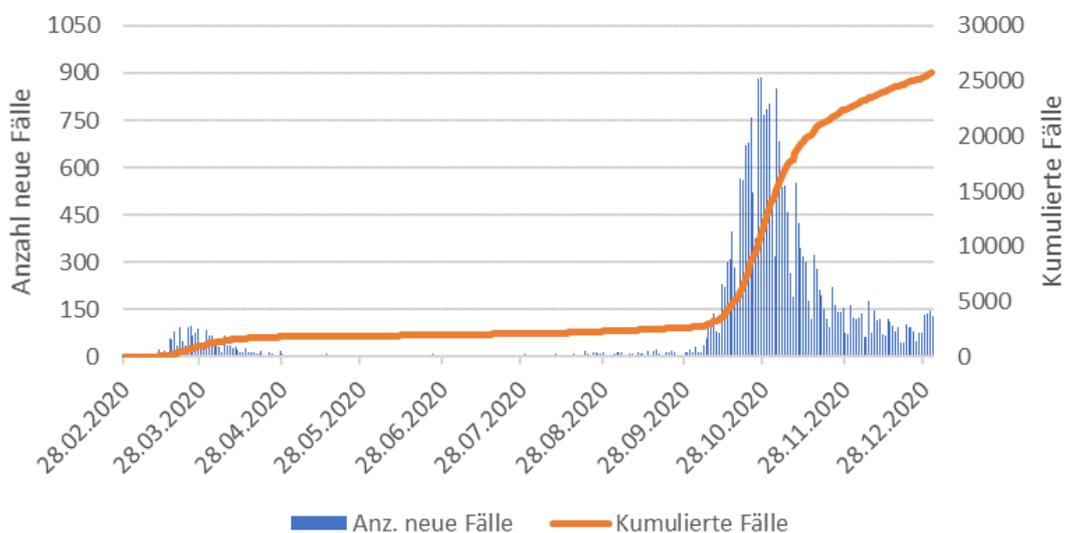
(Hände waschen, Maske tragen, in die Armbeuge husten, Abstand halten). Diese Massnahmen können eine zweite Welle nicht verhindern, die im Wallis, dem im Oktober am stärksten betroffenen Kanton der Schweiz, besonders virulent wird.

Die Dienststelle für Gesundheitswesen (DGW), die sich ab Februar im Mittelpunkt der Krise wiederfindet, mobilisiert alle Kräfte, um die Bevölkerung zu schützen und die Gesundheitsversorgung für erkrankte Personen sicherzustellen. Eine immense Koordinationsarbeit mit den Leistungserbringern des Gesundheitswesens (Spitäler, Kliniken, Rettungsdienste, Alters- und Pflegeheime, Spitex, niedergelassene Ärzte usw.) beginnt.

Isolation und Quarantäne

Die DGW und die kantonale Fachstelle für übertragbare Krankheiten unterstützen den Staatsrat aus epidemiologischer Sicht bei der Bewältigung der Pandemie und erstellen Gesundheitsstatistiken. Mit Unterstützung von Gesundheitsförderung Wallis organisieren sie das Contact Tracing, ordnen die Isolation positiver COVID-19 Fälle an und stellen deren enge Kontaktpersonen unter Quarantäne.

Anzahl neue COVID-19-Fälle und kumulierte Fälle, Wallis, 2020



Spitäler unter Druck

Die Aussetzung der elektiven Spitaleingriffe wurde im März auf nationaler Ebene beschlossen, um Kapazitäten für die Versorgung von COVID-19-Patienten frei zu machen. Im Wallis werden die Kliniken Valère und das CIC in Saxon umgenutzt. Am Eingang der Notfallaufnahmen in Visp, Sitten und Martinach werden vorgelagerte Sanitätsposten eingerichtet.

Während des Sommers holen die Spitäler gewisse Eingriffe nach, die im Frühjahr verschoben wurden. Sie bereiten sich in Zusammenarbeit mit der DGW auf die Bewältigung einer zweiten Pandemiewelle vor. Diese setzt im Oktober abrupt ein und zwingt die Spitäler erneut dazu, nicht notfallmässige Operationen einzustellen. Private Kliniken werden zur Unterstützung von Spital Wallis insbesondere im Bereich der Intensivpflege angefordert. Patientinnen und Patienten werden in Rehabilitationskliniken verlegt, um zusätzliche Betten freizumachen. Einige werden wegen Platzmangel in anderen Kantonen hospitalisiert. Während beiden Wellen wurden die Armee und der Zivilschutz als Verstärkung hinzugezogen.

Ende März/Anfang April, nach dem Höhepunkt der ersten Welle, wurden mehr als 150 Personen aufgrund von COVID-19 ins Spital eingeliefert, davon 28 auf die Intensivstation. Während der zweiten Welle, Anfang November, wurden 344 Spitalaufenthalte gezählt, darunter 37 auf der Intensivstation.

Alters- und Pflegeheime an der Frontlinie

Der Staatsrat beschloss am 13. März ein mehrwöchiges Besuchsverbot in Alters- und Pflegeheimen. Tagesstrukturen werden vorübergehend geschlossen, um die Ausbreitung des Virus zu verhindern. Die DGW erstellt Richtlinien zur Unterstützung von Langzeitpflegeeinrichtungen im Kampf gegen die Pandemie und stellt ihnen Reservepersonal zur Verfügung. Während des Sommers erstellt die DGW einen Massnahmenplan für Ausbrüche. Im Jahr 2020 werden mehr als 50 Prozent der Todesfälle aufgrund von COVID-19 in Alters- und Pflegeheimen erfasst.

Schutzmaterial und Reservepersonal

Im Frühling bemüht sich die DGW mit Unterstützung des Zentralinstituts der Spitäler (ZIS) vor dem Hintergrund der weltweiten Knappheit, um die Versorgung der Gesundheitseinrichtungen mit Schutzausrüstungen (Masken, Kittel). Es werden über eine Million Masken verteilt. Bei der Lonza wird Händedesinfektionsmittel (hydroalkoholisches Gel) bestellt. Zur Verstärkung des Gesundheitswesens wird Reservepersonal gesucht.

Information und Kommunikation

Die Notrufzentrale der kantonalen Walliser Rettungsorganisation (KWRO) ist ab Beginn der ersten Welle für die Betreuung der kantonalen «Coronavirus»-Hotline zuständig. Sie bearbeitet auch Anfragen zu Veranstaltungen und Schutzplänen in den Bereichen des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens. Die DGW organisiert Kommunikationskampagnen, um die Öffentlichkeit auf die Verhaltensregeln aufmerksam zu machen und reagiert auf die zahlreichen Medienanfragen.

Finanzielle Folgen

Die COVID-19-Pandemie erforderte Ausgaben, die im DGW-2020-Budget nicht vorgesehen waren, insbesondere für die Anschaffung von Schutzmaterial, die Einrichtung der Telefon-Hotline, die Umnutzung von Spitälern und Kliniken sowie die Durchführung von Screenings und das Contact Tracing. Für das Jahr 2020 wird die Überschreitung auf mehr als 40 Millionen Franken geschätzt.

Impfung

Der erste Impfstoff gegen COVID-19 wird am 19. Dezember von Swissmedic zugelassen. Die Dosen werden bereits vor Weihnachten ins Wallis geliefert, so dass noch 2020 die ersten Personen in den geriatrischen Abteilungen von Spital Wallis geimpft werden können. Anfang Januar 2021 wird die Impfung in den Alters- und Pflegeheimen und in Arztpraxen gestartet, danach in Impfzentren und Apotheken.

Spital Riviera-Chablais Waadt Wallis (HRC)

Parallel zur Gesundheitskrise entwickelt sich eine Finanzkrise. Dem HRC steht Anfang 2020 ein erhebliches Defizit bevor. Das Ausmass erklärt sich durch die niedriger als erwartet ausgefallenen Umsätze und die Verschiebung des ursprünglich geplanten Umzugstermins nach Rennaz in einer Periode geringer Aktivität. Angesichts dieser Situation gaben die Staatsräte von Waadt und Wallis zwei Audits in Auftrag. Die Experten wiesen auf Mängel bei der Budgetüberwachung, der finanziellen Verwaltung und der Betriebsführung des Spitals hin.

Dem HRC wird eine vorläufige bis zum 30. Juni 2021 befristete Garantie in Höhe von 80 Millionen Franken gewährt. Im Herbst legt die Institution einen Plan mit strukturellen und organisatorischen Massnahmen vor, der eine Rückkehr zu einer ausgeglichenen Bilanz im Jahr 2026 vorsieht. Die Umsetzung wird von der Entwicklung der Gesundheitskrise abhängen und von einer finanziellen Unterstützung der beiden Kantone in Höhe von 125 Millionen Franken über 15 Jahre begleitet. Die Grossen Räte des Kantons Waadt und des Kantons Wallis werden Anfang 2021 einen Entscheid fällen.

VERBRAUCHERSCHUTZ UND VETERINÄRWESEN

Mikroverunreinigungen

Chemikalien, Medikamente, Pflanzenschutzmittel, die wir tagtäglich verwenden, beeinflussen unsere Umwelt und somit auch die in unserem Ökosystem produzierten Lebensmittel. Mehrere Kampagnen in diesem Bereich hat die DSVS auch letztes Jahr durchgeführt (siehe [Jahresbericht 2020](#)). Ein Beispiel sind die Metaboliten des Pflanzenschutzmittels (Fungizides) Chlorothalonil, dessen Anwendung zwar seit anfangs 2020 verboten ist, aber dessen Abbauprodukte nun in Spuren im Trinkwasser gefunden werden. Die Werte in den untersuchten Grundwasserpumpen für die Trinkwasserversorgung sind in unserem Kanton generell weniger erhöht als beispielsweise im Mittelland. Aufgrund einer sehr guten Zusammenarbeit mit den betroffenen Gemeinden konnten die detaillierten Resultate dieser Kampagne mittels einer [Medienmitteilung](#) im Sommer 2020 veröffentlicht werden.

Tiergesundheit und Tierschutz im Zusammenspiel mit unserer Gesundheitssicherheit

Auch wenn die Rolle, die Haustiere bei der Übertragung von COVID-19 spielen, im Vergleich zu den zwischenmenschlichen Beziehungen unbedeutend ist, haben uns die Gesundheitssituation und die Verbreitung der Vogelgrippe in Europa daran erinnert, wie wichtig unsere Interaktionen mit Tieren für unsere Gesundheit sind. So hat das kantonale Veterinäramt (Avet) zahlreiche Anfragen zu diesem Thema sowie zum weiterhin sehr aktuellen Thema Tierschutz beantwortet. Seine Aufgabe der Überwachung der Tiergesundheit und der Bekämpfung der Seuche Bovine Virusdiarrhoe (BVD) wurde ebenfalls fortgesetzt. Auch verstärkte das Avet sein Engagement im Bereich der Rückverfolgbarkeit von Tieren (insbesondere im Hinblick auf die Geflügelhaltung) als wesentlicher Punkt bei der Prävention von Gesundheitsrisiken.

SOZIALWESEN

Sozialhilfe

Der Grosse Rat hat bei seiner Sitzung im September 2020 die Revision des Gesetzes über die Eingliederung und die Sozialhilfe (GES) einstimmig genehmigt. Diese vollständig überarbeitete Rechtsgrundlage ermöglicht es, der neuen Organisation der SMZ im Wallis Rechnung zu tragen und ihr ein modernes und an die Bedürfnisse der Personen in prekären Lebensverhältnissen angepasstes Instrument zur Verfügung zu stellen. Die soziale Prävention sowie die berufliche und soziale Eingliederung wurden verstärkt, um den Bezug von finanziellen Leistungen zu vermindern und die Aufrechterhaltung der Selbständigkeit der betroffenen Personen zu fördern. Es wird bei geringen Einkommen auf die Rückerstattung der Sozialhilfe im Falle einer finanziellen Besserstellung durch die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit verzichtet, um die Empfänger in der Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit zu bestärken.

Opferhilfe (OHG)

Während des aufgrund der Gesundheitssituation verhängten Teil-Lockdowns im Frühjahr 2020 haben sich die Opferhilfestellen verstärkt darum gekümmert, dass Opfer von Gewalt, insbesondere von häuslicher Gewalt, Lösungen finden und sich schützen können.

Büro für Alimentenbevorschussung und Alimenteninkasso (IBU)

Dem Grossen Rat wurde Ende 2020 eine vollständige Revision des Gesetzes über die Eintreibung von Unterhaltsbeiträgen und die Entrichtung von Vorschüssen vorgelegt, damit diese kantonale Gesetzgebung an die Bundesverordnung über die Inkassohilfe bei familienrechtlichen Unterhaltsansprüchen (InkHV) angepasst wird. Sie wird in der Februarsitzung 2021 debattiert und wird am 1. Januar 2022 in Kraft treten. Die Gesetzesrevision wird dem Büro für Alimentenbevorschussung wirksame Mittel zur Unterstützung von Unterhaltsberechtigten an die Hand geben und eine Überarbeitung des Vorschusssystem unter Berücksichtigung der verschiedenen Empfehlungen ermöglichen.

Teilrevision des Gesetzes über die Rechte und die Inklusion von Menschen mit Behinderungen (GRIMB)

Auf Vorschlag des Departements für Gesundheit, Soziales und Kultur (DGSK) hat der Staatsrat den Entwurf der Teilrevision des GRIMB genehmigt und das Dossier dem Grossen Rat zur Behandlung überwiesen. Die Teilrevision dieses Gesetzes ist notwendig, um den Anforderungen des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UNO-BRK), welches von der Schweiz ratifiziert worden ist, gerecht zu werden. Dieses zielt auf ein Verbot jedweder Diskriminierung ab und sieht eine tatsächliche Inklusion von Menschen mit Behinderungen in die Gesellschaft vor.

Medizinisch-pädagogisches Zentrum La Castalie – Modernisierung und Erweiterung der Infrastrukturanlagen des Staates Wallis in Monthey

Der Grosse Rat hat das definitive Projekt zur Modernisierung und Erweiterung der Infrastrukturanlagen von La Castalie in Monthey angenommen. Dieses medizinisch-pädagogische Zentrum betreut Menschen mit geistigen oder Mehrfachbehinderungen. Es bietet ihnen eine Vielzahl von Leistungen, die ihre Bedürfnisse während ihres gesamten Lebens abdecken, an: von der therapeutischen Kinderkrippe über Schul-, Ausbildungs- und geeignete Aktivitätsangebote bis hin zu medizinisch-therapeutischen Plätzen. Es entstehen 28 neue Wohnplätze, zehn Kurzaufenthaltsplätze sowie 35 Beschäftigungsplätze.

Die Projektumsetzung erfolgt über mehrere Jahre. Der aktuelle Zeitplan sieht die Fertigstellung im Dezember 2026 vor. Die auf 76 Millionen Franken geschätzten Kosten werden vom Staat Wallis, dem Eigentümer der Immobilie, übernommen.

Asylwesen

Die Zahl der Asylsuchenden ist gegenüber 2019 stabil geblieben, weshalb das Amt für Sozialwesen (OASI) seine Ziele, insbesondere bei der Umsetzung der Integrationsagenda Schweiz (IAS), weiterverfolgen konnte.

Seit dem 1. Mai 2020 wurden die Zuständigkeiten für die Betreuung der anerkannten Flüchtlinge und der vorläufig aufgenommenen Personen zwischen dem Staat, dem Roten Kreuz und den Gemeinden angepasst.

Während der COVID-19-Krise bestand das Ziel darin, die Gesundheitssicherheit in den Sammelunterkunftseinrichtungen, mit besonderem Augenmerk auf unbegleitete Minderjährige, Risikopersonen und Erstankömmlinge, aufrechtzuerhalten.

Die Integrationsprogramme und Sprachkurse wurden während des Teil-Lockdowns eingestellt und dank spezifischer Schutzkonzepte ab Juni 2020 schrittweise wiederaufgenommen. Ein Teil des Personals aus diesen Bereichen wurde eingebunden, um einen Turnus in den weiterhin aktiven Bereichen sicherzustellen.

GLEICHSTELLUNG UND FAMILIE

Häusliche Gewalt

Aufgrund des erhöhten Risikos von häuslicher Gewalt während des partiellen Lockdowns im Frühling mussten die verschiedenen Partner die Betreuungsmodalitäten rasch und laufend anpassen. Das Kantonale Amt für Gleichstellung und Familie (KAGF) kümmerte sich um die Koordination und die Information zwischen den Partnern und gegenüber der Bevölkerung, um sicherzustellen, dass alle hilfsbedürftigen Personen auch während dieser ausserordentlichen Lage Unterstützung erhalten.

Im Chablais wurde als Ergänzung zu den bereits bestehenden Einrichtungen im Kanton eine neue Beherbergungsmöglichkeit für Opfer von häuslicher Gewalt eröffnet.

Mit der Kampagne [#justsayit](#) wurden 15- bis 20-Jährige in verschiedenen sozialen Medien dafür sensibilisiert, wie wichtig Respekt und Gleichberechtigung in Liebesbeziehungen sind. Dabei ist das langfristige Ziel das Bewusstsein für häusliche Gewalt zu schärfen und entsprechende Vorfälle zu verhindern.

Netzwerk Familie

Im Hinblick auf die Zielsetzungen des Berichts [«Situation der Familien im Wallis»](#) hat das KAGF zusammen mit dem kantonalen Jugenddelegierten ein Netzwerk für Familien aufgebaut, um den Zugang zu den bestehenden Angeboten zu erleichtern und eine gemeinsame Grundlage für die verschiedenen Familienorganisationen zu bilden. Rund 70 Organisationen sind Teil dieses Netzwerks.

Frauen und Politik

Um das politische und öffentliche Engagement von Frauen zu fördern, organisierte das KAGF mehrere Kurse zu vielfältigen Themen wie Machtspiele, strategisches Networking, Medienungang und Sprechen in der Öffentlichkeit.

Bei den kommunalen Wahlen vom Oktober erzielten die Frauen im Wallis einen historischen Durchbruch: In der Exekutive sind nun 29 Prozent Frauen im französischsprachigen Wallis und 20,6 Prozent im Oberwallis.

ARBEITNEHMERSCHUTZ UND ARBEITSVERHÄLTNISSE

Einfluss der COVID-19-Pandemie

Die Tätigkeit der Dienststelle für Arbeitnehmerschutz und Arbeitsverhältnisse war stark von der COVID-19-Pandemie betroffen. Die Inspektoren führten mehr als 1500 Kontrollen vor Ort durch, darunter 500 auf Baustellen und 1000 in Betrieben, hauptsächlich in Geschäften, Hotels und Restaurants und in personenbezogenen Dienstleistungsbetrieben. Hinzu kommen 1800 telefonische Auswertungen. Die SUVA leistete ihren Beitrag dazu mit fast

500 Kontrollen, davon zwei Drittel auf Baustellen und ein Drittel in Betrieben ihres Zuständigkeitsbereichs. Gleichzeitig wurden fast 2000 Personen von den für die Rechtsberatung der Dienststelle verantwortlichen Juristen und Schlichtern über die jeweils geltenden Schutzmassnahmen informiert. Trotz dieser Mehrarbeit gelang es der Dienststelle ihre wichtigsten Leistungsaufträge zum Schutz der Sicherheit und Gesundheit der Erwerbstätigen wie auch im Kampf gegen die Schwarzarbeit und der Kontrolle entsandter europäischer Arbeitnehmer zu erfüllen. Eine Änderung der Bestimmungen zu diesen beiden letzten Aufträgen wurde vom Grossen Rat kurz vor der Pandemie verabschiedet. Sie tritt Anfang 2021 in Kraft.

Die Digitalisierung der Dienstleistungen der Dienststelle konnte ebenfalls auf ermutigende Weise fortgesetzt werden. Dies sollte insbesondere Betrieben ermöglichen, demnächst ihr Gesuch um Eintragung in die ständige Liste mittels einer Online-Plattform ausführen und somit einfacher an Ausschreibungen des öffentlichen Beschaffungswesens teilnehmen zu können.

BETREIBUNGS- UND KONKURSWESEN

Vermehrte Nutzung der digitalen Angebote

Aufgrund der Pandemie hat der Bundesrat vom 19. März 2020 bis zum 4. April 2020 den Rechtsstillstand angeordnet. Dies ist eine aussergewöhnliche Massnahme, die zuvor nur einmal auf nationaler Ebene ergriffen wurde, und zwar im Jahr 1914 während des Ersten Weltkriegs.

Diese Gesundheitskrise führte zu einer Veränderung der Gewohnheiten. Im Vergleich zu 2019 hat sich die Anzahl der über das Internet bestellten Betreuungsauszüge verdreifacht, während sich die Barzahlungen am Schalter halbiert und die Anzahl der Debitkartenzahlungen verdoppelt haben.

Die Anzahl der erfassten Betreibungsverfahren im Jahr 2020 fällt tiefer aus als im Vorjahr. Dies liegt an drei Faktoren: an den Unterstützungsmassnahmen der Politik, an einer entgegenkommenden Haltung einiger Gläubiger und schliesslich an den eingeschränkten Konsummöglichkeiten, die zu einem Rückgang der Finanzstreitigkeiten führten. In der Regel spüren die Betreibungs- und

Konkursämter eine Krise mit einer Verzögerung von etwa zwölf Monaten. Die aktuelle Situation unterscheidet sich jedoch von früheren Krisen, da die von der öffentlichen Hand zugeführten Finanzmittel beispiellos sind und spezifische Massnahmen ergriffen wurden (Rechtsstillstand, Covid-19-Stundung usw.). Die Dienststelle für Betreibungs- und Konkurswesen (DBK) erwartet dennoch eine grosse Welle an Zwangseintreibungsverfahren, deren Ausmass und der genaue Zeitpunkt jedoch schwer vorherzusagen ist.

Territoriale Reorganisation

Mit dem Entscheid vom 22. April 2020 hat der Staatsrat das Inkrafttreten der Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs beschlossen, welche vom Grosse Rat am 13. September 2019 angenommen wurde. Dabei wurde festgelegt, dass die neue Organisation der Dienststelle schrittweise bis zum 31. Dezember 2022 umgesetzt wird. Der Staatsrat hat zudem die Standorte der künftigen Ämter bestimmt, dies in Anwendung der Immobilienstrategie des Kantons Wallis. Die fünf Betreibungsämter werden sich in Monthey, Martinach, Sitten, Siders und Visp befinden, während die drei Konkursämter in Monthey, Sitten und Visp angesiedelt sein werden. Im Jahr 2020 wurden vor allem die umzusetzenden Synergien und Verbesserungen identifiziert, die Organisation der Ämter festgelegt, Fragen der Räumlichkeiten geklärt, um den Betrieb bis zum Bau der neuen Verwaltungszentren zu ermöglichen, und die IT-Fusionen vorbereitet.

KULTUR

Leiten

Am 1. Januar wurde das Kantonale Amt für Archäologie Teil der Dienststelle für Kultur (DK). Zur effizienten Erfüllung von Querschnittsaufgaben wurde im Oktober eine Logistik- und Personalabteilung geschaffen. Anne-Catherine Sutermeister trat am 1. September in der Nachfolge von Jacques Cordonier ihre neue Stelle als Dienstchefin an.

Unterstützen und fördern

Der Grosse Rat änderte das Kulturförderungsgesetz betreffend Kunst am Bau (statt der künstlerischen Animation). Das neue Unterstützungsprogramm «LiteraturPro Wallis», das mehrere Massnahmen zur Förderung des professionellen Literaturschaffens im Wallis vorsieht, wurde ins Leben gerufen. Acht Projekte wurden bereits unterstützt. Um den öffentlichen und privaten Akteuren des Kulturbereichs eine Grundlage für die Steuerung ihrer Kulturpolitik zu bieten, veröffentlichte die Kulturbeobachtungsstelle - Wallis unter dem Titel «Analyse der Museumslandschaft des Wallis» ein sechstes Heft.

Erhalten

Der Grosse Rat hat einem Verpflichtungskredit von 8 Millionen Franken für die archäologischen Ausgrabungen der neolithischen Fundstätte in Naters zugestimmt. Ein neues Unterstützungsprogramm zur Bewahrung des beweglichen, dokumentarischen, immateriellen und sprachlichen Kulturerbes wurde lanciert. Dieses umfasst vier verschiedene Massnahmen und zielt darauf ab, das Erbe von kantonalem Interesse zu erhalten und aufzuwerten. Zehn Institutionen und Projekte kamen in den Genuss eines Beitrags.

Mehrere neue Bestände wurden in die Sammlung des Staatsarchivs Wallis aufgenommen, darunter derjenige des Domkapitels, der die älteste vom Staatsarchiv bewahrte Urkunde aus dem Jahr 1005 enthält.

Bekanntmachen und Begegnungen fördern

Die Kantonsmuseen präsentierten die Ausstellung «Destination Sammlung», welche den Reichtum und die Vielfalt der im Kanton bewahrten Sammlungen ins Licht rückt. Das café weri in der Mediathek Brig, welches die Integration von Menschen mit Beeinträchtigung fördert, ermöglichte unter dem Label «Kultur inklusiv» zahlreiche Begegnungen.

Ehren

Der Kulturpreis 2020 des Kantons Wallis wurde an den Künstler Valentin Carron sowie der Spezialpreis an den Galeristen Christian Bidaud vergeben. Die Förderpreise gingen an die Musikerin Tanya Barany, an die Schauspielerin Pauline Epiney und an das Architekturbüro GayMenzel.

Kultur und COVID-19

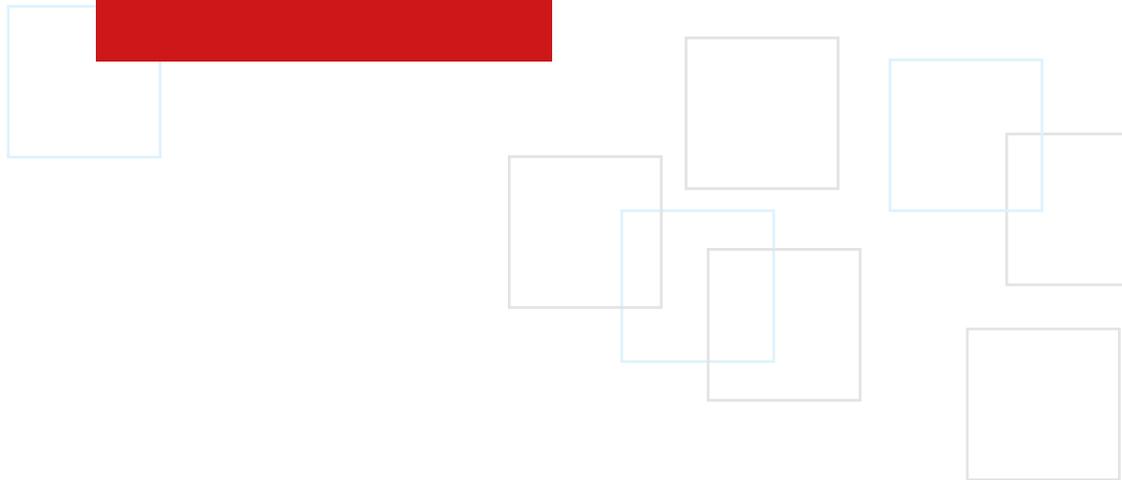
Die DK erhielt den Auftrag, die vom Bund und dem Staat gewährten Mittel zur Entschädigung von Kulturunternehmen und Kulturschaffenden zu verwalten. Sie zeigte sich innovativ, indem sie am Ende des Jahres, als alle Institutionen geschlossen waren, Forschungs- und Entwicklungsstipendien ausschrieb.

Unter dem Titel «Zeugen von COVID-19» startete das Staatsarchiv Wallis eine Sammelaktion. Mit einer Auswahl an für das Wallis typischen Gegenstände dokumentierte das Geschichtsmuseum die COVID-19-Pandemie, wie Schutzmasken aus Stoff in den Farben des Walliser Wappens und eine Plexiglaswand aus den Büros der kantonalen Verwaltung.



© Lonza Ltd.

VOLKS-
WIRTSCHAFT
UND BILDUNG



EINE BEEINDRUCKENDE ANPASSUNGSFÄHIGKEIT

Die Umstände des Jahres 2020 waren nicht vorhersehbar und wirkten sich in hohem Masse destabilisierend aus. Bereits im März musste das Wallis innerhalb sehr kurzer Zeit mit den Schutzmassnahmen gegen COVID-19 umgehen, Anpassungen vornehmen und Lösungen zur Milderung der Folgen vorschlagen.

Das Departement für Volkswirtschaft und Bildung (DVB) arbeitete seit dem Frühjahr vorrangig daran, die von den verschiedenen Behörden beschlossenen Massnahmen umzusetzen. Der gesamte Bildungsbereich, vom Schuleintritt bis zur tertiären Bildung, hat eine Zeit des Fernunterrichts durchlaufen, in der neue Informatikressourcen getestet und eingeführt werden konnten. Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende, aber auch Lehrpersonen sowie Professorinnen und Professoren haben es geschafft, die wichtige pädagogische Verbindung aufrechtzuerhalten. Die besondere Situation brachte einen hohen Zeitaufwand mit sich und erforderte eine grosse Anpassungsfähigkeit. Dabei konnten aber auch neue Kompetenzen entwickelt werden.

Das Wirtschaftsgefüge des Wallis war zahlreichen Einschränkungen unterworfen, sei es durch angeordnete Schliessungen oder durch die Einführung von Schutzmassnahmen. Die Walliser Unternehmen haben grosse Anstrengungen unternommen, um ihre Tätigkeit unter Einhaltung der Gesundheitsvorschriften fortsetzen zu können. Der Kanton Wallis war einer der ersten Kantone, der für Unternehmen, die schliessen mussten und keine Hilfen des Bundes erhalten konnten oder weitere Mittel benötigten, besonders grosszügige Unterstützungsmassnahmen anbot.

Die verschiedenen Dienststellen des DVB waren intensiv damit beschäftigt, die verschiedenen Anfragen zu beantworten, Hilfeanträge zu bearbeiten und spezifische Unterstützungsmassnahmen für ihre Zuständigkeitsbereiche festzulegen. 2020 war zweifelsohne ein turbulentes Jahr, es hat aber auch die unglaubliche Anpassungsfähigkeit der Menschen verdeutlicht.



© Olivier Maire

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Darbellay'.

Christophe Darbellay
Staatsrat

WIRTSCHAFT, TOURISMUS UND INNOVATION

Unterstützung der Unternehmen

Die COVID-19-Pandemie hatte erhebliche Auswirkungen auf die Unterstützung von Unternehmen. Um die durch die gesundheitliche Situation bedingten Einschränkungen auszugleichen, hat der Staatsrat verschiedene Unterstützungsmassnahmen beschlossen, die diejenigen des Bundes ergänzen.

Im Frühjahr wurden die ersten Unterstützungen gewährt in Form eines Aufschubs der Annuitäten bei IHG- und NRP-Darlehen, eines Tilgungsaufschubs bei Darlehen oder Bürgschaften der CCF AG, von A-fonds-perdu-Beiträgen für Härtefälle, einer Teilnahme am Förderprogramm des Bundes für Start-ups sowie der Auszahlung der Beträge, die den Organisatoren von Sport-, Kultur- und/oder touristischen Veranstaltungen zugesagt wurden. Im November genehmigte das Parlament die Bereitstellung von 20 Millionen Franken für Betriebe, die von Zwangsschliessungen betroffen waren, sowie von 9 Millionen Franken für die Veranstaltungs- und Reisebranche. Alle diese Massnahmen für Unternehmen, die der Zuständigkeit der Dienststelle für Wirtschaft, Tourismus und Innovation (DWTI) unterliegen und von Business Valais bearbeitet werden, entsprechen einem Gesamtbetrag von 62,2 Millionen Franken.

Unterstützung des Tourismus

Um den Tourismus nach dem Stillstand infolge der ersten COVID-19-Welle wieder zu beleben, rief der Staatsrat im Juli die Werbeaktion «Walliser Tourismus» ins Leben. Die dreiteilige Aktion beinhaltete Gutscheine über 100 Franken für Kurzzeitgäste, Gutscheine über 90 Franken für Zweitwohnungsbesitzer für den Kauf von Walliser Produkten und Tages-Skipässe beim Kauf von mindestens zwölf Flaschen Wein im Rahmen der «Offenen Weinkeller im Wallis». Durch diese Aktionen konnten der Walliser Wirtschaft bereits rund 10 Millionen Franken zugeführt werden.

Neue Regionalpolitik

Das kantonale Programm zur Umsetzung der Neuen Regionalpolitik 2020–2023 hat bereits erste Auswirkungen auf das gesamte Kantonsgebiet

gezeigt. Ebenso wurden Tourismusprojekte in den Bereichen Innovation, Kooperation zwischen Akteuren, Digitalisierung der Wirtschaft und Errichtung von Bergbahn-Infrastrukturen mit A-fonds-perdu-Hilfen in Höhe von 4,7 Millionen Franken sowie Darlehen mit einem Gesamtvolumen von 12,2 Millionen Franken gefördert.

Innovation und Campus Energypolis

Das Walliser Parlament akzeptierte einen Objektkredit von 25 Millionen Franken für die Aufnahme des Betriebs des Innovationsparks in Sitten sowie einen Objektkredit von 72,1 Millionen Franken für den Bau des Gesundheitskompetenzzentrums «Pôle Santé» auf dem Gelände des Spitals Wallis in Sitten. Mit H55 und Natron Energy konnte der Innovationspark im Jahr 2020 bereits die ersten beiden Unternehmen begrüßen.

Die Renovierung des ehemaligen Druckzentrums Les Ronquoz für die Ansiedelung der Lehrstühle des Forschungszentrums für alpine und polare Umwelt (ALPOLE) der ETH Lausanne wird fortgesetzt. Dieses Gebäude wird ebenso das Swiss Polar Institute beherbergen, das als Forschungseinrichtung von nationaler Bedeutung nach Artikel 15 des Bundesgesetzes über die Förderung der Forschung und der Innovation (FIFG) anerkannt wurde. Der Bau der neuen BioArk-Gebäude in Monthey und Visp wird in Kürze fertiggestellt.

Bezüglich des Flugplatzes Sitten wird die Koordinierungsarbeit für die Ausarbeitung des Sachplans Infrastruktur der Luftfahrt (SIL) fortgesetzt.

Öffentliches Beschaffungswesen

Die gesetzgeberischen Arbeiten zu den kantonalen Rechtsvorschriften für den Beitritt zur neuen interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen laufen weiter. Das parlamentarische Verfahren wurde auf die neue Legislaturperiode verschoben.

Der Rechtsdienst für Wirtschaftsangelegenheiten (RDWA) führte Kontrollen zur Einhaltung der öffentlichen Vergabeverfahren bei verschiedenen öffentlichen Auftraggebern durch.

Im Juni 2020 erstellte der RDWA die Vergabestatistik 2019 der kantonalen Verwaltung, die auf der Webseite des Kantons Wallis eingesehen werden kann.

Zweitwohnungen

Im Jahr 2020 erteilte das Kompetenzzentrum Zweitwohnungen (CCR2) rund 390 schriftliche oder mündliche Auskünfte. Darüber hinaus unterstützte das CCR2 die vom Staatsrat eingesetzte Arbeitsgruppe «Bagnes» sowie die Gruppe, die von der Regierungskonferenz der Alpenkantone (RKGK) beauftragt worden war, Änderungen des Zweitwohnungsgesetzes vorzuschlagen. Ab dem 1. Januar 2021 geht die Verantwortung für das CCR2 auf den Vorsteher des Verwaltungs- und Rechtsdiensts des Departements für Mobilität, Raumplanung und Umwelt (VRDMRU) über.

LANDWIRTSCHAFT

COVID-19: unablässiges Engagement

Seit März 2020 bemüht sich die Dienststelle für Landwirtschaft (DLW) intensiv darum, die vielen Fragen der Landwirtinnen und Landwirte zu beantworten und sie bei der Einstellung von Saisoniers zu unterstützen. Es wurden zahlreiche Massnahmen zur direkten und indirekten Unterstützung der Branche eingeführt, etwa die vorzeitige Auszahlung der Direktzahlungen (8 Millionen Franken), der Vorschuss im Rahmen der Landwirtschaftsabgaben (4,7 Millionen Franken), die Übernahme der BWW-Beiträge für die Promotion der Schweizer Weine (475 000 Franken), die kantonale Beteiligung ergänzend zur COVID-19-Verordnung des Bundes zur Deklassierung von AOC-Wein (5 Millionen Franken), die Finanzierung einer Kampagne von Valais/Wallis Promotion zur Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte (1,2 Millionen Franken) oder die Finanzierung einer Kampagne des Branchenverbands der Walliser Weine zur Promotion der Walliser Weine (2 Millionen Franken). Ausserdem leistete die DLW einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung und Koordination der Aktion «Tourismus Wallis».

Ressourcenprojekt «ArboPhytoRed»

Im Rahmen der Umsetzung des kantonalen Aktionsplans Pflanzenschutzmittel konnte die DLW für die nächsten sechs Jahre eine Unterstützung des Bundes für das Ressourcenprojekt «ArboPhytoRed» mit einem Budget von 5,7 Millionen Franken erhalten. Ziel ist es, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln im Obstbau deutlich zu reduzieren. Ausserdem

wurde ein Ressourcenprojekt zur Reduzierung des Kupfereinsatzes im Weinbau eingereicht. Die DLW überwacht weiterhin die Einhaltung der verschiedenen geltenden Pflanzenschutzvorschriften. Bei Behandlungen mittels Helikopter und ermutigt die DLW professionelle Winzerinnen und Winzer, auf biologische Mittel umzusteigen.

Ein digitaler Marktplatz für landwirtschaftliche Produkte

Im Juni 2020 beschloss der Staatsrat, alle staatlichen oder halbstaatlichen Gemeinschaftsgastronomiebetriebe zum Beitritt zur Initiative «Regional kochen» zu verpflichten. Damit die Verantwortlichen dieser Betriebe und die lokalen Produzenten einfach, schnell und effizient miteinander in Kontakt treten können, hat die DLW einen digitalen Marktplatz für landwirtschaftliche Produkte initiiert. Dieser trägt den Namen «RegiofoodVS» und wird im ersten Quartal 2021 an den Start gehen. Die DLW bietet auch Schulungen für Gastronomen und Produzenten zu der neuen Plattform an. Diese Initiative wird zudem im Rahmen der Agenda 2030 finanziell unterstützt und durch Fourchette verte professionell beraten.

Ein Pilotprojekt für die Schweizer Landwirtschaft

Die DLW führte ein Pilotprojekt zur Pachtarrondierung landwirtschaftlicher Flächen im Lötschental durch. Nach einem siebenjährigen Verfahren trat die neue Regelung, die 682 Hektaren in den Gemeinden Blatten, Wiler, Kippel und Ferden betrifft, zum 1. November 2020 in Kraft. So konnten 11'500 Parzellen mit einer durchschnittlichen Fläche von 446 m² zu 365 bewirtschafteten Einheiten mit einer durchschnittlichen Fläche von 18'300 m² zusammengelegt werden. Durch diese Arrondierung, die keine Auswirkungen auf die Rechte der 1369 betroffenen Eigentümer hat, können insbesondere die Betriebskosten gesenkt und gleichzeitig die Möglichkeiten für Direktzahlungen erhöht werden.

INDUSTRIE, HANDEL UND ARBEIT

Entwicklung der Lage auf dem Arbeitsmarkt

Die durchschnittliche Zahl der Arbeitslosen im Wallis stieg auf 6658 (+1807). Die kantonale Arbeitslosenquote stieg auf 3,7 Prozent (+1 PP). Die regionalen Quoten betragen: 2,0 Prozent

(+1 PP) im Oberwallis, 4,2 Prozent (+1 PP) im Mittelwallis und 4,3 Prozent (+1 PP) im Unterwallis. Die schweizerische Arbeitslosenquote stieg auf 3,1 Prozent (+0,8 PP). Dieser Anstieg erklärt sich durch die Auswirkungen der Massnahmen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie, wie zum Beispiel die Schliessung der Restaurants.

Kurzarbeit während der Pandemie

Nach der Ankündigung des Bundesrates vom März 2020, öffentliche Einrichtungen, Geschäfte, Kinderkrippen usw. zu schliessen, musste die Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit (DIHA) sämtliche Anträge auf Kurzarbeitsentschädigung (KAE) bearbeiten. Seit März gingen mehr als 18'500 förmliche KAE-Anträge (einschliesslich Verlängerungsanträge) bei der DIHA ein, hauptsächlich aus den Branchen Tourismus, Veranstaltungen und Handel (64,4 % der Anträge). Auf das Baugewerbe und spezialisierte Tätigkeiten (Architektur, Ingenieurwesen usw.) entfallen 6,7 %, respektive 7,3% der KAE-Anträge, während 8,2 % der Anträge die Industrie und 5% das Gesundheitswesen betreffen.

Die zahlreichen sukzessiven Weisungen des Bundesrates und des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) zur Kurzarbeit und die Komplexität der Materie, die juristische Kenntnisse erfordert, haben die Bearbeitung der Anträge zusätzlich erschwert. Daher wurde während der ersten Welle (März bis Juni) eine Hotline zur Beantwortung der vielen Fragen eingerichtet, die

während der zweiten Welle erneut aktiviert wurde. Mehr als 12'000 Anrufe zu diesem Thema wurden entgegengenommen.

Während normalerweise weniger als ein Vollzeitäquivalent (VZÄ) für die Bearbeitung der KAE-Anträge eingesetzt wird, konnte das Personal durch die ergriffenen Massnahmen auf 25 VZÄ – mit einer Präsenz an Samstagen und bestimmten Feiertagen – erhöht werden, um die Anträge so schnell wie möglich abzuarbeiten. Darüber hinaus musste auch die Bearbeitung von Einsprachen gegen ablehnende Entscheide sichergestellt werden. Mehr als 580 Einsprachen wurden bei der DIHA, der ersten Beschwerdeinstanz im Bereich Kurzarbeitsentschädigungen, eingereicht.

STIPENDIEN UND STUDIENDARLEHEN

Die folgenden Gesetzesänderungen wurden vom Grossen Rat in der Novembersession 2020 beschlossen:

- Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen; damit folgt das Wallis den 21 Kantonen, die der Vereinbarung bereits beigetreten sind. Durch die Vereinbarung werden die entsprechenden kantonalen Gesetzgebungen harmonisiert, ohne jedoch bis zu einer Vereinheitlichung zu gehen.

Stipendien und Ausbildungsdarlehen 2020

Bearbeitete Gesuche	Gesuche	Genehmigte	Abgelehnte
Obligatorische Schule	31	23	8
Schulen zur Vorbereit. gym. Maturität	642	512	130
Andere allgemeine Ausbildungen	485	418	67
Berufsfachschulen in Vollzeit	327	250	77
Berufslehren	714	523	191
Berufsmaturitäten	73	42	31
Höhere Berufsbildung	108	74	34
Fachhochschulen	662	431	231
Universitäten und ETH	955	712	243
Weiterbildung	42	23	19
Nicht anerkannte Ausbildung – Entzug – ausstehend	217	0	217
Total	4'256	3'008	1'248

Gezahlte Beträge

Ausbildungsdarlehen 2018	2.45 Mio.
Stipendien 2018	17.9 Mio.
Ausbildungsdarlehen per Ende 2018	
Anzahl Dossiers	2'140
Beträge	19.88 Mio.

- Revision des Gesetzes über Stipendien und Studiendarlehen, um die Berechnungsgrundsätze der interkantonalen Vereinbarung einzuhalten und die administrativen Verfahren zu optimieren.

Im Jahr 2020 trat die kantonale Kommission für Ausbildungsbeiträge acht Mal zusammen, um Stipendien und/oder Ausbildungsdarlehen zu vergeben sowie Beschwerden und Erlassgesuche für Darlehen und Zinsen zu bearbeiten.

UNTERRICHTSWESEN

Weiterbildung der Lehrpersonen

Auf allen Unterrichtsstufen werden zahlreiche Weiterbildungen durchgeführt.

Digitales Lehr- und Lernmedium «MusicBox»

«MusicBox» ist ein neues digitales Medium für den Musikunterricht, das seit Beginn des Schuljahres 2020/2021 von den Lehrpersonen im Oberwallis genutzt werden kann.

Pädagogische Kontinuität

Während des Fernunterrichts wurde den Schülerinnen und Schülern und den Lehrpersonen die Plattform «@home» zur Verfügung gestellt, die insbesondere den gemeinsamen Zugriff auf Dateien und die Abgabe von Arbeiten ermöglicht. Die pädagogische Fachberatung der PH bot Aktivitäten nach Unterrichtsstufen und Fächern sowie Tipps zum Fernunterricht, zur Kommunikation mit den Eltern, zur Förderung der Selbstständigkeit der Schülerinnen und Schüler sowie zur Krisenbewältigung an.

Projekte

Trotz der Pandemie wurden Projekte abgeschlossen: Das Buch «Croqu'Valais» wurde als Zusatzmaterial für das Fach Wirtschaft, Arbeit und Haushalt entwickelt und in den Schulen wurden Automaten für die Ausgabe regionaler Produkte aufgestellt. Auf allen Unterrichtsstufen wurde mit grossem Einsatz an der weiteren Umsetzung der Programme im Bereich nachhaltige Entwicklung gearbeitet.

Benotung

Die kantonalen Prüfungen wurden wegen der unzureichenden Präsenzunterrichtszeit abgesagt.

Sonderschulwesen

Neben der Bewältigung der Gesundheitskrise, die die Zahl der schwierigen Situationen vervielfachte, hat sich das Amt für Sonderschulwesen stark in der Arbeitsgruppe zu Autismus und für Kinder und Jugendliche mit Schulangst engagiert.

Pandemie und Abschlussprüfungen an den allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe II

Während der Schliessung der Schulen vom 16. März bis 8. Juni 2020 erhielten die Schülerinnen und Schüler Fernunterricht. Die Abschlussprüfungen an den allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe II mussten annulliert werden und die Abschlussklassen erhielten ihre Bewertungen auf Grundlage der erhaltenen Noten.

Informatik am Kollegium

In Übereinstimmung mit den Weisungen des Bundes wurden die Studentafeln für die Gymnasien-Kollegien im Wallis angepasst, um die Einführung der Informatik als «obligatorisches Unterrichtsfach» zu ermöglichen.

Qualitätsmanagement an den Handels- und Fachmittelschulen (HFMS)

Die HFMS wurden von einer externen, vom Bund akkreditierten Stelle auditiert. Sie haben die Zertifizierung nach der Norm «Quality School Certificate» erhalten. Viel Arbeit wurde zudem geleistet, um die Zertifizierung der Abschlüsse der Fachmittelschulen zu ermöglichen. Die Praktikumsangebote werden seit diesem Jahr zentral über eine Plattform verwaltet, auf die die Bewerberinnen und Bewerber der Handelsschulen und die Unternehmen Zugriff haben.

Pädagogische Hochschule (PH-VS)

Die Verordnungen über die Geschäftsführung und die Finanzkontrolle, das Statut und die Besoldung des Personals der PH-VS wurden im November vom Grossen Rat verabschiedet. Aufgrund der gesundheitlichen Lage wurde der ursprüngliche Zeitplan für den Erhalt der institutionellen Akkreditierung um sechs Monate verschoben. Durch

ein hohes Mass an Fernarbeit und eine besondere Organisation konnten die Studierenden trotz der Schliessung der Hochschulen weiterhin betreut werden. Insbesondere war eine Überarbeitung sämtlicher Prüfungsmodalitäten nötig.

Büro für Sprach-Austausch (BSA)

Durch die Entwicklung virtueller Austausche für die Unterstufe konnten die Mitarbeitenden des BSA trotz der Pandemie attraktive Austauschprogramme anbieten.

Kompetenzzentrum ICT-VS

Der Fernunterricht machte die Implementierung und den Ausbau bestehender Plattformen notwendig. Für sämtliche Schülerinnen und Schüler und Studierenden wurden digitale Identitäten erstellt. Darüber hinaus hat das Kompetenzzentrum ICT-VS eine digitale Arbeitsumgebung entwickelt. Im Zuge der Einführung von Microsoft 365 (M365) wurden Nachrichten-, Speicher- und Kommunikationstools für Teams bereitgestellt. Durch die Migration der Plattformen der Dienststelle für Unterrichtswesen (DU), der Schulen und der pädagogischen Fachberatungen auf M365 konnte Educanet2 zum 31. Dezember 2020 problemlos eingestellt werden. Ebenso wurde mit der Konsolidierung der Schulplattform ISM begonnen. Dadurch können die neuen Grundlagen für die digitale Schulverwaltung geschaffen werden.

einige Wochen ausgesetzt und am 4. Mai wieder aufgenommen. Alle Auszubildenden konnten die in den Ausbildungsplänen festgelegten üK – zum Teil während der Sommerpause – nachholen.

Qualifikationsverfahren 2020

Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) hat in Zusammenarbeit mit den Berufsverbänden (OdA) spezifische COVID-19-Verordnungen für die Qualifikationsverfahren 2020 erlassen. Dank dieser Partnerschaft (Kantone, Experten, BS und OdA) konnten alle Kandidaten aus dem Wallis die praktischen Prüfungen für ihren Beruf unter Einhaltung der vom Bund festgelegten Massnahmen ablegen.

Kurs für Berufsbildner (KFB)

Mit der neuen Online-Version konnte die DB bereits mehr als 1500 Berufsbildnerinnen und Berufsbildnern die Teilnahme an der Ausbildung ermöglichen. Ein Drittel von ihnen hat 2020 den entsprechenden Kursausweis erhalten. Das Projekt wurde für den Preis «Enterprize 2020» nominiert.

Weiterbildung für Erwachsene

Im März 2020 verabschiedete das Parlament das neue kantonale Weiterbildungsgesetz (WBG), das im Januar 2021 in Kraft treten und die Weiterbildung der Bevölkerung, zu der auch Grundkompetenzen von Erwachsenen gehören, fördern und entwickeln soll.

BERUFSBILDUNG

Lehrverträge

Trotz der COVID-19-Pandemie wurden von der Dienststelle für Berufsbildung (DB) 3607 Lehrverträge validiert. Die Zahl der Verträge ist damit höher als in den Vorjahren. Im Juni wurden 2674 Diplome der beruflichen Grundbildung übergeben, also 145 mehr als im Jahr 2019.

COVID-19 an den Berufsschulen

Ab Mitte März musste der Unterricht an den Berufsschulen (BS) für einige Wochen ausgesetzt und durch Fernunterricht ersetzt werden. Damit konnten im Zusammenhang mit dieser Unterrichtsform berufliche Kompetenzen vermittelt und die Lehrmethoden verfeinert werden. Auch die überbetrieblichen Kurse (üK) wurden für

TERTIÄRE AUSBILDUNG

Institutionelle Akkreditierung der FernUni Schweiz

Im Juni 2020 erteilte der Schweizerische Akkreditierungsrat der FernUni Schweiz die institutionelle Akkreditierung als Hochschule. Sie ist die erste akkreditierte universitäre Einrichtung, die Fernstudien anbietet.

Erste Absolventen des HF-Ausbildungsgangs Krankenpflege und Gründung einer Stiftung

Im Rahmen des 2017 aufgenommenen HF-Ausbildungsgangs Krankenpflege am Standort Visp wurden 2020 die ersten 17 Diplome übergeben. Im Oktober 2020 wurde der Ausbildungsgang durch den Bund anerkannt.

Im Juli 2020 beschloss der Staatsrat, seine Unterstützung für die Gründung der Stiftung «HF Gesundheit Valais-Wallis» zu bestätigen, die für die Durchführung der HF-Ausbildung Krankenpflege in französischer und deutscher Sprache im Wallis, einschliesslich der Erweiterung des HF-Ausbildungsangebots in Monthey ab Frühjahr 2021, zuständig ist.

COVID-19

Nach den Entscheidungen der Bundesbehörden bezüglich COVID-19 hat das Departement für Volkswirtschaft und Bildung (DVB) schnell die notwendigen Entscheidungen getroffen und für ihre Umsetzung durch die Direktionen der tertiären Bildungseinrichtungen gesorgt.

Die Dienststelle für Hochschulwesen (DH) hat sich dabei jederzeit um eine sorgfältige Abwägung bemüht und sowohl die gesundheitlichen Anforderungen als auch die objektiven Interessen der Studierenden und des Lehrkörpers berücksichtigt. Sie unterstützte die Hochschulen bei der Umsetzung der Massnahmen zum Fernunterricht, der Beibehaltung von Präsenzpraktika, der Bereitstellung von Studierenden aus dem Gesundheitsbereich für die Spitäler und der Freigabe von finanziellen Mitteln für bedürftige Studierende.

Vorentwurf der Teilrevision des Gesetzes zur Standortbestimmung und Beteiligung der Standortgemeinden für die kantonalen Schulen der tertiären Stufe

Der Staatsrat gab eine positive Stellungnahme zu den Grundprinzipien des Gesetzesvorentwurfs ab, der im Mai 2020 in die Vernehmlassung gegeben wurde. Ziel der Revision ist es, die Beiträge der Standortgemeinden an den Betriebskosten der kantonalen Schulen der tertiären Stufe klarer zu definieren. Dieser Revisionsentwurf geht auf eine vom Grossen Rat im Juni 2018 angenommene Motion zurück. Der Vorentwurf wird dem Grossen Rat im ersten Halbjahr 2021 vorgelegt.

JUGEND

Förderung und Unterstützung

Ein wesentlicher Bestandteil der Jugendförderung während der Pandemie war das Engagement von 56 Jugendgruppen zugunsten von Risikopersonen.

Insgesamt brachten Jugendliche ihre Kreativität und ihr Engagement im Rahmen von rund zwanzig Projekten bei der 4. Auflage der Aktion «72 Stunden» im Bereich der nachhaltigen Entwicklung ein.

Zentrum für Entwicklung und Therapie des Kindes und Jugendlichen (ZET)

Während des Teil-Lockdowns wurde eine Hotline für psychologische Notfälle eingerichtet, um Fragen von Familien, die sich in schwierigen Situationen befinden, zu beantworten und sie zu unterstützen. Darüber hinaus wurde die Betreuung zumeist aus der Ferne mit Videokonferenzen und Telefon aufrechterhalten.

Amt für Heilpädagogische Frühberatung

Im Juni 2020 wurde dem Staatsrat ein Bericht mit Überlegungen zur Betreuung bei Autismus-Spektrum-Störungen (ASS) vorgelegt. Darüber hinaus mussten die Interventionssettings für die Betreuung zu Hause aufgrund der Gesundheitskrise aufwendig angepasst werden.

Amt für Kinderschutz (AKS)

Das AKS hat die Vorgehensweise für den Umgang mit Aufträgen des Gerichts und der KESB in Monthey im Rahmen des Pilotprojekts zum Cochemer Modell angepasst, das 2020 im Bezirk Monthey durchgeführt wurde.

Darüber hinaus wurde in Zusammenarbeit mit dem ZET ein Buch über die Familienplatzierung veröffentlicht. Alle französischsprachigen Pflegefamilien des Kantons haben ein Exemplar dieses Buchs erhalten.

Trotz der Pandemie hat das AKS seinen Auftrag und seine Leistungen ohne Unterbrechung weitergeführt. Eine neue Organisation des Telefondiensts des AKS wurde erfolgreich umgesetzt.

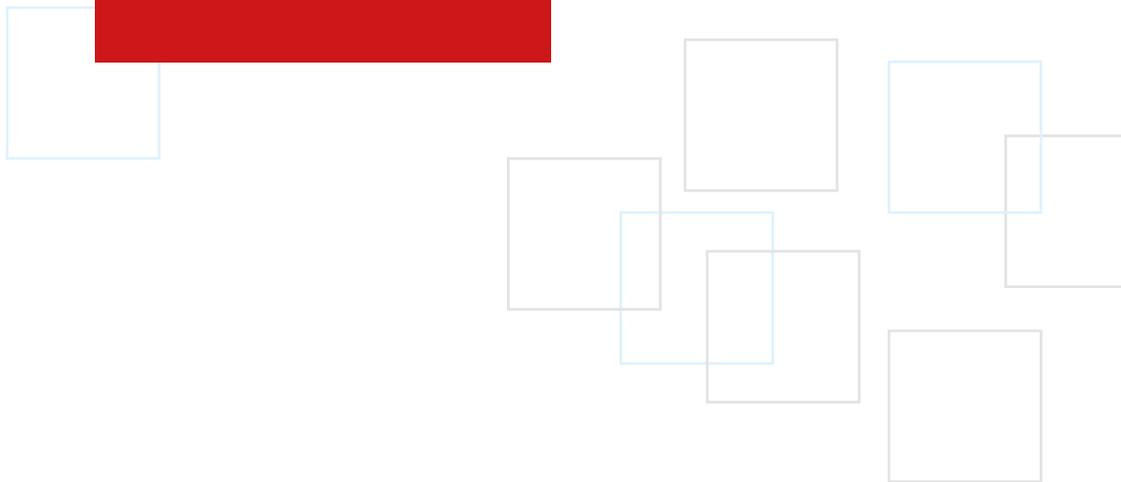
Einrichtungen im Kleinkindbereich

Die gesundheitliche Situation erforderte eine fast wöchentliche Anpassung der Schutzkonzepte in den Tagesbetreuungseinrichtungen und sonderpädagogischen Institutionen. Diese Strukturen erbrachten ihre Leistungen auch während der Zeit des Teil-Lockdowns.



© Pascal Gertschen Fotografie

SICHERHEIT,
INSTITUTIONEN
UND SPORT



2020: SOLIDARITÄT IN EINEM JAHR VOLLER STÖRUNGEN

Wer hätte sich vorstellen können, dass 2020 so viele Störungen mit sich bringen würde? Die lähmende Pandemie hat kein Land und kein System verschont. Sie hat auf manchmal hinterhältige und schmerzhaft Weise zugeschlagen. Vor diesem Hintergrund möchte ich die Gelegenheit nutzen, um denjenigen, die derzeit noch erkrankt sind, eine baldige Genesung zu wünschen. All denjenigen, die einen geliebten Menschen verloren haben, sei es durch dieses Übel oder andere Umstände, möchte ich mein herzliches Beileid aussprechen.

Unsere Gesellschaft, die Bürgerinnen und Bürger, das politische und wirtschaftliche System, das Gesundheitssystem und so vieles mehr wird von der Pandemie erschüttert und auf die Probe gestellt. Die unbekannte Dauer der Pandemie und die zahlreichen verfügbaren Massnahmen ziehen mitunter Unverständnis, Widerspruch und Spannungen nach sich.

Das Krisenmanagement ist durch zahlreiche unbekannte und variable Parameter herausgefordert. Die Regierung und die vielen beigezogenen Spezialisten haben stets versucht, das zu tun, was sie für unsere Bevölkerung für richtig und gerechtfertigt hielten. Das Departement für Sicherheit, Institutionen und Sport (DSIS) war und ist stets an vorderster Front, sei es in den Bereichen Sicherheit und Recht oder – über das Kantonale Führungsorgan – beim Krisenmanagement. Mithilfe der Koordinationsgruppe «Coronavirus und Walliser Gemeinden» und der Unterstützung durch den Verband Walliser Gemeinden konnte auf die Fragen der Gemeinden eingegangen werden. Zudem wurde eine Taskforce «Grossveranstaltungen» eingesetzt, um den Prozess zu begleiten, in dessen Rahmen Bewilligungen an die Organisatoren von Veranstaltungen erteilt wurden, sofern letztere stattfinden konnten.

Die Pandemie hat den Alltag jedoch insofern nicht in den Hintergrund treten lassen, als dass das DSIS zahlreiche Projekte durchgeführt hat. Die wichtigsten seien hier erwähnt: Auf Ebene der Institutionen konnten die Gemeindevahlen stattfinden. Dies zeigt, dass sich das System an die Umstände anpassen kann und muss. Auf Ebene des Rechts war die Professionalisierung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) erfolgreich. So kann das System überarbeitet und den betroffenen Personen eine noch bessere Unterstützung geboten werden. Auf Ebene der Sicherheit zu erwähnen sind die Eröffnung des Schwerverkehrskompetenzzentrums (SVKZ) am Simplon sowie der Beginn von zwei Bauprojekten: dem neuen Zentrum der Dienststelle für Strassenverkehr und der Strafanstalt Crêtelongue. Im November wurden die innovativen Massnahmen der Prämie beim Kauf neuer Elektro- oder Hybridfahrzeuge und der finanziellen Unterstützung für die Installation von Ladestationen eingeführt. Auch hervorzuheben ist, dass der Staatsrat den Grundsatz der kurz- und mittelfristigen Dezentralisierung der Ausweiszentren genehmigt hat.

Abschliessend sei daran erinnert, dass dieses Jahr grossen Einsatz gefordert hat – ganz besonders von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Departements. Ihnen allen möchte ich herzlich danken.



© Olivier Maire

Frédéric Favre
Staatsrat

RECHTSANGELEGENHEITEN IM BEREICH SICHERHEIT UND JUSTIZ

Gesetzgebungsmethodik

2020 hat der Staatsrat einen wichtigen Gesetzesentwurf angenommen: die Änderung des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch in Bezug auf die Professionalisierung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB). Der Gesetzesentwurf setzt vier unterschiedliche Schwerpunkte: die Zahl der KESB (Reduzierung von 23 auf 9), ihre Zusammensetzung, ihr Profil und die Kompetenzen ihrer privaten und beruflichen Beistände/Vormunde sowie die Präzisierung der sich aus der administrativen Aufsicht über die KESB ergebenden Aufgaben. Zudem sieht der Gesetzesentwurf die Kantonalisierung dieser Behörden vor und bietet ihnen damit einen neuen organisatorischen und strukturellen Rahmen. Auslöser für den Gesetzesentwurf waren eine Reihe von parlamentarischen Vorstössen, in denen bestimmte Probleme hervorgehoben wurden und der Staatsrat aufgefordert wurde, die bestehenden Strukturen zu überprüfen. Die ständige Zunahme der Arbeitsbelastung der KESB, die Komplexität des materiellen und formellen Rechts sowie die immer komplexeren Fragen, mit denen sich die KESB konfrontiert sehen, machen eine Professionalisierung dieser Behörden unumgänglich. Dieses ehrgeizige Projekt bedeutet eine grundlegende Änderung der Organisation und Arbeitsweise der KESB. Die Betreuung von Minderjährigen und Erwachsenen unter Schutzmassnahmen ist ein zentrales Anliegen der Regierung. Durch die Einrichtung von hoch spezialisierten kantonalen Strukturen soll sie weiter verbessert werden. Mithilfe dieser Ressourcen kann effektiv und rasch auf die Erwartungen und Bedürfnisse der Personen unter Schutzmassnahmen und ihrer Angehörigen eingegangen werden. Damit setzt der Staatsrat neue Impulse für die Problematik des Schutzes der Person. Der erwähnte Gesetzesentwurf wurde in der Dezembersession 2020 in einer einzigen Lesung vom Grossen Rat verabschiedet.

Aufsicht und Rechtsbeistand

Vom 1. März 2020 an fällt die administrative Aufsicht über die Anwälte in die Zuständigkeit des Departements für Sicherheit, Institutionen und Sport; dieses übt sie über seinen Rechtsdienst aus. Dessen Hauptaufgaben sind:

- Führung des kantonalen Anwaltsregisters und der öffentlichen Liste der Anwälte aus EU- und EFTA-Mitgliedsstaaten, die in der Schweiz unter ihrer ursprünglichen Berufsbezeichnung ständig Parteien vor Gerichtsbehörden vertreten dürfen.
- Verwaltung des Bereitschaftsdiensts der Anwälte der ersten Stunde.

Die erste computergestützte Session der Anwalts- und Notariatsprüfung fand im November 2020 in den Räumlichkeiten der HES-SO in Siders statt.

Vom 1. Oktober bis zum 6. November 2020 war das Departement für Sicherheit, Institutionen und Sport für die Bewilligung von Grossveranstaltungen mit mehr als 1000 Personen auf dem Kantonsgebiet zuständig. Der Rechtsdienst für Sicherheit und Justiz hat dem Vorsteher des DSIS und dem Staatsrat wichtige juristische Unterstützung insbesondere beim Verfassen von Entscheiden, Antworten auf Fragen und Stellungnahmen zu Rekursen mit Bezug zu COVID-19 geleistet.

KANTONSPOLIZEI

Die Kantonspolizei im Zentrum der Gesundheitskrise

Für die Kantonspolizei war das Jahr 2020 durch das Management der Gesundheitskrise geprägt. Sie musste sich neu organisieren und bei ihren Einsätzen neue Prioritäten setzen, um die Bevölkerung zu schützen. Dabei musste sie die Einhaltung der Schutzmassnahmen sicherstellen, um die Übertragungsketten des Virus zu unterbrechen. Die Kantonspolizei war nicht nur bei der ersten Welle sehr sichtbar und präsent, sondern hat auch ihre Massnahmen während der Festtage am Jahresende weiter verstärkt, um der Walliser Bevölkerung sowie den zahlreichen Gästen in unserem Kanton eine sichere Umgebung zu bieten. Mit Unterstützung der Gemeindepolizeien waren nicht weniger als 220 Polizisten täglich im Einsatz.

Zusammenführung der Notrufzentralen

Die Zusammenführung der Notrufzentralen 117 (Polizei), 118 (Feuerwehr), 144 (Sanität) und 112 (europäische Notrufnummer) unter einem Dach wurde vom Grossen Rat in der Junisession 2020 angenommen. Diese moderne Infrastruktur ermöglicht eine verstärkte Synergie zwischen den wichtigsten Sicherheitsakteuren. Zudem garantiert sie eine effiziente Führung und Koordination der bei Naturkatastrophen und schwerwiegenden Ereignissen aufgegebenen Blaulichtorganisationen. Die Bauarbeiten beginnen 2021.

Eröffnung eines Kontrollzentrums auf der Simplonachse

Mit fast 90'000 Schwerverkehrsdurchfahrten pro Jahr ist die internationale Simplonachse der einzige Alpenpass, auf dem der Transit von Gefahrgütern erlaubt ist. Seit dem 1. November 2020 hat die Kantonspolizei ihre Präsenz deutlich verstärkt, um den Schwerverkehr auf dieser Achse zu kontrollieren. In Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Strassen wurden auf den beiden Seiten des Passes zwei dafür vorgesehene Kontrollposten eröffnet: einer in Gondo und einer in Gamsen. Um diese Aufgaben durchführen zu können, wurde der Personalbestand um vier Polizisten und einen Experten erhöht. Ziel ist es, jährlich 8000 Kontrollstunden zu leisten, um möglichst viele Lastwagen zu identifizieren, die nicht den Normen entsprechen. Dank der verstärkten Polizeipräsenz kann überdies die grenzüberschreitende Kriminalität bekämpft werden.

Bekämpfung des Unsicherheitsgefühls

Das Wallis ist ein sicherer Kanton und soll es bleiben. So sorgt die Kantonspolizei mit Unterstützung der Gemeindepolizeien rund um die Uhr dafür, dass keine rechtsfreien Räume oder offenen Drogenszenen auf dem Kantonsgebiet entstehen. 2020 wurden insbesondere in den Walliser Städten besondere Anstrengungen unternommen, um die Polizeipräsenz an kritischen Orten und zu kritischen Zeiten zu erhöhen. Ziel war es, das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger weiter zu stärken. Darüber hinaus hat die Kantonspolizei Präventiv- und Abschreckungsaktionen gegen die Kriminalität in allen Regionen des Kantons durchgeführt. Mit ihren Sicherheitspartnern wie den Gemeindepolizeien, den Grenzwächtern, der Transportpolizei und der Militärischen Sicherheit hat sie Grosskontrollen organisiert.

ZIVILE SICHERHEIT UND MILITÄR

Kantonales Führungsorgan (KFO)

Das Jahr 2020 stand für die Dienststelle für zivile Sicherheit und Militär im Zeichen der Unterstützung bei der Bewältigung der COVID-19-Gesundheitskrise und der Einrichtung des KFO. Dank dem KFO konnten zahlreiche Leistungen sichergestellt werden, namentlich die Koordination der Einsätze der Armee und des Zivilschutzes, der logistischen Mittel und der Unterstützungsgesuche der beteiligten Partner. Während der ersten Welle wurde das KFO beigezogen, um die Versorgung des Kantons mit hydroalkoholischer Lösung sicherzustellen, an der ein starker Mangel herrschte. Gemeinsam mit zahlreichen beteiligten öffentlichen und privaten Partnern hat das KFO zudem den Umgang mit verstorbenen Personen im Kanton koordiniert.

Zivilschutz (ZS)

Der Zivilschutz Wallis, der 2400 Zivilschutzleistende zählt, hat 33'511 Dienstage erbracht, um die Dienststelle für Gesundheitswesen und die Pflegeeinrichtungen (Spitäler, APH und SMZ) zu unterstützen. Er hat das Personal in den APH verstärkt, medizinische Transporte sichergestellt und zum reibungslosen Ablauf in den Testzentren beigetragen. Ein besonderes Augenmerk lag auf der Ressourcenplanung, um über mehrere Monate hinweg eine ausreichende Kapazität zu gewährleisten. Während der ersten Welle hat der ZS überdies die Verpackung und Lieferung von Desinfektionsmitteln und Schutzmasken für den Kanton zugunsten der Kantonsapotheke, der Gesundheitsfachpersonen und der Dienststellen der Kantonsverwaltung unterstützt. Die Krise hat gezeigt: Die Kantonalisierung des Walliser ZS war sinnvoll. So konnten die Ressourcen zentral verwaltet und priorisiert werden. Der Zivilschutz ist ein unverzichtbarer Partner für die Bewältigung ausserordentlicher Situationen geworden, die unseren Kanton treffen können.

Kantonales Amt für Bevölkerungsschutz (KABS)

Das KABS ist dafür verantwortlich, die Gemeindebehörden bei der Einrichtung ihres Führungsstabs (R/GFS) zu begleiten. Es stellt die Koordination zwischen der kantonalen und der kommunalen Ebene sicher. Die 68 R/GFS des Kantons wurden von den Gemeindebehörden

aufgeboten. Sie waren insbesondere an den Hilfen für die Bevölkerung (kommunale Helpline, logistische Unterstützung, Personentransport, Materialverteilung) sowie an der Umsetzung der Schutzkonzepte und der Information der Bevölkerung beteiligt. Das KABS hat zudem die Koordination des Einsatzes der Armee an den verschiedenen Spitalstandorten des Kantons gewährleistet.

Kantonales Amt für Feuerwesen (KAF)

Das KAF musste angesichts der Gesundheitslage seine Aktivitäten anpassen und seine Ausbildungsleistungen neu organisieren. Seine Ressourcen wurden für verschiedene vom KFO geforderte Dienstleistungen eingesetzt. Elf Feuerwehrorganisationen haben auf die Zusammenarbeitsanfrage der Kantonalen Walliser Rettungsorganisation (KWRO) geantwortet und die Ambulanzbesetzungen als Fahrer verstärkt. Der Kanton Wallis ist zwar erfahren im Umgang mit Naturkatastrophen, jedoch konnten aus der Bekämpfung von COVID-19 mehrere Lehren gezogen werden, die das KFO bei seinen künftigen Einsätzen in die Praxis umsetzen wird.

den 2700 Personen, die Sprachkurse in unserem Kanton besuchen, solche Dienstleistungen weiterhin anzubieten. Lösungen wurden gefunden – wie beispielsweise der Fernunterricht, der es ermöglichte, Kontakt zu den Lernenden zu halten. Diese Anpassungen haben von den Akteuren und Begünstigten grossen Einsatz verlangt.

Aufenthalt und Niederlassung

Die Sektion Aufenthalt und Niederlassung hat ihren Auftrag weiterhin erfüllt, indem sie Aufenthaltsbewilligungen ausstellte und den Schalterdienst von März bis Juni auf Voranmeldung aufrechterhielt. Während der Phasen des Lockdowns wurde zudem auf die zahlreichen Fragen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingegangen und es wurden angemessene Lösungen für die Fortführung der jeweiligen wirtschaftlichen Tätigkeit gefunden. Personen, die das Wallis infolge der Einstellung der Flugverbindungen und der Schliessung der Grenzen nicht verlassen konnten, erhielten Rat und Lösungsvorschläge, wie sie ihren Aufenthalt in der Schweiz und Europa legal fortsetzen konnten. Die Flexibilität und Individualisierung der Verfahren ermöglichte es, auf alle genannten Situationen zu reagieren.

BEVÖLKERUNG UND MIGRATION

Grundleistungen

Alle Ämter des Kantons haben ihre Grundleistungen erbracht (Eheschliessungen, Geburten, Eintragung von Geburten, Todesfällen, Anerkennungen usw.), auch wenn bestimmte Tätigkeiten unter den nötigen Vorsichtsmassnahmen durchgeführt wurden. So wurden Trauungen von März bis Juni sowie seit November 2020 auf fünf teilnehmende Personen und ihre Durchführung auf Amtsräume beschränkt. Auch in Hinsicht auf die Einbürgerungen war es ein besonderes Jahr, da in nur einer Session des Grossen Rates über die Aufnahme von 938 neuen Walliser Bürgerinnen und Bürgern entschieden wurde. Der Staatsrat hat hingegen beschlossen, auf die Vereidigungszeremonie der neuen Bürgerinnen und Bürger zu verzichten.

Die Pandemie hat die kantonale Politik der Integration von Ausländerinnen und Ausländern vor eine Herausforderung gestellt. Zahlreiche Veranstaltungen und Projekte wurden abgesagt oder verschoben. Die Gemeinden und Vereine haben jedoch Innovationsgeist bewiesen, um

Projekt eUmzugCH

Dank dem Pilotprojekt eUmzugCH konnte damit begonnen werden, die Schaffung eines einzigen virtuellen Schalters auf Kantonsebene zu prüfen, um die Dienstleistungen zugunsten von Gemeinden und Privatpersonen im Zusammenhang mit umzugsbezogenen Daten zu verbessern. Darüber hinaus befindet sich das Projekt, den Gemeinden die von den Einbürgerungskandidaten eingereichten Dossiers über ein IT-Portal zur Verfügung zu stellen, derzeit in der Testphase. Es wird bald einsatzbereit sein.

Dezentralisierung der Ausweiszentren

Der Staatsrat hat entschieden, die Ausweiszentren zu dezentralisieren. Ein erstes Zentrum wird in der ersten Jahreshälfte 2021 in Visp eröffnet; später wird eine weitere Struktur im Unterwallis geschaffen. Der genaue Standort steht noch nicht fest. Dank dieser Standortverlagerung werden Bürgerinnen und Bürger ihre Ausweispapiere in ihrer Wohnregion und nicht mehr nur in Sitten erhalten können.

STRAFVOLLZUGSSYSTEM

Lancierung des Baus der neuen Strafanstalt von Crêtelongue

Die Erdarbeiten haben im Frühjahr begonnen. Die bestehende Einrichtung musste sich auf gut durchdachte Weise an die neue Situation anpassen, um den normalen Betrieb zu gewährleisten. Ab 2023 wird die neue Struktur 104 Gefangenen Platz bieten; durch die Nutzung von 60 Hektaren Land wird sie ihren landwirtschaftlichen Charakter behalten. Das Hauptziel bleibt weiterhin eine gelungene Wiedereingliederung der Gefangenen. Die neue Einrichtung wird verschiedene Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit den Gegebenheiten des Arbeitsmarktes bieten.

Erweiterung des Gefängnisses Sitten

Das architektonische Konzept sowie das für die Erweiterung nötige Budget wurden am 13. November 2020 vom Grossen Rat genehmigt. Dank dieser Entscheidung kann ein neuer Sektor gebaut werden. Dieser wird das Zentrum für Administrativhaft (BGZ) beherbergen, das von Granges nach Sitten verlegt wird.

Verbesserungen der Haftbedingungen im bestehenden Zentrum BGZ

Den Administrativhäftlingen wurde ein neuer Raum zur Verfügung gestellt. Dieser dient als Begegnungsort, an dem unter anderem Mahlzeiten gemeinsam eingenommen werden können.

Herausforderungen im Zusammenhang mit COVID-19

Ab Mitte März standen die Einrichtungen des Freiheitsentzugs vor der Herausforderung, den Ausbruch von COVID-19 hinter den Gefängnismauern möglichst zu verhindern. Denn inhaftierte Personen und Aufseher kommen dort täglich miteinander in Berührung. Das Risiko der Virusverbreitung ist daher hoch. Die Dienststelle für Straf- und Massnahmenvollzug (DSMV) hat in Abstimmung mit dem medizinischen Bereich Massnahmen ergriffen, um die Gesundheit von inhaftierten Personen und Mitarbeitenden zu schützen. Die Familienbeziehung zwischen den inhaftierten Personen und ihren Angehörigen wurde trotz einer vorübergehenden Aussetzung der Besuche aufrechterhalten. Die Einrichtungen konnten rasch auf ein Videokonferenzsystem

zugreifen, das mit Unterstützung der Kantonalen Dienststelle für Informatik eingerichtet worden war. Zudem wurden die Besuchszimmer angepasst, sodass Treffen zwischen Angehörigen und inhaftierten Personen unter Einhaltung der Gesundheitsvorschriften stattfinden konnten. Dank der internen Stellenbörse der Kantonsverwaltung konnte die DSMV die Unterstützung von Mitarbeitenden anderer Dienststellen in Anspruch nehmen, um den Personalbestand der Einrichtungen zu verstärken. Bis zum Jahresende 2020 wurde eine geringe Anzahl von COVID-19-Fällen unter den Mitarbeitenden und kein Fall unter den inhaftierten Personen verzeichnet.

Damit hat die DSMV ihre Fähigkeit unter Beweis gestellt, ihre Aufgaben in einer Krisensituation zu erfüllen und dabei eine optimale Betreuung der inhaftierten Personen sicherzustellen.

VERKEHR

Bau eines neuen Zentrums

Im Juni 2019 hat der Grosse Rat einen Verpflichtungskredit für den Bau eines neuen Zentrums für die Dienststelle für Strassenverkehr und Schifffahrt (DSUS) in Sitten genehmigt. 2020 hat das Projekt grosse Fortschritte gemacht. Die Grundsteinlegung fand am 9. Juni 2020 statt; das neue Gebäude konnte vor Weihnachten unter Dach und Fach gebracht werden. Die Ausführung der Arbeiten erfolgt plangemäss. Der Umzug in das neue Zentrum und dessen Inbetriebnahme werden voraussichtlich bis Ende des Jahres 2021 abgeschlossen sein.

Elektro- und Hybridfahrzeuge

Im Regierungsprogramm hat sich der Staatsrat verpflichtet, die Mobilität zu verbessern, unter anderem durch die Förderung von Hybrid- und Elektrofahrzeugen im öffentlichen und privaten Bereich. Im November 2019 hat er die Umsetzung von sieben prioritären Massnahmen verabschiedet. Zwei davon wurden als Regierungsprioritäten für die Jahre 2021 und 2022 definiert: die Einführung einer Prämie für neue Elektro- oder Plug-in-Hybridfahrzeuge und die Einführung einer Prämie für die Installation privater Ladestationen. Dieses Anreizprogramm wurde am 1. November 2020 lanciert und dauert bis zum 31. Dezember 2022. Bislang verzeichnet es einen grossen Erfolg.

Gebühren

Im Anschluss an eine im August 2018 veröffentlichte Analyse wies der Preisüberwacher darauf hin, dass der Indikator der Kostendeckung durch die Gebühren der DSUS 2017 bei 148 Prozent lag. Er schloss daraus, dass Letztere im Wallis zu hoch waren. Auf diesen Bericht gestützt hat das Departement für Sicherheit, Institutionen und Sport (DSIS) das Kantonale Finanzinspektorat (FI) mit einer Analyse der Kostendeckung durch die Gebühren beauftragt.

Das FI kommt in seinem Bericht vom 30. April 2020 zum Schluss, dass der Deckungsgrad im Verhältnis zur Rechnung der DSUS von 2019 tatsächlich bei 107,47 Prozent liegt. Gemäss dem FI ist diese Differenz hauptsächlich auf die Tatsache zurückzuführen, dass die Berechnung des Preisüberwachers nicht alle die DSUS betreffenden Kosten berücksichtigt – beispielsweise die Kosten für die Dienstleistungen der zentralen Dienste. Seit 2020 fordert die DSUS die betroffenen Dienststellen daher auf, ihr ihre Kosten am Jahresende in Rechnung zu stellen. Um das Kostendeckungsprinzip noch besser einzuhalten, hat der Vorsteher des DSIS die DSUS zudem aufgefordert, alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, um die Gebühren im Rahmen der Budgeterstellung für 2022 in der Grössenordnung von 5 Prozent zu senken.

Änderungen im Zusammenhang mit COVID-19

Die von der DSUS ergriffenen Massnahmen zur Verhinderung der Ausbreitung des COVID-19-Virus haben dazu geführt, dass weniger technische Fahrzeugkontrollen vorgenommen wurden. Statt der vorgesehenen 87'500 Kontrollen konnten nur 69'650 durchgeführt werden. Die Gesundheitskrise hat zu einer Erhöhung der Telefonanrufe um 14,5 Prozent geführt: Für das gesamte Jahr 2020 wurden 125'781 Anrufe verzeichnet. Die im Bereich der Schalter der drei Standorte eingeführten Schutzkonzepte haben sich bewährt und wurden von den Kundinnen und Kunden gut angenommen.

Die Dienststelle verzeichnet weiterhin eine rege Tätigkeit, was hauptsächlich auf die ständige Vergrösserung des Fahrzeugparks in unserem Kanton zurückzuführen ist. Mit 1,6 Prozent lag der Anstieg des Fahrzeugbestands für 2020 trotz der Auswirkungen des Virus erneut über dem Schweizer Durchschnitt von 1,3 Prozent. Mit einer

Zunahme um etwa 5300 Fahrzeuge zwischen 2019 und 2020 belief sich der Fahrzeugpark des Kantons Ende September 2020 auf 336'307 Fahrzeuge.

Das Jahr 2020 war stark von der Pandemie geprägt. Die DSUS musste die Tätigkeit ihrer Verkehrsexperten für mehrere Wochen aussetzen. Durch die von der Dienststelle für Personalmanagement eingerichtete Kompetenzbörse konnten Letztere jedoch für verschiedene Tätigkeiten zur Unterstützung anderer staatlicher Dienststellen eingesetzt werden, insbesondere für den Transport von Gesundheitsmaterial (Masken und Desinfektionsmittel). Dieser Austausch zwischen den Dienststellen war für die Mitarbeitenden der DSUS durch den Umgang mit neuen Personen menschlich sehr bereichernd. So hat die komplizierte Lockdown-Phase auch dazu geführt, dass sich ein starkes Gefühl der Solidarität zwischen den Dienststellen entwickeln konnte.

INSTITUTIONEN

COVID-19

Die Auswirkungen von COVID-19 auf die Tätigkeiten der Dienststelle für innere und kommunale Angelegenheiten (DIKA) sind unbestreitbar. Aufgrund der Ungewissheiten rund um die Aufrechterhaltung bzw. die Verschiebung der eidgenössischen Abstimmung vom September sowie der Gemeindewahlen 2020 sah sich die Dienststelle gezwungen, die Anwendung der neuen Sicherheitsmassnahmen im Bereich der brieflichen Stimmabgabe zu verschieben.

Aufgrund der Unmöglichkeit eines persönlichen Zusammenkommens der Gewählten und der Gemeindeverwaltungen konnten die in den beiden Sprachgebieten vorgesehen Konferenzen zu den Gemeindefusionen nicht abgehalten werden. Diese Sitzungen hatten zum Ziel, den Bericht über die «Vision für das Walliser Gemeindegefüge angesichts globaler Herausforderungen» zu präsentieren und eine praktische Schulung im Umgang mit dem den Gemeinden zur Verfügung gestellten Excel-Tool durchzuführen.

Die aktive Teilnahme an der gemeinsam mit dem Verband Walliser Gemeinden (VWG) eingerichteten «Corona-FAQ», die Ausarbeitung und Übermittlung

zahlreicher Informationen und Richtlinien an die Einwohner- und Burgergemeinden und an die politischen Parteien haben erhebliche Ressourcen mobilisiert.

Gemeindewahlen

Im Herbst 2020 fanden die Wahlen der Walliser Gemeindebehörden statt. Die Bürgerinnen und Bürger von 31 Gemeinden konnten von ihrem Wahlrecht insofern nicht Gebrauch machen, als ihre Exekutive still gewählt wurde. In mehreren anderen Gemeinden haben die Listenunterzeichner mangels einer ausreichenden Anzahl von Kandidaten zusätzliche gewählte Vertreter ernannt. Diese Situation wirft einige Fragen auf. 87,7 Prozent der Gemeindepräsidenten, 88,5 Prozent der Vizepräsidenten, 86 Prozent der Richter und 88,5 Prozent der Vizepräsidenten wurden in stiller Wahl gewählt. Der Staatsrat musste nur eine Beschwerde gegen die Gültigkeit dieser Wahlen entscheiden.

Gesetzesänderungen

Dank dem Erhalt der durch die Bundesversammlung erteilten eidgenössischen Gewährleistung anlässlich der Märzsession 2020 konnten die Anpassungen der Kantonsverfassung und des Gesetzes über die politischen Rechte gleichzeitig in Kraft treten. Die Anpassungen betrafen hauptsächlich die Frist (drei Wochen) zwischen den beiden Wahlgängen anlässlich der Staatsrats- bzw. Ständeratswahlen sowie das Datum der konstituierenden Session des Grossen Rates. Letzteres wurde auf den siebten Montag nach der Erneuerung der Behörde verschoben. Diese Bestimmungen gelten daher für die kantonalen Wahlen 2021.

Darüber hinaus hat der Grosse Rat in der Septembersession 2020 die Änderung des Gemeindegesetzes angenommen. Dies führte zu verschiedenen Verbesserungen und der Einführung eines neuen Instruments der Gemeindeaufsicht: der amtlichen Untersuchung. Bis zum Ablauf der Referendumsfrist wurde kein Referendum ergriffen.

Gemeindefinanzen

Wie in den Vorjahren bezeugt auch die 2020 erschienene Veröffentlichung des Berichts über die Gemeindefinanzen 2018 eine sehr gute Finanzlage der Walliser Gemeinden. Diese günstige Finanzlage wird auch von den Ergebnissen der Indikatoren des

Hochschulinstituts für öffentliche Verwaltung und der Konferenz der kantonalen Aufsichtsbehörden über die Kantonsfinanzen bestätigt.

Darüber hinaus steht das Jahr 2020 im Zeichen der wichtigen Arbeit, die die Pilotgemeinden im Rahmen des Projekts HRM2 (Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell) geleistet haben. Dank ihrer Hilfe konnten das Tool zur Berechnung der Kennzahlen, ein Muster des Kontenrahmens für die Einwohner- und Burgergemeinden sowie die Verordnung betreffend die Führung des Finanzhaushaltes der Gemeinden (VFFHGem) angepasst werden. All dies wird den Gemeindeverwaltungen zur Verfügung gestellt. Damit konnten die Behörden der Pilotgemeinden das Budget 2021 gemäss den HRM2-Normen darstellen und genehmigen. Diese Gemeinden werden beim allgemeinen Übergang von HRM1 zu HRM2, der gemäss dem Zeitplan für das Budget 2022 vorgesehen ist, als Beispiel dienen. An dieser Stelle sei ihnen herzlich dafür gedankt.

SPORT

Strassenrad-Weltmeisterschaften

Die COVID-19-Pandemie und die vom Bundesrat auferlegten sanitären Massnahmen bedeuteten das Ende für die UCI-Strassenrad-Weltmeisterschaften 2020 auf der Strecke zwischen Aigle und Martinach. Andererseits bietet die Vergabe der UCI-Mountainbike-Weltmeisterschaften 2025 an unseren Kanton ein wenig Balsam für das Walliser Sportlerherz.

Alpine Skiweltmeisterschaften in Crans-Montana

Die erste Bewerbung des Wintersportorts Haut-Plateau (Crans-Montana) für die Austragung der Alpinen Skiweltmeisterschaften konnte sich bei den Entscheidern des Internationalen Ski-Verbands nicht durchsetzen. Für 2027 gilt Crans-Montana als Favorit. Die Entscheidung wird 2022 gefällt.

Unterstützung der aufgrund von COVID-19 abgesagten Sportveranstaltungen

2020 war für den Sport auf allen Niveaus ein schwieriges Jahr. Das DSIS hat über den Sportfonds bereits im März beschlossen, Organisatoren, die

ihren Wettkampf aufgrund von COVID-19 absagen mussten, finanzielle Unterstützung zu gewähren. Dank der Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Wirtschaft, Tourismus und Innovation (DWTI) und dem Entgegenkommen der Walliser Delegation der Loterie Romande konnte die überwiegende Mehrheit der Sportveranstaltungen 2020 ihre Finanzen ins Gleichgewicht bringen.

Kantonales Sportzentrum Ovronnaz (KSZO)

Das KSZO war einen guten Teil des Jahres geschlossen. Die Anzahl Übernachtungen ist auf 4854 gesunken, was einem Einbruch um 40 Prozent entspricht. Auch bei den Mahlzeiten gab es einen Rückgang um 40 Prozent bzw. um 6461 Einheiten. Die Planungsarbeiten für die Vollsanierung des KSZO wurden fortgesetzt. Über die nächsten 24 Monate wird das Zentrum gemäss folgendem Programm renoviert:

- Renovierung der Turnhallen von April bis August 2021;
- Renovierung der Unterkünfte und Sportplätze von April bis Dezember 2022 unter vollständiger Schliessung des Zentrums während dieser umfangreichen Arbeiten.

Sportverdienste 2020

Verliehen wurden nur die Preise für die U23-Nachwuchssportlerinnen und -sportler, den Behindertensport und die sportlichen Verdienste. Diese Preise wurden am 16. Dezember 2020 durch den Vorsteher des DSIS übergeben.

Die Gewinner des Jahres 2020 sind:

- U23-Nachwuchssportlerin: Lena Volken (Ski alpin);
- U23-Nachwuchssportler: Aurélien Gay (Ski-alpinismus);
- Behindertensport: Team PluSport Sion (Schneeschuhlaufen);
- Sportliche Verdienste: Fabian Bertuchoz, Trainer, der während des partiellen Lockdowns grossen Einsatz gezeigt hat.

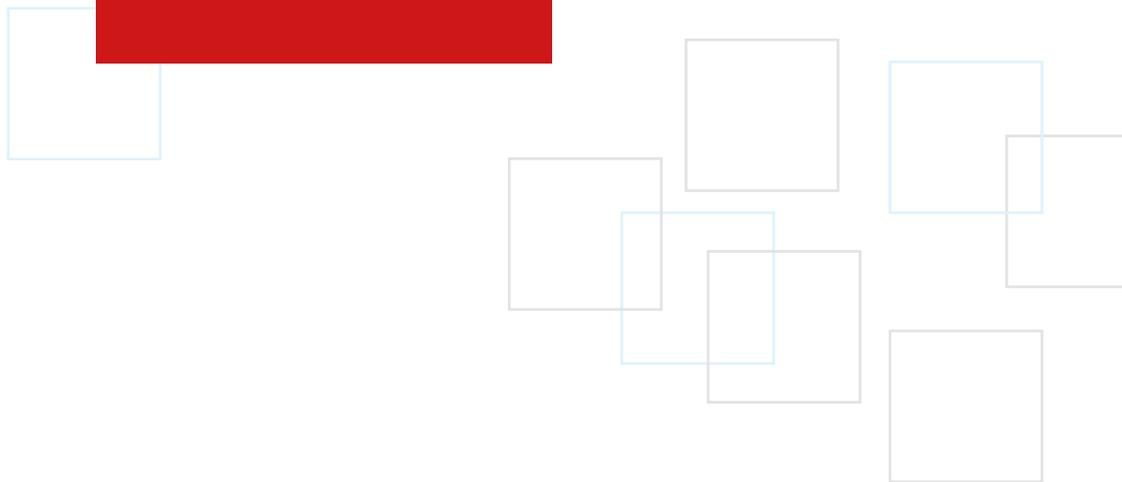
Jugend und Sport (J+S)

Auch die Statistiken von J+S für das Jahr 2020 waren von den verheerenden Auswirkungen der Pandemie und der – zumindest im Freizeit- und Breitensport – praktisch vollständigen Einstellung der sportlichen Aktivitäten betroffen. Die Sportvereine waren einem enormen Druck ausgesetzt und mussten eine immense Arbeit leisten, um das Sportangebot für unter 16-Jährige zumindest in geringerem Umfang aufrechterhalten zu können. Dank dem Engagement des Departementsvorstehers sind die J+S-Entschädigungen an die Vereine im Vergleich zu 2019 gestiegen – ein äusserst wichtiger, wenn nicht gar essenzieller Beitrag.



© Pascal Gertschen Fotografie

MOBILITÄT,
RAUMENT-
WICKLUNG
UND UMWELT



WEICHEN FÜR DIE ZUKUNFT GESTELLT

Die wegen der Pandemie verhängten Phasen des Lockdowns und der Stilllegung ganzer Wirtschaftszweige hatten unter anderem wohl zur Folge, dass sich die Naturschutzgebiete des Kantons einer neuen Beliebtheit erfreuten. Vom Frühling bis in den Herbst wurden sie sowohl von der lokalen Bevölkerung als auch von Touristen regelrecht überfallen. Ein Andrang, der deutlich zeigt, dass ein Interesse und eine Notwendigkeit bestehen, zu diesen Naturräumen als wahre Frischluftoasen für die Bevölkerung Sorge zu tragen, aber auch, dass Verhaltensregeln zu ihrer Erhaltung aufzustellen sind. Aus diesem Grund wird zurzeit an einer kantonalen Landschaftskonzeption gearbeitet.

Im Jahr 2020 konnten noch andere Weichen für die Zukunft gestellt werden. So hat inzwischen das Kantonale Mobilitätskonzept 2040 dank mehrerer konkreter Projektrealisierungen Fahrt aufgenommen. Beispiele dafür sind die Neugestaltungen der Ortsdurchfahrten von Vionnaz und Naters, denen ab 2021 noch weitere folgen werden. Die Mobilität wurde auch durch ein Rekordvolumen von Bauarbeiten am kantonalen Strassennetz verbessert. Mit der massiven Geldspritze von 100 Millionen Franken für 2020 wollte das Departement einen aktiven Beitrag zur Unterstützung der Wirtschaft leisten, in diesem Pandemiejahr, das für die Unternehmungen zahlreiche Restriktionen mit sich brachte.

Auch beim Bau der A9 wurden wichtige Fortschritte erreicht, namentlich mit dem Durchschlag des Tunnels Riedberg und der Fortführung des Innenausbaus im Tunnel Visp. Damit ist die Vollendung dieser Realisierung, die den Kanton nun seit mehreren Jahrzehnten beschäftigt, in die Nähe gerückt. Abgesehen von der Durchquerung des Pfywalds könnte vielleicht sogar bis Ende der 2021 beginnenden Legislaturperiode ein Schlusspunkt unter dieses Bauprojekt gesetzt werden.

Glücklicherweise wurde das Wallis 2020 von Unwettern weitgehend verschont, trotz einer Phase Anfang Oktober, in der für den Zeitraum einiger Stunden das Schlimmste zu befürchten war. Dieses etwas ruhigere Jahr wurde dafür genutzt, um ein Gewitterüberwachungssystem und ein Naturgefahrenportal auszuarbeiten. Damit hat sich der Kanton noch besser für künftige Gefahren gerüstet.



© Olivier Maire

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'J. Melly'.

Jacques Melly
Staatsrat

STRASSENBAU

Strategie

2020 wurde die Umsetzung des vom Staatsrat 2018 beschlossenen kantonalen Mobilitätskonzepts 2040 (KMK 2040) fortgeführt. Das Konzept ist die Gesamtvision für eine Mobilität, die sich in den Dienst der Raumentwicklung unseres Kantons stellt. Projekte wie die Schiffsstation in Le Bouveret, die in ihren Originalfarben erneuert wurde und die Reisenden in die Zeit der Belle Epoque zurückversetzt, eine neue Fussgängerbrücke in St-Maurice, die nicht nur den Langsamverkehr belebt, sondern sich auch hervorragend in die Landschaft einfügt, oder auch der zum zweiten Mal vom Kanton verliehene Preis «Gärten & öffentliche Räume» sind alles konkrete Beispiele für die Umsetzung des Konzepts.

Betrieb der Nationalstrassen

Die Gebietseinheit III betreibt im Auftrag und auf Rechnung des Bundes die Nationalstrassen. Nach einem aufwändigen Reorganisations- und Autonomisierungsprozess ist aus dieser Einheit mit über 100 Angestellten am 1. Januar 2021 eine eigenständige Dienststelle des Departements geworden.

Kantonale Kommission für Strassensignalisation (KKSS)

Die KKSS unter der Leitung von Tamar Hosennen wurde neu konzipiert, komplett reorganisiert und per 1. Januar 2021 dem Verwaltungs- und Rechtsdienst (VRDMRU) angegliedert. Sie will sich als Partner der Gesuchsteller positionieren und sich nach Möglichkeit schon im Vorfeld der Gesuchseingaben einschalten.

Nachhaltigkeit

Als Mitglied der operativen und strategischen Direktion ist die Dienststelle für Mobilität (DFM) aktiv an der Entwicklung der kantonalen Nachhaltigkeitsagenda 2030 beteiligt. Zusammen mit der Dienststelle für Strassenverkehr und Schifffahrt (DSUS) und der Dienststelle für Energie und Wasserkraft (DEWK) realisierte sie 2020 eine Sektoralpolitik zur Förderung der Elektromobilität. Ferner wurden mehrere Ideen der Dienststelle vom Staatsrat als beispielhafte Projekte für das Jahr 2021 in die Agenda aufgenommen.

Strasseninfrastruktur

Eine Herausforderung unter vielen war auch 2020 der Zustand des Kantonsstrassennetzes in einer für Infrastrukturen schwierigen Bergregion. Sich für den Klimawandel zu rüsten bedeutet, tagtäglich massive, sowohl vorbeugende als auch behebbende Massnahmen zu ergreifen. Um diese Herausforderung zu meistern, überarbeitet die Dienststelle ihre Unterhaltsstrategie von Grund auf und setzt sich zum Ziel, bis 2050 klimaneutral zu werden, wie dies vom kantonalen Klimaplan vorgegeben wird.

Erneuerung der Ortszentren

Die Neugestaltung von Ortsdurchfahrten ist ein wichtiges Anliegen, denn sie betrifft die Lebensqualität der Einwohner des Kantons ganz direkt. Jedermann soll nämlich den Strassenraum wieder beanspruchen und seinen Bedürfnissen entsprechende Beförderungsmittel nutzen können. Diese fachübergreifenden, zusammen mit den kommunalen Behörden entwickelten Gestaltungsprojekte streben ein neues Gleichgewicht zwischen den Verkehrsarten im öffentlichen Raum an. Über 40 solcher Projekte befinden sich heute in unterschiedlichen Stadien der Entwicklung. Während die Ortsdurchfahrten von Vionnaz und Naters bereits erneuert worden sind, haben weitere Neugestaltungen, wie jene von Vétroz, die Bewilligung für einen Baubeginn ab 2021 erhalten. Nächstes Jahr werden auch noch weitere Projekte öffentlich aufgelegt, wie die Ortsdurchfahrten von Ried-Brig und Ardon oder die Erneuerung des Ortskerns von Uvrier/St-Léonard.

Kantonsstrassen

2020 war für den Kantonsstrassenbau ein Rekordjahr. Sowohl bezüglich der Anzahl - es wurde auf 350 Baustellen gebaut - als auch bezüglich des Investitionsvolumens von über 100 Millionen Franken. Hier die Liste der grössten Baustellen:

Unterwallis:

- Weiterführung der Bauarbeiten am Tunnel Les Evouettes.
- Sanierung der Rhonebrücke Saillon – Saxon.
- Instandsetzung der Strasse nach Verbier, Kehre bei der ARA.

- Sanierung der Halbbrücke Crète à Rambert in Sembrancher.
- Sanierung der Brücke über die Losentse, oberhalb Chamoson.

Mittelwallis:

- Fahrbahnkorrektur an der Stelle des Bergbachs La Corniolla, hinter Vex, auf der Kantonsstrasse 54 zwischen Sitten und Les Haudères.
- Sanierung der Brücke über die Rhone, die Bahnlinie und die T9 beim Autobahnanschluss Hérens-Platta in Sitten.
- Korrektur und aufwändige Instandsetzung der Fahrbahn auf zwei verschiedenen Abschnitten der Umfahrungsstrasse südlich der A9 bei Vétroz.

Oberwallis:

- Weiterführung der Bauarbeiten an der Umfahrung von Stalden.
- Beginn der Bauarbeiten beim Chrachilbodocher auf der Strasse nach Visperterminen.
- Abschluss des Strassenbauprojekts Schiljino auf der Strasse nach Leukerbad.

Winterdienst

Um einen hochwertigen Winterdienst zu gewährleisten, führte die Sektion Unterhaltslogistik ein GPS-Überwachungssystem für alle Räumungs- und Streumaschinen auf Kantonsstrassen ein. Mit dieser Lösung konnte der Einsatz der 2020 verbrauchten 11'037 Tonnen Streusalz optimiert werden.

Redimensionierung des Kantonsstrassennetzes

Um die Mittel auf die richtigen Orte zu konzentrieren, wird die Redimensionierung des Kantonsstrassennetzes fortgeführt. So wurden die Strecken Grosser St. Bernhard (39 km) und Gampel – Goppenstein (11 km) dem Nationalstrassennetz angegliedert. Verschiedene Strecken wurden nach einer Instandsetzung an die Gemeinden abgetreten, die sich daran interessiert zeigten. Die Netzgrösse ist von 1864 km (2015) auf fast 1700 km (Stand Ende 2020) zurückgegangen.

ÖFFENTLICHER VERKEHR UND LANGSAMVERKEHR

Langsamverkehr

Neben anderen Aktionen wurde in Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Wirtschaft, Tourismus und Innovation (DWTI) und Valais/Wallis Promotion (VWP), und als Unterstützung für die Gemeinden, ein Grossprojekt realisiert, mit welchem im ganzen Kantonsgebiet 15 Rennrad-Routen eingerichtet wurden. Dazu gehörte die Planung der Streckenführungen, deren Überprüfung hinsichtlich Sicherheit und Qualität, die Planung der Beschilderung, das Durchlaufen der verschiedenen Homologationsverfahren sowie die Herstellung und das Aufstellen der Schilder. Ausserdem wurde zusammen mit Valais/Wallis Promotion eine Signalisierungsanleitung für die Gemeinden herausgegeben, damit solche Routen künftig einheitlich signalisiert werden können.

Öffentlicher Verkehr

Mit dem Anschluss der Buslinien an die Regionalbahnhöfe von Fiesch, Châteauneuf-Conthey, Riddes und Vionnaz war 2020 das Jahr des sich ergänzenden Bus- und Bahnverkehrs. Zudem wurde das Angebot auf weiteren Linien im ganzen Kanton ausgebaut.

Im Bahnverkehr verkehrten nun täglich Doppelstockzüge zwischen Brig und Lausanne, und mit der Einführung des «Verbier Express» zwischen Genf und Verbier sowie des «Léman Express» zwischen Annemasse und St-Maurice konnte der Reisekomfort erhöht werden.

Die vom Kanton und den Gemeinden durchgeführten Studien in den Regionen Leuk und Entremont wurden abgeschlossen, und die Verbesserungen werden mit dem Fahrplan 2021 bzw. 2022 eintreten. Mit Blick auf die Zukunft hat die Dienststelle für Mobilität (DFM) mit der Prüfung verschiedener Busnetze begonnen, deren Entwicklungspotenzial vielversprechend ist.

Auch der öffentliche Verkehr wurde von der Pandemie nicht verschont, erhebliche Frequentierungseinbussen waren die Folge. Die finanzielle Unterstützung von Bund, Kanton und Gemeinden dürfte der Branche helfen, diese schwierige Zeit zu bewältigen.

Bergbahnen und staatliche geführte Seilbahnen

Neue Bergbahnen wurden bewilligt, gebaut und in Betrieb genommen, und zwar in Grächen, Zinal, Chandolin, Anzère und Zermatt. In Zermatt gibt es seit diesem Winter die erste Seilbahn in der Schweiz, die ohne Überwachungspersonal in der Gondel auskommt.

Der Kanton arbeitet weiter an der Planung und Erneuerung von Seilbahnen als Verkehrsverbindungen von der Ebene her, insbesondere nach Vercorin, Crans-Montana und Bellwald.

Der Betrieb der vom Kanton geführten Seilbahnen und die Zusammenarbeit mit den Konzessionsgemeinden wurde fortgesetzt und ausgebaut.

Luftverkehr

Der Kanton beteiligte sich den Betriebskosten (766'050 Franken) und an den Investitionskosten (438'260 Franken) des Flughafens Sitten. Die strategischen Überlegungen zur Zukunft des Flughafens werden 2021 fortgeführt.

Der Bund ist im Begriff, die europäische Drohnengesetzgebung vollständig zu übernehmen. Der Kanton wird Zonen bestimmen können, in denen Beschränkungen gelten, z. B: zugunsten des Wildtierschutzes, des Luftraums, der Strafanstalten oder Veranstaltungen.

BAU DER A9 IM OBERWALLIS

Am 23. September 2020 beschloss der Staatsrat des Kantons Wallis, das Amt für Nationalstrassenbau (ANSB) ab dem 1. Januar 2021 in eine eigenständige Dienststelle innerhalb des Departements für Mobilität, Raumentwicklung und Umwelt (DMRU) umzuwandeln. Die neue Einheit erhielt die Bezeichnung Dienststelle für Nationalstrassenbau (DNSB).

Schlüsselbauwerke in Realisierung

Mit dem Umbau des Vispertaltunnels zur Südröhre des Autobahntunnels Visp, dem Gedeckten Einschnitt Raron und dem Tunnel Riedberg sind drei bedeutende Bauwerke der Autobahn A9 im Oberwallis in der Realisierungsphase.

Siders Ost – Leuk/Susten Ost

Unter der Federführung des Generalsekretariates des eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (GS-UVEK) sowie unter Beteiligung der Verantwortlichen des ANSB wurden die Einspracheverhandlungen weitergeführt. Mit dem Ziel, jeweils eine Einigung mit dem Betroffenen zu finden und diese in einer Vereinbarung festzuhalten. Die Plangenehmigung durch das UVEK wird im Frühjahr 2021 erwartet.

Die Honorarangebote für die Ingenieurleistungen (Mandate) in Bezug auf die Erstellung einer Baupiste sowie den Bau des Tunnels Susten liegen dem DMRU vor. Die Ausführung der Ersatzmassnahme im Mündungsbereich der Raspille in Salgesch hat begonnen.

Leuk/Susten Ost – Visp West

Mit dem Durchschlag der Nordröhre des Tunnels Riedberg wurde am 1. Oktober 2020 ein Meilenstein beim Bau der Autobahn A9 erreicht. Die ersten Arbeiten an der offenen Strecke zwischen Schnidrigu und Raron wurden ausgeführt. Beim Gedeckten Einschnitt Raron (GERA) wurden bis Ende Juni 2020 insgesamt 200 Bohrpfähle für die überschnittene Bohrpfahlwand erstellt. Die Rohbauarbeiten der Wanne West sind abgeschlossen. Nach dem Einbau der Baugrubenspriesse werden der Baugrubenaushub und die Betonarbeiten kontinuierlich weitergeführt. Die Autobahnbrücke bei der Unterführung St. German wurde erstellt. Die kontrollierte Entsorgung von quecksilberbelastetem Boden seitens des ANSB ist praktisch abgeschlossen.

Visp West – Visp Ost

Die Arbeiten der Betriebs- und Sicherheitsausrüstung (BSA) in der Nordröhre des Tunnels Visp sind weit fortgeschritten. Am 7. Oktober 2019 wurde der Vispertaltunnel für 4,5 Jahre gesperrt. Die bestehende Fahrbahn sowie die verschiedenen Werksleitungen sind zurückgebaut. Zurzeit erfolgen die Ausbrucharbeiten für das Verzweigungsbauwerk II. Der Durchschlag der Südröhre des Tunnels Visp erfolgte am 7. Mai 2020. Beim Vollanschluss Visp West sind die Belags- und Fertigstellungsarbeiten sowie die Bauarbeiten an der Strassenabwasser-Behandlungsanlage (SABA) mehrheitlich abgeschlossen.

RECHT UND GESETZ

Gesetzesvorlagen

Die Vorentwürfe für die Revision des Gesetzes über den Wasserbau und des Gesetzes über den Wald und die Naturgefahren – des künftigen Gesetzes über die Naturgefahren und den Wasserbau (KGNGWB) – wurden in der ersten Jahreshälfte 2020 in die Vernehmlassung gegeben. Diese sorgte für zahlreiche Anmerkungen und Fragen, welche zu einer Verzögerung im Gesetzgebungszeitplan führten. So ist die erste Lesung der beiden Gesetzesvorlagen für das erste Halbjahr 2021 vorgesehen.

Die Vorentwürfe für die Revision des Gesetzes über den Natur- und Heimatschutz, des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr, des Gesetzes über den Freizeitverkehr und das Strassengesetz werden 2021 in die Vernehmlassung gegeben. Das Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz über Zweitwohnungen wurde vom Grossen Rat in der Septembersession 2020 verabschiedet und tritt am 1. Februar 2021 in Kraft.

Die thematische Kommission für Bau und Verkehr befasste sich im Dezember 2020 mit der Anpassung von Baugesetz und Bauverordnung

an die Digitalisierung in Zusammenhang mit dem Programm eConstruction. Die erste Lesung dieser Gesetzesänderung ist für die Session des Grossen Rates im Februar 2021 geplant.

Besondere juristische Unterstützung

Der Bereich belastete Standorte und Sanierungen behält seinen hohen Stellenwert, denn viele Dossiers sind aufgrund ihrer Vergangenheit und Geschäftsverhältnisse aus juristischer Sicht komplex. Der Bereich Mobilität im weitesten Sinne bedarf im Rahmen der Umsetzung des Kantonalen Mobilitätskonzepts 2040 einer verstärkten juristischen Unterstützung. Im öffentlichen Baurecht führt die Beaufsichtigung der Gemeinden zu einer erheblichen Mehrbelastung im Tagesgeschäft. Generell nimmt der juristische Unterstützungsbedarf auf dem Gebiet des öffentlichen Baurechts immer mehr zu und verlangt vom Verwaltungs- und Rechtsdienst (VRDMRU) einen substantiellen Beitrag.

Kantonales Bausekretariat und Baupolizei (KBS)

Mit den 3378 Gesuchdossiers, die 2020 beim KBS erfasst wurden, war gegenüber 2019 eine Zunahme um 6.19 % (+ 197 Dossiers) zu verzeichnen. Die Dossiers in kommunaler Zuständigkeit nahmen um 6.45 % ab (- 124 Dossiers), im Gegensatz zu den

Dossiermenge nach Jahren, Kreisen und Kompetenzen

Ganzes KBS	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Registrierte Dossiers insgesamt	3501	3061	3167	3581	3417	3217	3181	3378
Baudossiers in kantonaler Kompetenz	964	1006	1152	1304	1268	1185	1126	1378
Baupolizeiliche Dossiers (kantonale Kompetenz)	125	158	154	250	118	163	132	201
Dossiers in kommunaler Kompetenz	2412	1897	1861	2027	2031	1869	1923	1799
Kreis 1 - Oberwallis								
Registrierte Dossiers insgesamt	891	914	888	977	966	822	793	868
Baudossiers in kantonaler Kompetenz	288	334	356	374	342	290	316	340
Baupolizeiliche Dossiers (kantonale Kompetenz)	50	72	50	49	42	31	21	43
Dossiers in kommunaler Kompetenz	553	508	482	554	582	501	456	485
Kreis 2 - Mittelwallis								
Registrierte Dossiers insgesamt	1388	1042	1159	1281	1185	1139	1206	1222
Baudossiers in kantonaler Kompetenz	314	283	355	391	400	413	439	527
Baupolizeiliche Dossiers (kantonale Kompetenz)	42	37	43	79	33	79	67	93
Dossiers in kommunaler Kompetenz	1033	722	761	811	752	647	700	602
Kreis 3 - Unterwallis								
Registrierte Dossiers insgesamt	1222	1105	1120	1323	1266	1256	1182	1288
Baudossiers in kantonaler Kompetenz	362	389	441	539	526	482	371	511
Baupolizeiliche Dossiers (kantonale Kompetenz)	33	49	61	122	43	53	44	65
Dossiers in kommunaler Kompetenz	827	667	618	662	697	721	767	712

Baudossiers in kantonaler Zuständigkeit, die um 22.38 % zunahm (+ 252 Dossiers). Ausserdem stellte das KBS bei den ebenfalls unter die kantonale Zuständigkeit fallenden Baupolizeidossiers ausserhalb der Bauzone eine Zunahme um 52.27 % fest (+ 69 Dossiers gegenüber 2019).

Das KBS stellte die Behandlung der Dossiers in Anwendung der Baugesetzgebung und unter Berücksichtigung der Prozesse in Zusammenhang mit der Kompetenzverteilung zwischen Kanton und Gemeinden sicher. Ausserdem leistete das KBS den Gemeinden die benötigte Unterstützung für Baudossiers, bei denen die Gemeinde Gesuchstellerin ist.

Der VRDMRU war für die Führung des Programms eConstruction besorgt, das sich in der Konzeptionsphase befindet und zur Digitalisierung des Prozesses des Baubewilligungsverfahrens führen soll.

RAUMENTWICKLUNG

Kantonaler Richtplan

Nachdem der Bundesrat am 1. Mai 2019 die Gesamtrevision des kantonalen Richtplans (kRP) genehmigt hatte, erfolgte am 30. April 2020 noch ergänzend die Genehmigung für die Bereiche «Touristische Beherbergung», «Camping» und «Windkraftanlagen». Die Prüfung des Koordinationsblattes «Maiensäss-, Weiler- und Erhaltungszonen» wurde sistiert, weil dessen inhaltlichen Teile noch so zu präzisieren und zu spezifizieren sind, dass deren Übereinstimmung mit den Anforderungen des Bundesrechts eindeutig gegeben ist. Diese Anpassungen werden in Absprache mit dem Bund vorgenommen.

Umsetzung auf kommunaler Ebene

Zahlreiche Gemeinden haben bereits einen Entwurf für das Siedlungsgebiet ausgearbeitet und/oder im Hinblick auf die Revision ihres Zonennutzungsplans (ZNP) Planungszonen ausgeschieden. Andere wiederum arbeiten noch daran, in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des kantonalen Raumplanungsgesetzes (kRPG) und des Richtplans.

Bericht zur Mitte der Legislaturperiode

In Übereinstimmung mit Art. 3b kRPG wurde dem Grossen Rat zur Mitte der Legislaturperiode ein Bericht zur Raumplanung und Raumentwicklung vorgelegt. Der nächste Bericht ist für 2023 vorgesehen, gleichzeitig mit dem Bericht über den Stand der Richtplanung und deren Umsetzung, der dem Bund alle vier Jahre abzugeben ist.

BAU DER DRITTEN RHONEKORREKTION

Prioritäre Massnahmen (PM)

Die Bauarbeiten an der PM Visp wurden fortgeführt, namentlich wurde die Gestaltung der Vispa-Einmündung abgeschlossen. Das Benzidin im Grundwasser unterhalb der Deponie Gamsenried beeinträchtigt die Arbeiten. Es ist nämlich erforderlich, das auf der Baustelle abgepumpte Grundwasser zu behandeln, bevor es in die Rhone eingeleitet werden kann. Auf den Pumpschächten über dem benzidinhaltigen Grundwasser wurden Aktivkohlefilter angebracht. Die Wirksamkeit dieser Filterstationen wurde in Tests nachgewiesen.

An der Erstellung der Auflagedossiers für die PM Martinach, Sitten und Chablais wurde zusammen mit den Gemeinden und den staatlichen Dienststellen weitergearbeitet. Für die PM Chablais wurde zwischen den Kantonen Waadt und Wallis eine Vereinbarung über die Kostenverteilung unterzeichnet.

Vorgezogene Massnahmen (VM)

In Granges, Sitten und Massongex wurden die Dammverstärkungen abgeschlossen, sodass jetzt 22 Hektaren Bauland vor Jahrhunderthochwassern geschützt sind. Die vorgezogenen Bauarbeiten im Abschnitt Les Ronquoz in Sitten schützen über 1000 Personen in diesem Wohn- und Industriegebiet, und in Granges sind nun rund 200 direkt am Dammfuss wohnende Personen vor der Gefahr eines Dammbrochs sicher.

20 Jahre seit dem Hochwasser im Oktober 2020

Die Erinnerung an das Hochwasser vom Oktober 2000 vor 20 Jahren war ein Anlass, um aktiv über den Fortschritt der in diesem Zeitraum geleisteten R3-Arbeiten zu berichten, dank welcher die für die Bevölkerung am gefährlichsten Abschnitte gesichert werden konnten. Dank der Verstärkung des Dammes auf zwölf Abschnitten von Port-Valais bis Obergesteln sind jetzt an die 3500 Personen, die in unmittelbarer Flussnähe wohnen, vor der schlimmsten Gefahr geschützt. Durch die Prioritäre Massnahme Visp ist jetzt das gesamte Wohn- und Industriegebiet links der Rhone, mit einem Schadenpotenzial von mehreren Milliarden Franken, geschützt, und rund 14'000 Personen leben nun in Sicherheit.

Finanzprüfungen

Das Betriebs- und Finanzmanagement des Kantonalen Amtes Rhonewasserbau (KAR3) wurde vom Kantonalen Finanzinspektorat (KFI) geprüft. Dabei hat sich gezeigt, dass die Rechnung 2019 den Grundsätzen des Gesetzes über die Geschäftsführung und den Finanzhaushalt des Kantons und deren Kontrolle (FHG) entspricht. Auch die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) prüfte die Bücher des KAR3 und kam zu einem für das Amt positiven Ergebnis.

WALD, FLUSSBAU UND LANDSCHAFT

Wald

Glücklicherweise litten die Walliser Wälder 2020 nicht unter der gleichen Erkrankung wie die Waldgebiete im Mittelland und im Jura, obschon die Fichtenwälder im Goms ab dem Sommeranfang einen starken Borkenkäferbefall erdulden mussten.

Die Waldeigentümer leisteten auf fast 2000 Hektaren Schutzwald Unterhalt. Auf Verlangen des Grossen Rates hat eine Arbeitsgruppe begonnen, sich mit der zukünftigen Finanzierung des Schutzwaldes zu befassen. Für die Dauer des zweijährigen Moratoriums bis 2021 wurde die einheitliche Pauschale verlängert. Bis dahin hat die Arbeitsgruppe Zeit, eine neue und gerechtere Finanzierung für die Schutzwaldpflege zu definieren.

Die Verbisserhebungen dieses Jahres haben gezeigt, dass der Wilddruck auf die Waldverjüngung in manchen Gebieten immer noch stark ist, so z. B. im Goms, wo deshalb konkrete Gegenmassnahmen ergriffen worden sind. Von Wilddruck betroffen sind auch das linke Rhoneufer im Mittelwallis, das Entremont und das Val-d'Illiez.

In den Bereichen Walderhaltung und Biodiversität im Wald wurden mehrere Reservatsprojekte, regionale Kompensationsprojekte und Förderprojekte für Waldweiden, Kastanienwälder oder prioritäre Zielarten realisiert.

Natur und Landschaft

Die bekannten Schutzgebiete unseres Kantons sind durch den von Frühling bis Ende Herbst fast ununterbrochenen Besucherandrang unter Druck geraten. Der Andrang beweist den Stellenwert solcher Gebiete und von Naturräumen generell, als Orte der Erholung für die einheimische Bevölkerung sowie als Anziehungspunkte für den Tourismus. Er macht aber auch deutlich, dass es klare Regeln braucht und kompetentes Personal, das die Besucher im Interesse der Allgemeinheit über diese aufklärt. Die Unterschutzstellung des Lac Noir in Nendaz auf Entscheid des Staatsrates und der Einsatz von Naturschutzaufsehern (Derborence, Vallon de Réchy, Pfywald) gehen in diese Richtung.

Bei der noch in Arbeit befindlichen kantonalen Landschaftskonzeption hat sich die Reichhaltigkeit und Vielfalt der Walliser Landschaften (von denen es 26 Typen gibt) gezeigt, allerdings auch die grössten Herausforderungen, die zu beachten sind. Die Bevölkerung des Landschaftsparks Binntal hat der Verlängerung des Parkvertrags zwischen den Gemeinden und dem für die Trägerschaft des Parks verantwortlichen Verein für weitere zehn Jahre zugestimmt und damit gezeigt, dass sie nach wie vor hinter ihrem Park steht.

Zu den bedeutenden Revitalisierungen gehörten, neben der Entbuschung von Trockenwiesen und -weiden von nationaler Bedeutung, auch Massnahmen, die bei den Plats de la Lée in Zinal, bei der Fontaine la Combe in Collombey-Muraz und beim Ninda-Moor in Savièse eingeleitet wurden.

Die Zahl der Bewirtschaftungsverträge gemäss Natur- und Heimatschutzgesetz (NHG) betreffend die Bekämpfung invasiver Neophyten bzw. die Vertragsflächen konnte dank des neu eingeführten

regionalen Ansatzes deutlich angehoben werden (+ 294 Hektaren). Dieser führte auch dazu, dass schwer lösbare Interessenkonflikte aufgedeckt wurden, die es jetzt in den nächsten Jahren mit den betroffenen Parteien beizulegen gilt.

Naturgefahren

Nach den besonders schweren Jahren 2018 und 2019 war 2020 hinsichtlich der Naturgefahrenereignisse ein relativ ruhiges Jahr. Die Schneefälle lagen nie über dem Durchschnitt, die Schneeschmelze verlief regelmässig und, trotz mittleren Temperaturen über der Norm im Sommer, kam es zu keinen Hitzewochen wie in den Vorjahren. Dennoch festzuhalten sind die Unwetter von Anfang Oktober, von denen hauptsächlich das Oberwallis, und da vor allem das Goms, betroffen wurden. Glücklicherweise war das eine relativ kurze Phase, und es kam, trotz alarmierender Prognosen, zu keinen grösseren Hochwasserproblemen in den Gewässern der Seitentäler oder in der Rhone. Dennoch ist festzuhalten, dass die Rhone im Goms stellenweise über die Ufer trat und Überschwemmungen verursachte, wodurch sich ein Sicherheitsdefizit bestätigte, mit dem man sich unbedingt befassen werden muss.

Zu den von der Sektion Naturgefahren ausgeführten Arbeiten gehörte die Einrichtung eines Gewitterüberwachungssystems (SORA), das von den lokalen Beobachtern Naturgefahren und den Fachingenieuren benutzt werden soll. Dieses System war ein Test, der zufriedenstellend verlief und 2021 mit Verbesserungen erneut durchgeführt werden wird.

Die Version 1.0 des kantonalen Naturgefahrenportals Guardaval wurde im Frühling aufgeschaltet. Dieses Portal bündelt alle verfügbaren und für das Naturgefahrenmanagement im Wallis nützlichen Daten. Dies sind hauptsächlich Geländedaten und Wettervorhersagen, welche vor allem den Beobachtern Naturgefahren und den Fachingenieuren ein zielgenaues und hochwertiges Monitoring ermöglichen sollen.

Zur nachhaltigen Nutzung der Bodenressourcen legte man das Hauptaugenmerk darauf, die Bewirtschaftung von Kieswerken und Steinbrüchen neu zu ordnen. Ein entsprechendes kantonales Konzept wird noch Berichtigungen unterzogen. Als Letztes wäre noch die Fertigstellung des Entwurfs für das Gesetz über die Naturgefahren und den

Wasserbau (GNGWB) zu erwähnen, sowie die grossen Fortschritte beim Vorentwurf für das Gesetz über die Georessourcen (Untergrundressourcen, Stein- und Kiesbrüche etc.). Das GNGWB wird dem Grossen Rat 2021 vorgelegt, das Gesetz über die Georessourcen 2022.

JAGD, FISCHEREI UND WILDTIERE

Die Zahl der Wölfe nimmt zu

2020 wurden 22 Wölfe identifiziert werden, 16 Exemplare waren neu (sieben weibliche und neun männliche). Im Rudel im Chablais wurde die Geburt von vier Welpen festgestellt, im Rudel im Mittelwallis wurden mindesten zwei Welpen bestätigt. Diese Jungwölfe wurden von der Dienststelle für Jagd, Fischerei und Wildtiere (DJFW) in Fotofallen beobachtet, ohne offizielle DNA-Identifizierung. Im Verlauf des ganzen Jahres wurden im Kanton 302 Nutztiere gerissen. Die Entschädigungszahlungen beliefen sich auf rund 113'000 Franken. Über 5600 Arbeitsstunden wurden für das Dossier Wolf aufgewendet.

Jagd 2020

Der Anteil der erlegten Gämsen und Rehe liegt im vorgesehenen Bereich. Die ambitionierten Ziele des Abschussplans für den Hirsch wurden erreicht: 1890 Tiere wurden während der Hochjagd erlegt (gegenüber 1599 2019). Nur in den Hirschregionen 1 (Aletsch-Goms) und 3 (Nanz-Saas) musste eine Nachjagd durchgeführt werden (mit + 180 Abschüssen gegenüber dem Planziel). Die Verringerung des Hirschbestandes ist notwendig, um die Schutzfunktion des Waldes und das Gleichgewicht zwischen den Wildtierarten aufrechtzuerhalten.

Fischerei 2020

Die Zahl der ausgestellten Tages- und Zweitagespatente nimmt kontinuierlich zu, die Verkäufe der Jahrespatente bleiben stabil. Die Pachtverträge für die Gewässer des Kantons sind nach zehn Jahren ausgelaufen. Das Vergabeverfahren wurde Ende 2020 durch Publikation der Ausschreibung im Amtsblatt eröffnet und wird Anfang 2021 abgeschlossen.

Luchsmonitoring

Um die Luchsbestände im Wallis zu sichern, führte die DJFW die deterministischen Fotofallen-Monitorings im Oberwallis fort, dies in Zusammenarbeit mit KORA, dem vom Bundesamt für Umwelt mit der Beobachtung von Grossraubtieren beauftragten Kompetenzzentrum.

Steinwild

Die DJFW hat die Methoden zur Regulierung des Steinwilds gründlich überprüft. Die Ergebnisse untermauerten bereits vorliegende Erkenntnisse. Die Abschüsse haben keine negative Auswirkung auf die Steinwildpopulation im Kanton, deren Grösse im Übrigen immer mehr zunimmt (auf derzeit über 6030 Exemplare).

UMWELT

Neues Leitungsteam legt Strategie 2030 fest

2020 war für die Dienststelle für Umwelt (DUW) ein Jahr des Umbruchs. Bis zur Jahresmitte werden die Stellen der Dienstchefin, des Adjunkts, des Sektionsleiters für Altlasten und Grundwasser sowie für die Leitung Support und Administration neu besetzt. Gemeinsam mit den bisherigen Sektionschefs legte das neue Führungsteam im Herbst die Strategie DUW 2030 fest.

Das Leitmotiv der DUW in den kommenden Jahren ist die aktive Mitgestaltung der nachhaltigen Entwicklung des Kantons. Ihre Kernkompetenz bleibt der Schutz von Mensch und Umwelt vor schädlichen und lästigen Umwelteinflüssen. Wichtige strategische Handlungsfelder sind die Altlastensanierung, die Reduktion von Abfällen und den Emissionen in die Umwelt, sowie die Modernisierung von Infrastrukturanlagen (Abwassereinigungsanlagen, Kehrrichtverbrennungsanlagen). Ferner engagiert sich die Dienststelle aktiv in der Agenda 2030 des Kantons Wallis.

Die Dienststelle für Umwelt erhält das Label «Valais Excellence»

Ende Jahr wird die DUW mit dem Label «Valais excellence» ausgezeichnet. Das Label zertifiziert die Einführung eines nachhaltigen, auf Dauer angelegten und integrierten Managementsystems in einer Organisation. Integriert daher, weil es Aspekte der Umwelt, Qualität, Sicherheit, Finanzen und des Personals achtet.

In Gamsenried werden die Weichen für die Sanierung gestellt

Die alte Deponie Gamsenried soll saniert werden. Die umfangreichen Untersuchungen und Risikoabschätzungen sind nahezu abgeschlossen. Um den Sanierungsprozess zu beschleunigen, hat die Lonza dieses Jahr eine Vorstudie zu den möglichen Sanierungsvarianten verfasst. Auf dieser Basis legte die DUW im September die Grundlagen für die Sanierung der alten Deponie fest. Priorität haben die Stärkung der Sicherungsmassnahmen, die Behandlung der Schadstofffahne im Abstrom der Deponie und die Sanierung der Bereiche mit dem höchsten Gefährdungspotenzial auf das Grundwasser. Die restliche Sanierung erfolgt etappenweise. In Labor- und Feldversuchen werden nun Sanierungsvarianten weiter getestet. Sanierungsziel ist der langfristige Schutz des Grundwassers, auch ohne die heutigen Sicherungsmassnahmen.

PRÄSIDIUM

Staatsratspräsident	Christophe Darbellay
Staatskanzler	Philipp Spörri
Rechtsdienst	Monique Albrecht
Information	André Mudry
Finanzinspektorat	Peter Schnyder

Departement für Finanzen und Energie (DFE)

Roberto Schmidt

Generalsekretär	Paul-Henri Moix
Kantonale Finanzverwaltung	Pierre-André Charbonnet
Kantonale Steuerverwaltung	Beda Albrecht
Dienststelle für Personalmanagement	Gilbert Briand
Dienststelle für Energie und Wasserkraft	Joël Fournier
Kantonale Dienststelle für Informatik	Claude-Alain Berclaz
Dienststelle für Grundbuchwesen	Sergio Biondo
Dienststelle für Geoinformation	Rainer Oggier
Dienststelle für Immobilien und Bauliches Erbe	Philippe Venetz
Rechtsamt für Finanzen und Personal	Florent Carron

Departement für Gesundheit, Soziales und Kultur (DGSK)

Esther Waeber-Kalbermatten

Generalsekretär	Damian Mottier
Dienststelle für Gesundheitswesen	Victor Fournier
Dienststelle für Verbraucherschutz und Veterinärwesen	Elmar Pfammatter
Dienststelle für Sozialwesen	Jérôme Favez
Dienststelle für Arbeitnehmerschutz und Arbeitsverhältnisse	Nicolas Bolli
Dienststelle für Betreibungs- und Konkurswesen	Cédric Moix
Dienststelle für Kultur	Anne-Catherine Sutermeister
Kantonales Amt für Gleichstellung und Familie	Isabelle Darbellay Métrailler

Departement für Volkswirtschaft und Bildung (DVB)**Christophe Darbellay**

Generalsekretär

Pierre-Yves Délèze

Verwaltungs- und Rechtsdienst für Bildungsangelegenheiten

Arsène Duc

Rechtsdienst für Wirtschaftsangelegenheiten

Martin Zurwerra

Dienststelle für Wirtschaft, Tourismus und Innovation

Eric Bianco

Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit

Peter Kalbermatten

Dienststelle für Landwirtschaft

Gérald Dayer

Dienststelle für Unterrichtswesen

Jean-Philippe Lonfat

Dienststelle für Berufsbildung

Claude Pottier

Dienststelle für Hochschulwesen

Yves Rey

Kantonale Dienststelle für die Jugend

Christian Nanchen

Departement für Sicherheit, Institutionen und Sport (DSIS)**Frédéric Favre**

Generalsekretär

Olivier Beney

Rechtsdienst für Sicherheit und Justiz

Sophie Huguet

Kantonspolizei

Christian Varone

Dienststelle für zivile Sicherheit und Militär

Nicolas Moren

Dienststelle für Strassenverkehr und Schifffahrt

Bruno Abgottsson

Dienststelle für Straf- und Massnahmenvollzug

Georges Seewer

Dienststelle für Bevölkerung und Migration

Jacques de Lavallaz

Dienststelle für innere und kommunale Angelegenheiten

Maurice Chevrier

Kantonales Sportamt

Grégoire Jirillo

Departement für Mobilität, Raumentwicklung und Umwelt (DMRU)**Jacques Melly**

Generalsekretärin

Kathia Mettan

Verwaltungs- und Rechtsdienst

Adrian Zumstein

Dienststelle für Mobilität

Vincent Pellissier

Dienststelle für Wald, Flussbau und Landschaft

Philipp Gerold

Dienststelle für Umwelt

Christine Genolet-Leubin

Dienststelle für Jagd, Fischerei und Wildtiere

Peter Scheibler

Dienststelle für Raumentwicklung

Nicolas Mettan

Dienststelle für Nationalstrassenbau

Martin Hutter

Kantonales Amt Rhonewasserbau

Tony Arborino

IMPRESSUM

Herausgeber: Staat Wallis, Staatsrat via Kanzlei (IVS)

Layout: Kanzlei (IVS)

Das vorliegende Dokument kann auf www.vs.ch/rapport-annuel heruntergeladen werden.

Sitten, April 2021